

► **Nr. VO/2018/06197**
öffentlich

Lübeck, 29.06.2018

Anfrage

Bearbeitung: Angela Fiorenza (E-Mail: Telefon: 122-1040)

Anfrage des AM Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen) - Thema Straßenausbaubeiträge

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
10.07.2018	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anfrage:

In der Bürgerschaftssitzung am 22. Februar 2018 hat die Bürgerschaft auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen (VO/2018/05768), den Bürgermeister zu beauftragen, bis zur Sitzung der Bürgerschaft im November 2018 einen Satzungsentwurf vorzulegen, der die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Lübeck von der Erhebung der Straßenausbaubeiträge befreit. Zugleich wurde ein Antrag der Grünen Bürgerschaftsfraktion abgelehnt, den hierdurch entstehenden Einnahmeausfall durch einen Zuwachs an anderer Stelle auszugleichen (VO/2018/05818)

Hierzu bitte ich den Bürgermeister um Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. In welcher Höhe wurden Straßenausbaubeiträge in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017 und 2018 (bis zum 31. Mai 2018) durch die Stadt festgesetzt (bitte hier und bei den folgenden Fragen jeweils nach Jahren aufschlüsseln).
2. In wie vielen Fällen erfolgten Einsprüche gegen die Festsetzung?
3. In wie vielen Fällen kam es zu Gerichtsprozessen? Wie viele von ihnen laufen derzeit noch?

4. In welcher Höhe waren aufgrund der Gebührenfestsetzungen für den städtischen Fiskus Mittelzuwächse zu verzeichnen? In welcher Höhe sind Gebührenforderungen noch „offen“?
5. Hat die Stadt im Hinblick auf die vorgenannten Beschlüsse ihre Praxis bei der Festsetzung und ggf. Vollstreckung von Straßenausbaugebührenbeiträgen verändert? Wenn ja: Wie?
6. In welcher Höhe rechnet der Bürgermeister in den kommenden sechs Jahren mit Einnahmeausfällen bei Umsetzung des Beschlusses vom 22. Februar 2018? In welcher Höhe und für welche Dauer sind diese Ausfälle durch Kompensationsentscheidungen des Landes ausgeglichen?
7. Beabsichtigt der Bürgermeister zusammen mit dem Satzungsentwurf im November 2018 auch einen Vorschlag zu unterbreiten, wie nicht durch das Land kompensierte Einnahmeausfälle ausgeglichen werden können?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Anlagen :



► **Nr. VO/2018/06097**
öffentlich

Lübeck, 24.05.2018

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
1.201 - Haushalt und Steuerung

Bearbeitung: Thorsten Upts (E-Mail: thorsten.upts@luebeck.de Telefon: 122-1506)

Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
27.06.2018	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
10.07.2018	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
30.08.2018	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Auf der Grundlage der Ziffer 6 der Richtlinie über die Gewährung von Konsolidierungshilfen (§16 a FAG) berichtet die Hansestadt Lübeck jährlich jeweils zum 01.06. des Folgejahres der Kommunalaufsicht als zuständige Kommunalaufsichtsbehörde über die Entwicklung der Finanzlage und den Umsetzungsstand der in dem öffentlich-rechtlichen Vertrag festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
 Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt: Ja
 Nein
 Begründung: keine direkten Auswirkungen

Die Maßnahme ist: neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch: Konsolidierungsvertrag HL./Land S-H

Finanzielle Auswirkungen: Nein
 Ja (Anlage 1)

Bericht:

siehe Anlagen

Anlagen :

Evaluationsbericht 2018_gem.Ziff.6_Richtlinien

HL_ErlassEvaBericht2018ffAnlagen

Stellungnahme zum Bericht durch RPA

Bürgermeister Jan Lindenau



Hansestadt Lübeck · 1.201.4 · 23539 Lübeck

Der Bürgermeister

Innenministerium des
Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 25
24171 Kiel

Bereich: Stabsstelle Konsolidierungskonzept
Gebäude: Fischstraße 1 - 3
Auskunft: Thorsten Upts
Zimmer: 214
Tel. (0451) 122-1506
Zimmer:
e-mail: stabsstelle.konsolidierungskonzept@luebeck.de

Ihre Nachricht vom: -

Mein Zeichen: Up

Datum: 23.05.2018

**Evaluationsbericht 2018 der Hansestadt Lübeck
gem. Ziffer 6 der Richtlinie über die Gewährung von Konsolidierungshilfen (§16 a FAG)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich übersende Ihnen mit diesem Anschreiben den Bericht der Hansestadt Lübeck über die Entwicklung der städtischen Finanzen und den jeweiligen Umsetzungsstand der vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen (Anlage 2). Mit 26,2 Mio. € übertrifft das vorliegende Ergebnis den zu erbringenden Eigenanteil (24,71 Mio. €) in Höhe von rd. 1,5 Mio. €.

Dieses Ergebnis setzt sich weiterhin aus bereits gesicherten Abrechnungsergebnissen für diverse Maßnahmen, aber auch aus den Planwerten noch in Umsetzung befindlicher resp. umgesetzter und bisher nicht abgerechneter Maßnahmen zusammen und birgt aufgrund der Planwerte noch Risiken.

Das Rechnungsprüfungsamt wird seine Stellungnahme in einem gesonderten Bericht zum 01.07.2018 abgeben.

Allgemein:

Die Summe der aufgelaufenen Defizite (Anlage 1) hat sich gegenüber der Prognose vom 11.12.2012 gem. Ziffer 5.3 der o.g. Richtlinien deutlich reduziert. In den Jahren 2013 und 2014 wurden nahezu ausgeglichene Jahresabschlüsse erzielt; die Jahre 2015 bis 2017 schlossen jeweils mit einem Überschuss ab.

Um jedoch auch langfristig die finanzielle Leistungsfähigkeit zu sichern, bleibt die Haushaltskonsolidierung für die Hansestadt Lübeck weiterhin eine bedeutende Herausforderung.

Telefonzentrale:
(0451) 122-0

Unsere Sprechzeiten:
nach Vereinbarung

Konten des Bereichs Buchhaltung & Finanzen:

Commerzbank	IBAN: DE53 2304 0022 0035 8507 00;	BIC: COBADEFF230
Deutsche Bank	IBAN: DE67 2307 0710 0900 0050 00;	BIC: DEUTDEHH222
Postbank Hamburg	IBAN: DE36 2001 0020 0010 4002 01;	BIC: PBNKDEFF
Sparkasse zu Lübeck	IBAN: DE17 2305 0101 0001 0113 29;	BIC: NOLADE21SPL
Volksbank	IBAN: DE97 2309 0142 0005 0083 36;	BIC: GENODEF1HLU

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: DE 135082828

Busanbindung:

Buslinie(n): 4, 10, 11, 21, 31, 39...
Haltestelle(n): Fleischhauerstraße

Bitte benutzen Sie öffentliche Verkehrsmittel.

Internet: www.luebeck.de

Scheck: nur an Hansestadt Lübeck, Buchhaltung & Finanzen, 23539 Lübeck

Die positive Entwicklung der letzten Jahre ist in nicht unerheblichem Maße von Einmaleffekten sowie außerordentlich günstigen Rahmenbedingungen beeinflusst, für die Zukunft muss mit strukturell bedingten Jahresfehlbedarfen gerechnet werden. Dieser Entwicklung ist weiterhin mit strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen entgegen zu steuern.

Der bisher erzielte Konsolidierungserfolg beruht zu einem großen Teil auf Einnahmeerhöhungen, die sich in Zukunft nicht in gleichem Umfang wie bisher steigern lassen.

Die Hansestadt Lübeck wird in Zukunft intensiver die Aufgabenkritik und Prozessoptimierung zur Aufwandsreduzierung in den Vordergrund stellen müssen.

Für den Haushalt bestehen weiterhin hohe sowohl kurz- als auch mittel- und langfristige Risiken, welche die bisher erreichten Erfolge gefährden könnten. Im Einzelnen:

- Der Zustand der kommunalen Infrastruktur erfordert die Bereitstellung zusätzlicher Unterhaltungsmittel, deren Umsetzung weiteren Personalaufwand nach sich zieht. Die Hansestadt Lübeck reagiert auch für 2018 durch zusätzliche Mittelbereitstellung, um eine weitere Substanzverschlechterung und ungeplante, zwingend erforderliche Ad-hoc-Unterhaltungsmaßnahmen zu vermeiden.
- Intensivierte Investitionstätigkeit in die vorhandene Infrastruktur bei gleichzeitig höherer ergebniswirksamer Belastung durch Abschreibungen kann für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.
- Dauerhaft muss auch mit einem Erlahmen der Konjunktur gerechnet werden, dies würde sich unmittelbar auf die zu erwartenden konjunkturbedingten Steuereinnahmen auswirken.
- Einem möglichen Anstieg des Zinsniveaus kann die Hansestadt Lübeck nur durch weiteres konsequentes Absenken des aufgelaufenen Defizits begegnen.

Anlage 1 verdeutlicht, dass das aufgelaufene Defizit des Ergebnisplans weiterhin besorgniserregend hoch ist. Die Dimension fällt jedoch deutlich geringer aus als vormals prognostiziert. Grund dafür sind die günstigen Erträge aus Steuern, das niedrige Zinsniveau, die Fehlbetragszuweisungen, die Konsolidierungshilfen und die Wirkung der eigenen Konsolidierungsanstrengungen. Die Hilfen des Landes bleiben in der Planung ab 2018 unberücksichtigt.

1. und 2. Konsolidierungspaket

Aus unterschiedlichen Gründen erbringen nicht alle Maßnahmen das ausgewiesene Konsolidierungspotential, einige entfallen mangels Anrechenbarkeit nach o.g. Richtlinie sogar vollständig. Sie werden gemäß Ziffer 7.3 der Richtlinie durch andere Konsolidierungsmaßnahmen ersetzt.

Die Hansestadt Lübeck arbeitet nach wie vor mit Hochdruck daran, die verbliebenen Abrechnungen der beschlossenen Maßnahmen – soweit möglich – fertig zu stellen.

Dies erfolgt zum einen, um den Anforderungen der o. g. Richtlinie (Ziffer 4.4) zu genügen. Andererseits wird dringend ein Überblick über das erreichte Ergebnis benötigt. Der zu erbringende städtische Eigenanteil von 24,71 Mio. € ist nach jetzigem Stand mit rd. 26,2 Mio. € bereits zu mehr als 100% erreicht.

...

Sollten die weiteren, noch vorzunehmenden Abrechnungen das vorliegende Ergebnis negativ beeinflussen, wird die Hansestadt Lübeck im Bedarfsfall weitere Konsolidierungsmaßnahmen zur Ergebnisabsicherung nachmelden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Jan Lindenau
Bürgermeister

Anlagen

Entwicklung der Jahresergebnisse und aufgelaufenen Defizite in €

Stand: 15.05.2018

	2011		2012		2013		2014	
	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen
Hansestadt Lübeck	-46.508.405,87	I -350.466.892,48	-17.637.711,08	I -368.104.603,56	-709.667,34	I -368.814.270,90	-152.659,91	I -368.966.930,81

	2015		2016		2017		2018	
	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Plan	aufgelaufen
Hansestadt Lübeck	3.327.476,96	I -365.639.453,85	31.325.660,58	I -334.313.793,27	91.604.975,60	A -242.708.817,67	-36.704.500,00	S -279.413.317,67

	2019		2020		2021		2022	
	Plan	aufgelaufen	Plan	aufgelaufen	Plan	aufgelaufen	Plan	aufgelaufen
Hansestadt Lübeck	-38.476.900,00	S -317.890.217,67	-19.351.200,00	S -337.241.417,67	-8.787.600,00	-346.029.017,67		-346.029.017,67

S: Soll-Zahlen I: Ist-Zahlen A: Aktuelle Schätzung

Hinweise zum Ausfüllen der Tabelle für den Evaluationsbericht des Jahres 2018

Für die Jahre bis einschließlich 2017 sind Ist-Werte oder aktuelle Schätzungen einschließlich gewährter Fehlbetragszuweisungen und Konsolidierungshilfen anzugeben.

Ab 2018 sind die Planwerte oder aktuelle Schätzungen ohne Fehlbetragszuweisungen und Konsolidierungshilfe anzugeben.

Angaben für das Jahr 2022 erfolgen erstmals im Evaluationsbericht des Jahres 2019.

Hinter der Spalte Rechnung bzw. Plan ist anzugeben, ob es sich um Soll-Zahlen (S), Ist-Zahlen (I) oder eine aktuelle Schätzung (A) handelt.

Die in der Datei hinterlegten Formeln gelten für doppisch buchende Kommunen.

Sofern kameral gebucht wurde/wird, ist in einer Fußnote darauf hinzuweisen, bis zu welchem Jahr dies erfolgte/erfolgt.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
I.	Verbesserung der Erträge/Einnahmen									
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung ≥ 10 T€									
1	Einführung Übernachtungssteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Keine Anerkennung als strukturelle Maßnahme. Maßnahme ist zu ersetzen
2	Verbesserung Internet- Vermarktung "www.luebeck.de" durch Werbung; Attraktivitätssteigerung der online-Inhalte, dadurch Ertragssteigerung durch vermehrte Anzeigenschaltung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Maßnahme ist zu ersetzen.
3	Entgelterhöhung bei Raumvermietungen im Rathaus	0,0	0,0	0,0	0,0	10,0	0,0	10,0	0,0	nennenswerte Mehreinnahmen sind aufgrund von Eigennutzungen nicht erzielbar; eine Abrechnung wäre unwirtschaftlich
4	Pachterhöhung für Grundstücke in attraktiver Lage	5,0	6,1	10,0	26,0	10,0	26,0	10,0	26,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
5	Meldestelle / Aufhebung des Gebührenbefreiungstatbestands bei Beglaubigungen von Schulzeugnissen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Maßnahme ist zu ersetzen.
6	Lübecker Hafengesellschaft - Anteilsverkauf (4%)	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
7	Verkaufserlös Maritim-Grundstück (4%)	242,0	242,0	242,0	242,0	242,0	242,0	242,0	242,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
8	Erlöse aus Grundstücksverkäufen (4%) - insbes. Erbpachtgrundstücke, Gründerviertel, Grünstrand, Aqua Top-Gelände u.a.	1.441,4	1.959,5	1.441,4	2.532,3	1.441,4	3.541,4	1.441,4	3.541,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
9	Volkshochschule / Anpassung der Entgeltordnung zum Herbstsemester 2012	20,0	122,3	20,0	122,3	20,0	122,3	20,0	122,3	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
10	Stadtbibliothek / Anpassung der Entgeltordnung	46,9	46,9	46,9	46,9	46,9	46,9	46,9	46,9	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
11	Kita / Anhebung der Kita-Entgelte ab Kindergartenjahr 2013/2014 um 1%	21,2	55,4	21,2	55,4	21,2	55,4	21,2	55,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
12	Schule und Sport / Anhebung der Gebühren für die Viermastbark Passat zum 01.06.2012	78,9	37,6	78,9	37,6	78,9	37,6	78,9	37,6	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
13	Lübeck Port Authority (LPA) / Anpassung der Entgeltordnung Hafentaxi ab 11.12.2011	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	Abrechnung läuft
14	Stadtplanung / Erarbeiten einer Entgeltordnung für die Bauberatung des städtischen Einvernehmens - freiwillige Leistung, keine Bauberatung i.S. der Bauordnung Inkrafttreten der neuen Entgeltordnung voraussichtlich ab 2014	0,0	0,0	0,0	0,0	50,0	0,0	50,0	0,0	Bauberatung ist durch die gebühren gem. BauGebVO abgedeckt. Maßnahme ist zu ersetzen.
15	Erhöhung Parkgebühren ab 01.01.2013 - Ausdehnung der gebührenpflichtigen Parkzonen - Erhöhung Preistarif Parkflächen um 20% - Erhöhung Preistarif Parkhäuser in unterschiedl. Staffelung	550,0	550,0	550,0	550,0	550,0	550,0	550,0	550,0	Abrechnung läuft
16	Verkehr / Anpassung der Straßenausbaubeitragssatzung von 75% auf 85%.	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	Abrechnung läuft
17	LPA / Erhöhung der Mieten und Pachten für Land- und Wasserflächen, die im Wesentlichen für Hafen- und Wassersportzwecke genutzt werden.	400,0	0,0	400,0	0,0	400,0	0,0	400,0	0,0	Hauptmieter LHG; Anpassungsvertrag aus 2008, daher nicht anrechenbar. Maßnahme ist zu ersetzen.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
18	LPA / Erhöhung der Entgelte für Fischereierlaubnisscheine ab 01.01.2013	21,3	23,3	21,3	23,3	21,3	23,3	21,3	23,3	Abrechnung läuft
19	LPA / Erhöhung der Entgelte für Hafennutzung ab 01.01.2013	11,0	0,0	11,0	0,0	11,0	0,0	11,0	0,0	Umsetzung ist erfolgt, Abrechnung in einem wirtschaftlich vertretbarem Rahmen nicht möglich.
20	Stadtgrün und Verkehr / Abschluss eines neuen Werbevertrages.	575,0	575,0	575,0	575,0	575,0	575,0	575,0	575,0	Abrechnung läuft
21	Neufassung der Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung	37,2	0,0	37,2	0,0	37,2	0,0	37,2	0,0	kein Konsolidierungseffekt erkennbar. Maßnahme ist zu ersetzen.
22	Nordische Filmtage/ Anpassung des Preistarifs ab 2012	24,7	24,7	24,7	24,7	24,7	24,7	24,7	24,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
80	Schule und Sport / Vermarktung von Namensrechten in Schulen und Sporthallen			40,0	0,0	40,0	0,0	40,0	0,0	gem. BÜ-Beschluss VO/2016/03542 eingestellt. Maßnahme ist zu ersetzen.
81	Steuern / Verstärkte Außenkontrollen zur Hundebestandsermittlung	40,0	222,9	40,0	222,9	40,0	222,9	40,0	222,9	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
82	Archiv / Anpassung der Gebühren für Auskünfte aus dem Personenstandsregister	11,0	0,0	11,0	0,0	11,0	0,0	11,0	0,0	Umsetzung ist erfolgt, Nachweis nicht möglich, da Basiszahlen nicht ermittelbar. Maßnahme ist zu ersetzen.
92	Bark Passat / Anhebung der Entgelte					20,0	0,0	20,0	0,0	kein Konsolidierungseffekt erkennbar. Maßnahme ist zu ersetzen.
95	Reduzierung Zuschuss Nordische Filmtage	10,0	0,0	10,0	0,0	10,0	0,0	10,0	0,0	Maßnahme umgesetzt, Abrechnung unwirtschaftlich

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
110	Wirtschaft und Liegenschaften Gebührenerhöhung, insbesondere SG Erbbaurechte und sonstige Rechte Erhöhung der Entgelte für die Ablöse von Dienstbarkeiten zugunsten der Hansestadt Lübeck (durchschnittlich 5 Fälle p.a.; Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils)			10,0	0,0	10,0	0,0	10,0	0,0	Die Entgelte für die Ablösung von Dienstbarkeiten wird je nach Inhalt der Dienstbarkeit mit den Antragstellern ausgehandelt. Keine strukturelle Veränderung, daher nicht als Konsolidierungsmaßnahme abrechenbar. Maßnahme ist zu ersetzen.
118	Steuern Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung einer Hundesteuer zum 01.01.2015	147,0	142,8	147,0	142,8	147,0	142,8	147,0	142,8	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
120	Steuern 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Hansestadt Lübeck zum 01.01.2015	167,0	295,4	167,0	295,4	167,0	295,4	167,0	295,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
123	Fachbereichscontrolling FB 2 Verkauf einer Beteiligung der Stadtwerke Lübeck GmbH BÜ-Beschluss 09/2014			13,8	0,0	13,8	0,0	13,8	0,0	kein Effekt im Kernhaushalt; Maßnahme ist zu ersetzen
137	Steuern / Erhöhung der Vergnügungssteuer zum nächstmöglichen Zeitpunkt von 12% auf 18%	200,0	590,4	800,0	1.214,5	800,0	1.214,5	800,0	1.214,5	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
138	Steuern / Erhöhung der Gewerbesteuer zum 01.01.2016 von 430 auf 450 Basispunkten			2.250,0	3.000,0	2.250,0	3.000,0	2.250,0	3.000,0	Umsetzung ist erfolgt, Abrechnung steht noch aus.
143	Stadtgrün und Verkehr / Parkkonzept für die stadteigenen Parkplätze für die MitarbeiterInnen der Hansestadt Lübeck			20,0	20,0	35,0	35,0	35,0	35,0	Umsetzung läuft.
146	Wirtschaft und Liegenschaften / Start Verkaufsprozess Gründerviertel			46,1	0,0	46,1	0,0	46,1	0,0	Abrechnung über lfd. Nr. 8
149	Steuern / Grundsteuererhöhung	1.068,0	2.207,6	1.068,0	2.207,6	1.068,0	2.207,6	1.068,0	2.207,6	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
152	Stadtgrün und Verkehr / Überarbeitung der Sondernutzungsgebührensatzung					40,0	0,0	40,0	0,0	Umsetzung erfolgt; kein Konsolidierungspotential erkennbar. Maßnahme ist zu ersetzen.
153	VHS / Ertragssteigerung durch vergrößertes Angebot Deutsch als Zweitsprache (DaZ) Berücksichtigung der Nettoverbesserung.	40,0	0,0	40,0	0,0	40,0	0,0	40,0	0,0	Keine eigene Maßnahme der Kommune. Maßnahme ist zu ersetzen.
154	VHS / Ausweitung des Kursangebotes Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zur Berufsorientierung. Förderung durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Berücksichtigung der Nettoverbesserung.	40,0	0,0	40,0	0,0	40,0	0,0	40,0	0,0	keine strukturelle Verbesserung, Förderung endet Ende 2017
155	Steuern / Einführung einer Tourismusabgabe					3.000,0	0,0	3.000,0	0,0	Die Vorlage zur Einführung einer Tourismusabgabe (VO/2016/04202) wurde von der Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 29.09.2016 mehrheitlich abgelehnt. Maßnahme ist zu ersetzen.
160	Intensivierung der Prüfungstätigkeit Vergnügungssteuer					33,0	33,0	33,0	33,0	Maßnahme umgesetzt, Abrechnung nach Vorliegen der Zahlen 2018 möglich
161	Intensivierung der Prüfungstätigkeit Zweitwohnungssteuer					53,0	0,0	53,0	0,0	Aufgrund anhaltender rechtlicher Prüfung werden abrechenbare Mehrerträge erstmalig erst 2019 erzielt.
169	Änderung der im Generalpachtvertrag (für Kleingärten) festgesetzten Höhe ab 01.11.2016			18,0	18,0	108,0	108,2	108,0	108,2	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
170	Verlängerung der Angebotsfrist bei Erbbaugrundstücken					150,0	150,0	300,0	300,0	Maßnahme umgesetzt, Abrechnung über 2.28

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
178	Einschlag im Nadelholz um 3.000 Erntefestmeter (Efm) erhöhen					120,0	120,0	120,0	120,0	Maßnahme in Umsetzung; abrechenbarer Konsolidierungserfolg bleibt anzuwarten
192	Gebührenanpassung in den Parkhäusern an Marktniveau					200,0	200,0	200,0	200,0	Maßnahme umgesetzt.
B)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung < 10 T€									
23	Stadtplanung / Gebührenerhebung für Auskünfte aus der Verkehrsdatenbank	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Umsetzung ist aus fachlichen Gründen nicht erfolgt. Maßnahme ist zu ersetzen.
24	LPA/Entschädigung für Schuppen 10/11 (4%) im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages (verkaufsgleich)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Maßnahme ist zu ersetzen.
109	Steuern / Einsparung von Gebühren aus nicht mehr benötigten Zugriffs-Lizenzen für Softwareprogramme	2,5	2,6	2,5	2,6	2,5	2,6	2,5	2,6	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
111	Wirtschaft und Liegenschaften Gutachterausschuss / Satzung anpassen			5,0	3,7	5,0	3,7	5,0	3,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
112	Wirtschaft und Liegenschaften Gebührenerhöhung, insbesondere SG Erbbaurechte und sonstige Rechte Neukalkulation der Tarife für die Abgabe privatrechtlicher Erklärungen (letzte Anpassung in 2002)			5,0	24,7	5,0	30,8	5,0	30,8	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
121	Soziale Sicherung Erhöhung der Gebühren für die öffentliche Rechtsauskunftsstelle mit dem Ziel einer Vollkostendeckung	5,3	10,3	5,3	10,3	5,3	10,3	5,3	10,3	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
122	Kurbetrieb Travemünde Erhöhung der Entgelte für Wohnmobilparkplatz	4,9	5,2	4,9	5,2	4,9	5,2	4,9	5,2	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
187	Umsetzung Parkkonzept 2. Stufe							2,0	0,0	Maßnahme eingestellt, Aufwand der Umsetzung steht nicht im Verhältnis zur Ertragsverbesserung.
Zwischensumme I. der Spalten:		5.783,3	7.693,0	8.796,2	11.976,2	12.577,2	13.599,6	12.729,2	13.749,6	
II.	Verringerung der Aufwendungen/Ausgaben									
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung ≥ 10 T€									
25	Abschaffung Direktwahl Seniorenbeirat; Wahl durch Bürgerschaft; da Wahl nur alle 5 Jahre stattfindet, wurden die Kosten (60 TEUR) jeweils zu 1/5 auf die Jahre verteilt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Maßnahme nicht umgesetzt, Direktwahl weiterhin vorgesehen. Maßnahme ist zu ersetzen.
26	Logistik / Externe Vergabe der Botendienste; Einsparung von 2 Planstellen EG 2 - Bote (Stellen-Nr. 0202.2.0260, 0202.2.340); Abgabe der Fahrzeuge, dafür höherer Aufwand durch Ausweitung Fremdvergabe; Berücksichtigung des Netto-Einsparvolumens	65,0	72,9	65,0	72,9	65,0	72,9	65,0	72,9	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
27	Rechnungsprüfungsamt / Einsparung von 2 Planstellen BBO A 12 (Stellen-Nr. 0100.1.0090) und EG 11 (Stellen-Nr. 0100.2.0010) - Rechnungsprüfer; der Standard wurde im RPA bereits angepasst (Altersteilzeit)	102,5	102,5	207,3	207,3	207,3	207,3	207,3	207,3	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
28	Reduzierung Zuschussbedarf Kurhausbetriebe Travemünde mbH - Liquidation der Gesellschaft vorgesehen; Verkauf des Kurhaus-Grundstücks (4%)	108,0	108,0	108,0	108,0	108,0	108,0	108,0	108,0	Eine vollständige Anrechnung der 385 T€ ist bei Zugrundelegen der Richtlinien nicht möglich. Anrechenbar sind lediglich 4% vom Veräußerungserlös. Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
29	Logistik / Senkung der Portokosten nach Ausschreibung	101,9	129,5	101,9	129,5	101,9	129,5	101,9	129,5	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
30	IT / Senkung der Fernmeldegebühren nach Ausschreibung	80,0	0,0	80,0	0,0	80,0	0,0	80,0	0,0	Keine eigene Maßnahme der Kommune. Maßnahme ist zu ersetzen.
31	Reduzierung der Repräsentationsaufwendungen bei Stadtpräsidentin und Bürgermeister	21,0	9,4	21,0	9,4	21,0	9,4	21,0	9,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
32	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Auflösung des Bereiches und Einrichtung als Stabsstelle direkt bei der Verwaltungsleitung, dadurch Einsparung der Bereichsleitungsstelle EG 15Ü (Stellen-Nr. 0240.2.0005)	149,2	149,2	149,2	149,2	149,2	149,2	149,2	149,2	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
33	Büro der Bürgerschaft / Einsparung einer Planstelle BBO A 13 H (Stellen-Nr. 0001.1.0010) nach Neuorganisation; dafür Höherbewertung einer Planstelle von EG 10 nach EG 12; Berücksichtigung des Netto-Einsparvolumens	93,5	93,5	93,5	93,5	93,5	93,5	93,5	93,5	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor. Der Stellenwegfall wird bestätigt, nicht jedoch die tatsächlich eingetretene Personalaufwandsreduzierung für den Gesamthaushalt Hansestadt Lübeck.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
34	Lübeck und Travemünde Marketing GmbH / Kürzung der Zuschüsse in 2 Stufen à 5% Geschäftsjahre 2013 und 2014 durch Streichung von Projektmitteln (Wunscherfüllertag und Highlightkalender Travemünde), Reduktion Lagerkosten, Einnahmeerhöhung Flächenvergabe Promotionaktionen und Onlinemarketing sowie Kooperation mit dem LübeckerVerkehrsVerein	141,6	0,0	141,6	0,0	141,6	0,0	141,6	0,0	Maßnahmen umgesetzt, Errechnung eines Konsolidierungserfolges ist nicht prüffähig und wirtschaftlich vertretbar darstellbar
35	Wirtschaftsförderung / Kürzung der Zuschüsse in 2 Stufen à 5% Geschäftsjahre 2013 und 2014 - Verringerung des Personalbestandes damit einhergehend Reduzierung der Projektarbeit. Genaue Handlungsfelder werden im Zusammenhang mit der Erstellung des Wirtschaftsplans 2013 festgelegt.	36,2	0,0	36,2	0,0	36,2	0,0	36,2	0,0	Keine Konsolidierungsmaßnahme i.S.d. Richtlinien. Maßnahme ist zu ersetzen.
36	Sanierung des Betriebes SeniorInneneinrichtungen	355,0	325,5	355,0	366,8	355,0	366,8	355,0	366,8	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
37	Flughafen Lübeck GmbH - Verkauf zum 01.01.2013, Wegfall Defizitausgleich	2.400,0	-2.413,3	2.400,0	733,8	2.400,0	3.193,5	2.400,0	3.241,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
38	Märkte / Erwirtschaftung ausgeglichenes Ergebnis durch Stellenreduzierung 1 Planstelle EG 5 (Stellen-Nr. 7300.2.0040) - Marktaufseher und geplante Neukalkulation	62,2	62,2	62,2	62,2	62,2	62,2	62,2	62,2	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
39	Bali / JAW - Kantinenschließung im Verwaltungszentrum Mühlentor	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	siehe lfd. Nr. 40

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
40	Bali / JAW - Einsparung von 8,05 Planstellen - Erzieher - S 8 TVöD (Stellen-Nr. 4521.2.0020, 4521.2.0050, 4521.2.0055, 4521.2.0059, 4521.2.0069), Handwerksmeister, Erzieher, Hauswirtschaftsleitung - S 9 (Stellen-Nr. 4521.2.0015, 4521.2.0018, 4521.2.0056, 4521.2.0040) Soz.Päd. S 12 TVöD (Stellen-Nr. 4521.2.0019) + Stellvertr. Bereichsleitung S 15 TVöD (Stellen-Nr. 4521.2.0012), Sachbearb. EG 9 TVöD (Stellen-Nr. 4521.2.0022) nach Aufgabenwegfall	500,0	239,0	500,0	239,0	500,0	239,0	500,0	239,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
41	Bali/ JAW - Aufgabe des Wohnheims und der Bäckerei - Beendigung des Mietverhältnisses für den Standort Elmar-Limberg-Platz 4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	s. lfd. Nr. 40
42	Gesundheitsamt / Ausschreibung von ordnungsrechtlichen Bestattungen	61,0	61,0	61,0	61,0	61,0	61,0	61,0	61,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
43	Gesundheitsamt / KISS / Standardabsenkung durch Verzicht auf Verwaltungsstelle - 25 Std. EG 5 TVöD (Stellen-Nr. 5440.2.0045)	53,4	53,4	53,4	53,4	53,4	53,4	53,4	53,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
44	Wirtschaft und Liegenschaften - Beendigung des Mietverhältnisses für die Liegenschaft Beckergrube 95 zum 01.01.2012; Umzug der Nutzer; Berücksichtigung der Netto-Einsparung	29,8	29,8	29,8	29,8	29,8	29,8	29,8	29,8	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
45	Zusammenlegung der Bereiche Verbraucherschutz, Umweltschutz und Naturschutz - Synergieeffekte durch Stellenreduzierungen - Sachbearbeiter EG 5 (Stellen-Nr. 1151.2.0230) ab 2011; Sachbearbeiter BBO A 8 (Stellen-Nr. 1104.1.0360) und EG 8 TVöD (Stellen-Nr. 1151.2.0225) ab 2012; Bereichsleitung (ehemals Naturschutz) EG 15 TVöD (Stellen-Nr. 1150.2.0010) ab 2013; Sachbearbeiter EG 5 TVöD (Stellen-Nr. 1151.2.0212) und 0,5 Schreibkraft EG 5 TVöD (Stellen-Nr. 1104.2.0750) ab 2014	384,6	384,6	384,6	384,6	384,6	429,0	384,6	460,8	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
46	Naturschutz / strukturelle Reduzierung Vergabe externer Gutachten, dadurch Standardabsenkung in der Aufgabenerledigung (weniger Kontrollen der Nutzung festgesetzter Ausgleichsflächen, Reduzierung der Ausgleichsmaßnahmenbetreuung, Streckung der Erbringung von landschaftsplanerischen Leistungen)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Umsetzung ist aus fachlichen Gründen nicht erfolgt. Maßnahme ist zu ersetzen.
47	Entwässerungssatzung / Abschaffung der Rabattgewährung für Wassergroßabnehmer - dadurch entfällt für die HL der Ausgleich der Mindereinnahmen an die Entsorgungsbetriebe; Neugebührenkalkulation wird derzeit erarbeitet	638,9	638,9	638,9	638,9	638,9	638,9	638,9	638,9	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
48	Stadtwald / Erwirtschaftung ausgeglichenes Ergebnis bis 2015 - Naturnahes Waldkonzept kommt zum Tragen, dadurch Erzielung höherer Einnahmen durch Holzverkäufe - Selbstvermarktung des Holzes (Verzicht auf Zwischenhändler); Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch Einsatz eigener Ressourcen (u.a. bei Holzernte) nach Kündigung aller Verträge mit Dritten; Ausweitung des Angebotes im Holzhof; Mehrerträge durch kostenpflichtige Waldführungen für Fachexperten	300,0	14,7	300,0	14,8	300,0	89,6	300,0	121,3	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
49	Lübecker Museen / Schließung des Burgklosters und Umbau zum Europäischen Hansemuseum Beschluss 2011, Schließung während Umbau in 2012/2013, Deckelung Zuschuss ab 2014ff auf 400 TEUR (Zuschussbudget 2009: 575 T€)	175,0	117,0	175,0	182,0	175,0	182,0	175,0	182,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
50	Schule und Sport / Schließung Luisenhofschule - Auslaufen mit Schuljahr 2011/2012 - Einsparung von Betriebskosten und Bauunterhaltung - Hausmeisterdienst wurde bereits von Schule Rangenberg abgedeckt	39,0	43,4	39,0	43,4	39,0	43,4	39,0	43,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
52	Musik- und Kongresshalle / Kürzung der Zuschüsse in 2 Stufen à 5 % Geschäftsjahre 2013 und 2014 - Erlössteigerung im Kongress- und Konzertbereich ab 2014 - Energieeinsparung durch Optimierung der Laufzeiten der Gebäudeleittechnik und Einführung eines neues Abfallkonzeptes - Es scheiden in 2014 2 Mitarbeiter (Techniker u. Teilzeitstelle Gastronomie) aus. Die Aufgaben werden intern umverteilt. Restaufgaben werden über externe Dienstleister erbracht. Berücksichtigung des Nettoeinsparvolumens.	141,6	123,8	141,6	123,8	141,6	123,8	141,6	123,8	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
53	Lübecker Schwimmbäder / Optimierung im Bestand Kürzung der Zuschüsse in 2 Stufen à 5 % Geschäftsjahre 2013 und 2014, z. B.: - Reduzierung des Personalbestandes - 2 Abfindungsverträge mit Rettungsschwimmern (EG 4/5) konnten bereits geschlossen werden - Reduzierung Stromkosten durch Einbau von Bewegungsmeldern - Pumpeneinbau zur Wasserkostenreduzierung - Umsetzung eines erarbeiteten Marketing-Konzeptes zur Besuchergewinnung und -bindung, z. B. durch neue Kursangebote für Babies, Kleinkinder und Senioren (Beginn 2013)	435,7	440,0	435,7	440,0	435,7	440,0	435,7	440,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
54	Senkung Zuschuss an Kulturstiftung / Lübecker Museen in drei Stufen à 2%, Maßnahmen gem. Umsetzungsbericht: - Buddenbrookhaus: Wegfall der 1/2 wissenschaftlichen Stelle EG 13 - Museen Kunst-und Kulturgeschichte: Wegfall 1/2 Restauratorenstelle EG 9 (Besetzung als 1/2 Stelle ab April 2013) - Museumspädagogik: Wegfall der EG13 - Stelle ab 8.5.2013 (Beginn Freizeitphase ATZ), Besetzung mit Volontariat - Buddenbrookhaus: Thomas - Mann - Preis: Reduzierung um 2T€ - Museumsnacht: Reduzierung um 5 T€ - Burgkloster: Wegfall Hausmeisterstelle EG 3 - Holstentor: Wegfall einer Aufsicht durch Renteneintritt beiAufgabenwahrnehmung durch externe Dienstleister, Einsparung der Differenz	100,0	280,0	100,0	280,0	100,0	280,0	100,0	280,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
55	Gebäudemanagement und eigenbetriebsähn. Einrichtung Gebäudereinigung HL (GHL) / Zusammenlegung ab 01.01.2013 mit Wiedereingliederung der Gebäudereinigung in den Kernhaushalt HL - Einsparung von 2 Teilzeitstellen (Leitung Gebäudereinigung BBO A11 ,30,25 Wstd., Stellenplan-Nr. 0630.9.0100 ;Personalrat EG 2, 26,6 Wstd.,Stellenplan-Nr. 0630.5.9102) - Einsparung Aufwand für Wirtschaftsprüfer wg. Feststellung Jahresabschluss - Verzicht auf das Buchungsprogramm DATEV (genutzt von GHL) und Sachkosteneinsparung in Zusammenhang mit Wechsel PR	133,6	120,9	133,6	120,9	133,6	120,9	133,6	120,9	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
56	Bauordnung / Integration in die Stadtplanung - Zusammenfassen der Funktionen Bereichsleitung und stellvertretenden Bereichsleitung der Bauordnung zu einer künftigen Abteilungsleitung im Bereich Stadtplanung und Verzicht auf eine BBO A 15 - Stelle	90,0	133,5	90,0	133,5	90,0	133,5	90,0	133,5	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
57	Reduzierung der Kosten für die Sinkkastenreinigung	45,0	0,0	45,0	0,0	45,0	0,0	45,0	0,0	kein Konsolidierungseffekt in der Konzernbetrachtung erkennbar. Maßnahme ist zu ersetzen.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
58	Stadtgrün und Verkehr / Gründung Technisches Betriebszentrum (Flächenmanagement) ab 01.07.2012 -Einsparung 2013 2 Stellen, 2014 3 Stellen, 2015 5 Stellen, 2016 5 Stellen Bündelung von Aufgaben durch Umorganisation . Damit Freisetzen von Personalkapazitäten im operativen Bereich (Straßenbauer, Straßenbegeher, Gärtner und Gartenhelfer). Betroffen sind insgesamt 237 Mitarbeiter. Eine stellenscharfe Festlegung ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, dies kann erst im Rahmen des bis 2016 angelegten Optimierungsprozesses erfolgen.	446,4	660,2	446,4	660,2	446,4	802,3	446,4	802,3	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
59	Stadtgrün und Verkehr / Kommunalrabatt für Netznutzung (Strom Straßenbeleuchtung) gem. KonzessionsabgabenVO für Strom und Gas Die Zusage der Stadtwerke Lübeck über die Gewährung eines 10%igen Rabatts für städt. Abnahmestellen liegt seit 08/2012 vor. Anteil Netznutzung am Strompreis: - Summe Grundpreis + Arbeit + Abrechnung = 211 T€ netto - darauf Preisnachlass nach § 3,1 KAV = 21 T€ netto => rd. 25 T€ brutto	25,0	0,0	25,0	0,0	25,0	0,0	25,0	0,0	kein Konsolidierungseffekt in der Konzernbetrachtung erkennbar. Maßnahme ist zu ersetzen.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
60	Stadtgrün und Verkehr, hier: Schulgarten - Abgabe an Dritte - Reduzierung Pflegestandards. Bisheriger Aufwand von 31 €/m ² im Jahr ist durch organisatorische und strukturelle Maßnahmen auf 10 €/m ² zu reduzieren.	100,0	0,0	100,0	0,0	100,0	0,0	100,0	0,0	Umsetzung ist erfolgt, jedoch kein struktureller Konsolidierungseffekt
61	Stadtgrün und Verkehr / Aufgabe der Kapelle 2 auf dem Vorwerker Friedhof					12,0	0,0	12,0	0,0	Beendigung der jetzigen Nutzung nicht absehbar. Maßnahme ist zu ersetzen.
62	Stadtgrün und Verkehr / Kreiselbepflanzung günstiger gestalten Änderung der Bepflanzung mit dem Ziel einer Reduzierung im Beschaffungs- und Pflegeaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Umsetzung ist aus fachlichen Gründen nicht erfolgt. Maßnahme ist zu ersetzen.
63	Reduzierung der Infrastruktur hier: LPA / Aufhebung der Innenstadtverbindung Lübecker Hafenbahn - geringere Unterhaltung	14,0	0,0	14,0	0,0	14,0	0,0	14,0	0,0	Umsetzung ist erfolgt, Abrechnung in einem wirtschaftlich vertretbarem Rahmen nicht möglich.
64	LPA / Standardabsenkung Hafen- und Seemannsamt mit Einsparung von 2 Teilzeitstellen (EG 6, Stellenplan-Nr. 1700.2.0120 und EG 5 Schreibkraft, Stellenplan-Nr. 1700.2.0115) durch Bündelung von Verwaltungsaufgaben.	63,4	0,0	63,4	0,0	63,4	0,0	63,4	0,0	Stellen wurden zur Erfüllung zusätzlicher Aufgaben innerhalb der LPA verlagert. Maßnahme ist zu ersetzen.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung	
		2015		2016		2017		2018			
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose		
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11	
65	LPA / Hafensbahn - Betrieb und Instandhaltung bei Übernahme der Ressourcen der LHG: Stelleneinsparung bei der NRS durch Schnittstellenoptimierung, Synergie-Effekte durch optimierten Personaleinsatz	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Die Festlegung des Prüfungsumfanges in Zusammenhang mit der Beauftragung des Gutachtens gestaltet sich schwierig und verzögert sich somit. Bereits heute ist es unwahrscheinlich, dass der Einsparerfolg eintreten wird. Maßnahme ist zu ersetzen.
66	Stadtplanung / Verlagerung der städtischen Kosten Gestaltungsbeirat auf Investoren Bedeutende Bauprojekte sind entweder durch Wettbewerb oder Entscheidung des Gestaltungsbeirats auszuwählen. Die Durchführung der vierteljährlichen Sitzungen des Gestaltungsbeirats verursacht Personalkostenaufwand in der Stadtplanung von ca. 30 T€, der Investoren und Büros künftig in Rechnung gestellt werden soll.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Umsetzung ist aus fachlichen Gründen nicht erfolgt. Maßnahme ist zu ersetzen.
67	Stadtplanung / Keine Subvention der Fahrtarife für Priwallbewohner	139,0	0,0	139,0	0,0	139,0	0,0	139,0	0,0	0,0	kein Konsolidierungseffekt in der Konzernbetrachtung erkennbar. Maßnahme ist zu ersetzen.
68	Stadtgrün und Verkehr / Einsparung einer Abteilungsleiterstelle des ehemaligen Bereichs Stadtgrün (Stellenplan-Nr. 5800.1.0030)	97,0	97,0	97,0	97,0	97,0	97,0	97,0	97,0	97,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
69	Gebäudemanagement / Reduzierung Fernwärme-Anschlussleistungen bei folgenden Schulen (2012: 1.899 kW à 36,34 €/kW brutto).	145,8	135,4	145,8	135,4	145,8	135,4	145,8	135,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
70	Gebäudemanagement / Optimierung der Regeleinrichtungen. (Der klimatische Effekt wurde bei der Zahlenermittlung herausgerechnet)	150,0	0,0	150,0	0,0	150,0	0,0	150,0	0,0	Konsolidierungserfolg ist nicht hinreichend und abrechnungsfähig belegbar. Maßnahme ist zu ersetzen.
71	Gebäudemanagement / Energieeinspar-Contracting - Budgetcontracting mit den Stadtwerken Lübeck für 10 Objekte, Wechsel von reiner Energielieferung zu einem komplexen Wärmeservice ("Warmes Gebäude" = Energielieferung zuzüglich Anlagenbetreuung) - Energiekosten-Einsparcontracting für 23 Objekte Modernisierung der techn. Anlagen	13,1	0,0	13,1	0,0	13,1	0,0	13,1	0,0	Konsolidierungserfolg ist nicht hinreichend und abrechnungsfähig belegbar. Maßnahme ist zu ersetzen.
72	Gebäudemanagement / Entmietung Untertrave 107 zum 01.10.2011	46,1	30,3	46,1	30,3	46,1	30,3	46,1	30,3	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
83	Gebäudemanagement / Entmietung Konstinkai Einsparung Miet- und Betriebskosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Maßnahme ist zu ersetzen.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
84	Ausgleichsamt / Auflösung nach Beendigung der Aufgaben - Wegfall der Planstellen Bereichsleitung A 13 g.D.(4090.1.0080), Sachbearbeitung 2x A 9 m.D.(4090.1.0280, 4090.1.0320), A 11 (4090.1.0085), 2x EG 9 (4090.2.0050, 4090.2.0080), 1,38x EG 5 (4090.2.0550, 4090.2.0520); Netto-Personalkosteneinsparung von 31,25 %	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Keine eigene Maßnahme der Kommune. Maßnahme ist zu ersetzen.
85	Logistik und Wahlen / Optimierung durch Umverteilung der Aufgaben auf andere Mitarbeiter der Abteilung Statistik und Wahlen, Reduzierung der Erstellung freiwilliger Statistiken	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
86	Logistik und Wahlen / Optimierung durch Umverteilung der Aufgaben auf andere Mitarbeiter der Abteilung Logistik	44,4	44,4	44,4	44,4	44,4	44,4	44,4	44,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
87	Fachbereichsdienst Wirtschaft und Soziales/ Einsparung einer 0,5 -Stelle EG 8 TVöD	46,7	46,7	46,7	46,7	46,7	46,7	46,7	46,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
88	Kurbetrieb Travemünde / Einsparung einer Stelle EG 9 TVöD durch Optimierung von Arbeitsabläufen in der Abteilung Außendienst	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
89	Kurbetrieb Travemünde / Einsparung einer Stelle EG 8 TVöD in der Verwaltung durch Straffung von Arbeitsabläufen und Optimierung der Bürokommunikationssysteme	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung	
		2015		2016		2017		2018			
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose		
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11	
90	Kurbetrieb Travemünde / Einsparung einer Stelle EG 5 TVöD in der Verwaltung durch Übernahme der Mit-arbeiterin auf eine freie Stelle in der Kernverwaltung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Stabsstelle Haushaltskonsolidierung und Rechnungsprüfungsamt sind unterschiedlicher Auffassung. Nach Ansicht des RPA liegt keine Einsparung i.S.d. Richtlinie vor.
91	Verbraucherschutz / Reduzierung einer Planstelle	72,9	72,9	72,9	72,9	72,9	72,9	72,9	72,9	72,9	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
93	Schule und Sport / Einsparung einer Stelle BBO A11 durch Zusammenlegen zweier Abteilungen	93,4	93,4	93,4	93,4	93,4	93,4	93,4	93,4	93,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
94	Archäologie / Stelleneinsparung - 0,5 Stelle Nr. 3650.2.0029, EG 9 TVöD, - 0,5 Stelle Nr.3650.2.0002, EG 14 TVöD, - Herabstufung Stelle 3650.2.0005 von EG 11 TVöD nach BBO A 9	112,6	112,6	112,6	112,6	112,6	112,6	112,6	112,6	112,6	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
96	Stadtplanung / Strukturelle Reduzierung der Aufwendungen für Gutachten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Maßnahme ist zu ersetzen.
97	Stadtgrün und Verkehr / Einführung Altmetallverwertung	20,0	0,0	20,0	0,0	20,0	0,0	20,0	0,0	0,0	Umsetzung erfolgt; jedoch kein struktureller Konsolidierungseffekt
98	Lübeck Port Authority / Reduzierung von zwei Planstellen	88,7	88,7	88,7	88,7	150,0	152,5	150,0	152,5	152,5	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
99	Stadtplanung / Reduzierung von zwei Planstellen Verzicht auf Wiederbesetzung von zwei Planstellen nach Auslaufen der ATZ; 6100.2.0250 - EG 8 Bautechniker ab 04/11; 6100.2.0169 - EG 14 Generelle Planung ATZ Freizeitphase ab 11/10 - 01/15	198,5	197,6	207,4	210,8	207,4	210,8	207,4	210,8	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
100	Bauordnung / Reduzierung von zwei Planstellen 6130.2.0090 - EG 5 Vorzimmer ab 01/11; 6130.2.0070 - EG 10 Abteilungsleitung ab 04/12	173,9	173,9	173,9	173,9	173,9	173,9	173,9	173,9	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
101	Gebäudemanagement / Reduzierung einer Planstelle 0632.5.0030 - EG 6 Betriebshandwerker ATZ Freizeitphase 08/12 - 07/15	31,1	31,1	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
102	Reduzierung der LN-Abonnements in allen Fachbereichen von derzeit - 41 auf 9 Druckträger - 11 auf 5 E-Paper	11,3	11,3	11,3	11,3	11,3	11,3	11,3	11,3	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
103	Liegenschaften / Umsetzung der Ergebnisse des KGST-Gutachtens zur Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation im Laufe 2014 bei Sicherstellung der Aufgabenerledigung	363,9	402,0	500,0	531,3	500,0	557,7	500,0	557,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
104	Melde- und Gewerbeangelegenheiten / Optimierung der Organisationsstruktur Stadtteilbüros/Zentralisierung Kfz-An- und Ummeldung	30,1	0,0	30,1	0,0	30,1	0,0	30,1	0,0	Wiedereinrichtung eines dezentralen Bürgerservice - VO/2017/05127 (inhaltliche Aufhebung von VO/2013/01078)

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung	
		2015		2016		2017		2018			
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose		
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11	
105	Stadtgrün und Verkehr / Einsparung einer Planstelle BBO A 12 (Stellennr. 6300.1.0021) ab 01.04.2013 nach Eintritt in den Ruhestand	100,4	100,4	100,4	100,4	100,4	100,4	100,4	100,4	100,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
106	Archiv / Herabstufung der Stelle eines wissenschaftl. Mitarbeiters Mit Ausscheiden des wissenschaftl. MA in 2014 wird dessen Stelle Nr. 3210.2.0005, EG 14 TVöD, eingespart. Die aktuell unbesetzte, niedriger dotierte Stelle Archivrat, BBO A13 LG2.2, wäre dann zu besetzen. Einsparung des Differenzbetrages.(Archiv-Informatiker)			16,8	0,0	16,8	17,7	16,8	17,7	17,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
107	Bürgermeisterkanzlei/ Einsparung einer 1/2 Planstelle EG 5 TVöD (Stellen-Nr. 0004.2.0045 (VZÄ 0,09), 0003.2.0050 (VZÄ 0,41) durch Optimierung der Aufgaben	31,7	31,7	31,7	31,7	31,7	31,7	31,7	31,7	31,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
108	Bürgermeisterkanzlei/ Einsparung einer 1/2 Planstelle EG 5 TVöD (Stellen-Nr. 0004.2.0040 (VZÄ 0,50) nach Aufgabenoptimierung	44,4	44,4	44,4	44,4	44,4	44,4	44,4	44,4	44,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
113	Fachbereichsdienste Wirtschaft und Soziales Einsparung einer EG 5 - Stelle (Planstellen-Nr. 0021.2.0700) durch Aufgabenoptimierung	55,0	55,0	88,9	76,2	88,9	76,2	88,9	76,2	76,2	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
114	Melde- und Gewerbeangelegenheiten Optimierung der Organisationsstruktur der Stadtteilbüros; hier: Überführung der KfZ - Zulassungen in die Zulassungsstelle Meesenring ab 10/2014	51,8	0,0	51,8	0,0	51,8	0,0	51,8	0,0	0,0	Wiedereinrichtung eines dezentralen Bürgerservice - VO/2017/05127 (inhaltliche Aufhebung von VO/2013/01078)

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
115	Melde- und Gewerbeangelegenheiten Optimierung der Organisationsstruktur der Stadtteilbüros; hier: Einsparung einer Planstelle EG 8 ab 10/2015 durch Aufgabenoptimierung	20,0	0,0	20,0	0,0	20,0	0,0	20,0	0,0	Wiedereinrichtung eines dezentralen Bürgerservice - VO/2017/05127 (inhaltliche Aufhebung von VO/2013/01078)
116	Melde- und Gewerbeangelegenheiten <u>nachrichtlich:</u> Einstellung Begrüßungsgeld ab 2011	65,4	65,4	65,4	65,4	65,4	65,4	65,4	65,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
117	Gebäudemanagement Reduzierung einer Planstelle (durch Aufgabenoptimierung) nach Eintritt in den Ruhestand ab 01.04.2014	56,6	56,6	56,6	56,6	56,6	56,6	56,6	56,6	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
124	Fachbereichscontrolling FB 2 Einsparung einer Stelle 0020.2.0030, EG 6 TVöD ab 05/2011, WAZ 39 Std.	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
125	Wirtschaft und Liegenschaften Einsparung einer Stelle 0350.2.0250, EG 5 TVöD ab 09/2012, WAZ 39 Std.	76,2	76,2	76,2	76,2	76,2	76,2	76,2	76,2	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
126	Gesundheitsamt Einsparung eines Arbeitsplatzes durch Zusammenlegen zweier Halbtagsstellen sowie Einsparung von Stundenanteilen in Höhe von 9,78 Stunden, EG 5 TVöD	28,6	28,6	28,6	28,6	28,6	28,6	28,6	28,6	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
127	Fachbereichsdienste FB 2 Einsparung einer Stelle Nr. 0022.2.0300, EG 6 TVöD ab 04/2015, WAZ 39 Stunden	56,0	56,0	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
128	Entsorgungsbetriebe Änderung der Straßenreinigungssatzung; Wegfall der Ermäßigung für Reinigung von Eckgrundstücken	16,3	16,3	16,3	16,3	16,3	16,3	16,3	16,3	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
129	Melde- und Gewerbeangelegenheiten Reduzierung der Stadtteilbüros auf zwei Standorte	200,0	0,0	200,0	0,0	200,0	0,0	200,0	0,0	Wiedereinrichtung eines dezentralen Bürgerservice - VO/2017/05127 (inhaltliche Aufhebung von VO/2013/01078)

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung	
		2015		2016		2017		2018			
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose		
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11	
130	Familienhilfen Einsparung der Stellenplan Nr. 4574.2.0030 / S14 ab 09/14 durch Umorganisation	71,8	71,8	71,8	71,8	71,8	71,8	71,8	71,8	71,8	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
133	Verkehrsangelegenheiten/Einsparung einer Planstelle Nr- 1113.2.0429, EG 3 TVöD, 39 WAZ; nach Ablauf der ATZ der Stelleninhaberin zum 30.11.2014	61,6	61,6	61,6	61,6	61,6	61,6	61,6	61,6	61,6	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
134	Umwelt-, Natur-, Verbraucherschutz/Einsparung einer Planstelle Nr.1150.2.0260, EG 8 TVöD, 39 WAZ, nach Eintritt in den Ruhestand	77,3	77,3	77,3	77,3	77,3	77,3	77,3	77,3	77,3	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
135	Wegfall der Inkassoprovision für Einziehen der Kurabgabe	75,3	75,3	75,3	75,3	75,3	75,3	75,3	75,3	75,3	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
136	Rechnungsprüfungsamt / Reduzierung einer Planstelle (durch Aufgabenoptimierung und Aufgabenumverteilung im Bereich) ab 01.07.2014	36,2	36,2	36,2	36,2	36,2	36,2	36,2	36,2	36,2	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
139	Meldewesen / Einsparung von 14 Stunden auf der Planstelle Nr.1101.2.0055, EG 9 TVöD, bisher 39 WAZ, neu 25 WAZ	26,6	23,9	26,6	23,9	26,6	23,9	26,6	23,9	23,9	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
141	Stadtgrün und Verkehr / Wartung Lichtsignalanlagen nach Ende der laufenden Wartungsverträge durch eigene Mitarbeiter					200,0	0,0	200,0	0,0	0,0	Maßnahme umgesetzt; Konsolidierungspotential unter Berücksichtigung der lfd. Kosten erheblich geringer als kalkuliert - nicht wirtschaftlich abrechenbar
142	Kostendeckungsgrad Vermessung verbessern					25,0	0,0	25,0	0,0	0,0	Konsolidierungspotenzial nicht hinreichend belegbar. Maßnahme ist zu ersetzen

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
144	Einsparungen aus Veränderungen in der Mobiltelefonie					30,0	15,0	30,0	15,0	Überführung der Mobilfunkgeräte in den neuen Tarif abgeschlossen. Abrechnung läuft.
145	Presse u d Öffentlichkeitsarbeit / Kündigung Vertrag Stadtzeitung							30,0	30,0	Der Vertrag "Stadtzeitung" wurde mit Wirkung zum 31.12.2017 gekündigt. Einsparungen werden erstmalig im HH 2018 wirksam.
147	Stadtplanung / Einsparung einer Planstelle, EG 6 TVöD, WAZ 39 Stunden. Planstellen-Nr. 6100.2.0210 zum 01.07.2014	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	74,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
148	Fachbereichsdienste FB 4 Vertragsoptimierung des Budgetvertrages Kindertagespflege	149,5	149,5	149,5	149,5	149,5	149,5	149,5	149,5	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
150	Stadtplanung/ Einsparung einer halben Planstelle aufgrund Neugestaltung der Funktion Stadtbildpflege ab 01.04.2014	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
151	Schule und Sport / Weitere Übernahme von Sportstätten durch Vereine			17,0	0,0	17,0	0,0	17,0	0,0	Konsolidierungspotenzial nicht hinreichend belegbar. Maßnahme ist zu ersetzen
156	Entsorgungsbetriebe / Ausdehnung des Projektes "Nette Toilette" unter Verzicht auf eine eigene Toilettenanlage	22,5	0,0	90,0	73,8	90,0	73,8	90,0	73,8	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
157	Fachbereichscontrolling Fachbereich 4 / Reduzierung der Overheadkosten pro ausgebautem Platz (Managementenerfolg) beim örtlichen Jugendhilfeträger					150,0	75,0	150,0	75,0	Maßnahme in Umsetzung; abrechenbarer Konsolidierungserfolg bleibt anzuwarten
158	Familienhilfen / Verselbständigung von Volljährigen					240,0	0,0	240,0	0,0	Maßnahme umgesetzt, Abrechnung siehe 184
159	Familienhilfen / Verstärkte Vermittlung in Pflegefamilien, Prüfung einer Erweiterung des Angebots für traumatisierte Kinder u. Kinder mit Handicap					36,0	0,0	36,0	0,0	Maßnahme umgesetzt, Abrechnung siehe 184

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
162	Passivbesteuerung / Aufgabenumverteilung und Stellenherabstufung; Einsparung der Differenz TVöD EG 14 zu SHBesG A11					26,6	26,6	26,6	26,6	Umsetzung ist erfolgt, Abrechnung läuft
163	Einsparung 1 Stelle EG 5 TVöD, Stelle Nr. 5661,					77,5	77,5	77,5	77,5	Umsetzung ist erfolgt, Abrechnung läuft
164	Zinsoptimierung					150,0	112,1	200,0	113,2	Prüfung im RPA
165	Intensivierung eines Outcome-Controlling (Soziale Sicherung)					0,0	0,0	100,0	0,0	Konsolidierungserfolg ist frühestens in 2019 zu erwarten.
166	Verkauf Gebäude Dr.-Julius-Leber-Str. 67 - Wegfall von BU und Nebenkosten					0,0	0,0	23,0	23,0	Maßnahme in Umsetzung; abrechenbarer Konsolidierungserfolg bleibt anzuwarten
168	Verkauf Gebäude Dr.-Julius-Leber-Str. 75 - Wegfall von BU und Nebenkosten					0,0	0,0	100,2	48,7	Maßnahme in Umsetzung; abrechenbarer Konsolidierungserfolg bleibt anzuwarten
171	Veräußerung Gebäude Schwartauer Allee 42, 44/44a; inkl. Wegfall von BU und Nebenkosten					0,0	0,0	183,0	89,9	Maßnahme in Umsetzung; abrechenbarer Konsolidierungserfolg bleibt anzuwarten
172	Einsparung der Stelle Nr. 7601, A9 LG 2.1 zum 01.08.2017					34,8	0,0	83,6	0,0	kein Konsolidierungserfolg, da andere Stellen aufgestockt werden mussten. Maßnahme ist zu ersetzen.
173	Einsparung einer 0,8 Stelle Nr. 5300, EG 5 TVöD					47,0	0,0	47,0	0,0	Maßnahme in Umsetzung; abrechenbarer Konsolidierungserfolg bleibt anzuwarten
174	Einsparung einer 0,5 Stelle 6100, EG 8 TVöD					41,1	41,6	41,1	41,6	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
175	Erhöhung des Kostendeckungsgrades des Holzhofes (Ziel: Kostendeckung), ggf. Schließen					50,0	0,0	100,0	0,0	Umsetzung innerhalb der Konsolidierungszeitraumes nicht möglich.
176	Einsparung der Försterstelle Nr. 6954, SHBesG A 11					103,1	0,0	103,1	0,0	Umsetzung innerhalb der Konsolidierungszeitraumes nicht möglich.
177	Einsparung einer EG-5 Stelle im Bereich Stadtwald nach Ausscheiden MitarbeiterIn					0,0	0,0	77,5	0,0	Umsetzung innerhalb der Konsolidierungszeitraumes nicht möglich.
179	Einsatz des Dokumentenmanagementsystems (DMS) im Echtbetrieb im Bereich Verkehrsangelegenheiten					0,0	0,0	150,0	0,0	Maßnahme in Umsetzung, Konsolidierungserfolg frühestens 2019
180	Einsparung einer Stelle im Bereich Schule und Sport Nr. 6250, EG 9 TVöD zum 01.04.2018					0,0	0,0	0,0	0,0	gem. BÜ-Beschluss VO/2017/05406 eingestellt. Maßnahme ist zu ersetzen.
181	Reduzierung des Personalaufwandes im Museum Geschichtswerkstatt Herrenwyk					40,0	40,0	40,0	40,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
182	Streichung der Stelle der stv. Bereichsleitung, 5608, S 17, 39 h WAZ					98,4	0,0	98,4	108,4	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
183	Stelle Nr. 7083, Reduzierung auf 20,5 WAZ sowie Herabgruppierung von A 13 auf A12					53,6	53,6	53,6	53,6	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
184	Intensivierung eines Outcome-Controlling (Familienhilfe)					0,0	0,0	400,0	400,0	Maßnahme umgesetzt, Abrechnung läuft
185	Theater: Abrechnung kondiwirksame Einzelmaßnahmen Die Maßnahmen sind vor Umsetzung zu konkretisieren. Die Entscheidung über die Umsetzung einzelner Maßnahmen obliegt dem Hauptausschuss.					0,0	0,0	150,0	0,0	Optimierung der innerbetrieblichen Abläufe. Konkrete Maßnahmen sind innerhalb des lfd. Konsolidierungszeitraumes bis Ende 2018 nicht umsetzbar.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
186	Einsparung einer Stelle im Bereich Schule und Sport , EG S 8b TVöD zum 01.02.2017					71,3	0,0	77,8	0,0	Die Streichung der Stelle wurde aufgehoben. VO/2017/05571, lfd. Nr. 17
189	Herabgruppierung der Stelle EG14 (6100.2.0010; 4804 neu) ab 01.02.2017 auf EG13					16,2	16,2	17,7	17,7	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
190	Einsparung EG10 (4572) nach Auslaufen ATZ ab 01.04.2018					0,0	0,0	44,2	44,2	Maßnahme in Umsetzung
191	Einsparung EG 8 (5972) ab 01.12.2016 Reduzierung der ZeichnerInnenstellen					82,3	82,3	82,3	82,3	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
193	Schließung der Zentraldruckerei							200,0	200,0	Maßnahme umgesetzt, Abrechnung läuft
B)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung < 10 T€									
73	Zusammenlegung Kleingartenausschuss mit Umweltausschuss	0,7	20,2	0,7	20,2	0,7	20,2	0,7	20,2	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
74	Zusammenlegung Umweltausschuss mit Ausschuss für Sicherheit und Ordnung	2,1	0,0	2,1	0,0	2,1	0,0	2,1	0,0	siehe lfd. Nr. 73
75	Zusammenlegung Kurbetriebsausschuss mit Wirtschaftsausschuss	3,4	0,0	3,4	0,0	3,4	0,0	3,4	0,0	siehe lfd. Nr. 73
76	Zusammenlegung Rechnungsprüfungsausschuss mit Finanz- und Personalausschuss	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Mit Beschluss der BÜ vom 21.03.2013 wurde der FiPa aufgelöst. Der RP-Ausschuss wurde wieder hergestellt. Einsparungen waren nur in 2012/2013 möglich. Maßnahme ist zu ersetzen.
77	Absenkung Aufwand für Verdienstausfallentschädigung Ehrenamt	5,0	41,3	5,0	41,3	5,0	41,3	5,0	41,3	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.

Stand der Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen

Hansestadt Lübeck

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr								Erläuterung zum Stand der Umsetzung
		2015		2016		2017		2018		
		gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Ist	gem. Vertrag	Prognose	gem. Vertrag	Prognose	
1	2	3 in T€	4 in T€	5 in T€	6 in T€	7 in T€	8 in T€	9 in T€	10 in T€	11
78	Stadtgrün und Verkehr / Keine Erdgassteuer für Gaslieferung Licht	9,0	0,0	9,0	0,0	9,0	0,0	9,0	0,0	Keine eigene Maßnahme der Kommune. Maßnahme ist zu ersetzen.
79	Stadtbibliothek / Schließung Stadtteilbibliothek in der Schulbibliothek Georg-Kerschensteiner-Schule zum 01.10.11	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	Umsetzung ist erfolgt, kein Konsolidierungserfolg abrechenbar Maßnahme ist zu ersetzen.
119	Passivbesteuerung Abonnementkündigungen in 2012	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
131	Fachbereichscontrolling Fachbereich 5 / Aufhebung Einzelhandelsbegleitausschuss	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
132	Bürgermeisterkanzlei Kündigung der freiwilligen Mitgliedschaft der Hansestadt Lübeck in der "Union of the Baltic Cities"	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	Prüfungsbestätigung des Rechnungsprüfungsamtes liegt vor.
167	Freizug und Verkauf Forsthaus Kronsforde - Wegfall von BU und Nebenkosten							4,5	4,5	Maßnahme in Umsetzung; abrechenbarer Konsolidierungserfolg bleibt anzuwarten
188	Reduzierung Betreuungskosten durch Umsetzung des Spielplatzkonzeptes 2008							2,0	0,0	Maßnahme eingestellt, Aufwand der Abrechnung steht nicht im Verhältnis zur Ertragsverbesserung (2 T€).
Zwischensumme II. der Spalten:		11.158,3	5.048,5	11.605,6	8.706,6	13.251,8	12.075,4	14.866,5	13.138,4	
Gesamtsumme der Spalten:		16.941,6	12.741,5	20.401,8	20.682,8	25.829,1	25.675,0	27.595,7	26.888,0	

Darstellung der finanziellen Auswirkungen durch Übernahme neuer sowie Ausweitung bestehender freiwilliger Aufgaben im HHJahr 2013 incl. vorgesehener Kompensationsmaßnahmen durch zusätzl. Einsparungen (T€)

Lfd. Nr.	Maßnahme	Haushalts jahr	Mittelfristige Finanzplanung		
			Jahr 1	Jahr 2	Jahr 3
I.	Übernahme neuer freiwilliger Aufgaben				
	Summe I.				
II.	Ausweitung bestehender freiwilliger Aufgaben ¹				
1.	Beitritt zum Verwaltungsabkommen "Geodateninfrastruktur Metropolregion HH"	5,0	5,0	5,0	5,0
2.	Schaffung einer Stelle "Beteiligungsbeauftragter für Kinder und Jugendliche"	82,0	82,0	82,0	82,0
3.	Schaffung einer Stelle im Kulturbüro	41,9	83,7	83,7	83,7
	Summe II.	128,9	170,7	170,7	170,7
	Gesamtsumme I. und II.	128,9	170,7	170,7	170,7
III.	Kompensationsmaßnahmen				
III.1	Verringerung der Aufwendungen/Ausgaben/ Auszahlungen				
1.	Schließung der Zentraldruckerei: Streichung von 2x EG06 und 1x EG05	200,0	200,0	200,0	200,0
III.2	Verbesserung der Erträge/Einnahmen/ Einzahlungen				
	Summe III.	200,0	200,0	200,0	200,0

¹ Bei der Ausweitung bestehender freiwilliger Aufgaben ist der zusätzliche finanzielle Aufwand anzugeben



Hansestadt Lübeck · 1.140 - RPA · 23539 Lübeck

Der Bürgermeister

Innenministerium des
Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 25
24171 Kiel

Bereich: Rechnungsprüfungsamt
Gebäude: Meesenring 8
Auskunft: Frau Dr. Katja Schur
Herr Lutz Baltz
Zimmer: 120, 117
Tel. (0451) 122-7100, -7110
Fax (0451) 122-7190
E-Mail: katja.schur@luebeck.de
lutz.baltz@luebeck.de
Ihr Zeichen: 14.06.65 ks/ba
Ihre Nachricht vom: -
Mein Zeichen: Ks.
Datum: 14.06.2018

**Konsolidierungsfonds:
Stellungnahme zum Evaluationsbericht 2018 der Hansestadt Lübeck**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Aussagen im Evaluationsbericht 2018 der Hansestadt Lübeck werden vom Rechnungsprüfungsamt der Hansestadt Lübeck (RPA), insbesondere zur Einschätzung drohender Risiken für zukünftige Haushalte sowie zum voraussichtlich erbrachten städtischen Eigenanteil, im Wesentlichen unterstützt.

Nach Ansicht des RPA sind jedoch die Ausführungen zu den bestehenden Risiken für das Infrastrukturvermögen sowie für die städtischen Gebäude, insbesondere bezüglich ihres Nutzwertes sowie Wertehaltes zu ergänzen. Aufgrund der Berichterstattung des Gebäudemanagements der Hansestadt Lübeck, z. B. VO/2015/02936, sieht das RPA die Höhe der Bereitstellung zusätzlicher Bauunterhaltungsmittel und des notwendigen Personals weiterhin als nicht ausreichend an, um einen weiteren Verlust an Bausubstanz vermeiden zu können. Aufgrund von Nutzungseinschränkungen sowie Teilsperrungen von Gebäuden, Brücken und Straßen würden die Restbuchwerte zu reduzieren sein. Zur Umkehrung dieser Entwicklung wären für einen längeren Zeitraum zunächst höhere Erhaltungsmittel einzusetzen.

Zur Abkürzung dieser Stellungnahme erlauben wir uns, noch ergänzend die mit der Stabsstelle Haushaltskonsolidierung vereinbarten Änderungen im Umgang mit den zur Prüfung vorgelegten Maßnahmenabrechnungen sowie nach Analyse abgerechneter und geprüfter Maßnahmen in Bezug zu den Anlagen des Berichtes, Hinweise und Vorschläge zur bisherigen und empfohlenen zukünftigen Ausrichtung der Konsolidierung des Lübecker Haushaltes zu unterbreiten.

Telefonzentrale: (0451) 122-0

Unsere Sprechzeiten:

Montag 8.00 bis 14.00 Uhr
Dienstag 8.00 bis 14.00 Uhr
Donnerstag 8.00 bis 14.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Internet: www.luebeck.de

Konten der Hansestadt Lübeck:

Commerzbank	IBAN: DE53 2304 0022 0035 8507 00	BIC: COBADEFF230
Deutsche Bank	IBAN: DE67 2307 0710 0900 0050 00	BIC: DEUTDEHH222
Postbank Hbg	IBAN: DE36 2001 0020 0010 4002 01	BIC: PBNKDEFF
Sparkasse z. L.	IBAN: DE17 2305 0101 0001 0113 29	BIC: NOLADE21SPL
Volksbank	IBAN: DE97 2309 0142 0005 0083 36	BIC: GENODEF1HLU

Scheck: nur an Hansestadt Lübeck, Buchhaltung & Finanzen, 23539 Lübeck

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:

DE 135082828

Busanbindung:

Buslinie(n): 5; 4; 11
Haltestelle(n): Kaufhof

Bitte benutzen Sie öffentliche Verkehrsmittel

Die Behandlung abgerechneter Maßnahmen, bei denen das RPA zu Prüfungsergebnissen mit abweichenden Konsolidierungsbeträgen gekommen war, wurde für den Betrachtungszeitraum vereinheitlicht. Dem RPA wurden nach Erstprüfung im Zahlenwerk im Falle des Korrekturbedarfes korrigierte Abrechnungsbögen zur Prüfung vorgelegt.

In den Fällen des Verkaufs oder der Entmietung von Gebäuden, für die eingesparte Folgekosten nicht umfänglich belegt werden konnten, wurde dieser Teil des Konsolidierungsbetrages nicht berücksichtigt. Mit dieser Regelung gab es abschließend hierzu keine Unstimmigkeiten.

Bei der Maßnahme lfd. Nr. 90 sind die Stabsstelle und das RPA unterschiedlicher Ansicht.

In Betrachtung der Entwicklung der IST-/Rechnungsergebnisse der Anlage 1 des Berichtes empfiehlt das RPA, ein „geöffnetes Zeitfenster“ zu nutzen, um insbesondere die Planung und Durchführung von Investitionstätigkeiten voranzutreiben. Diese sollten mittelfristig zur strukturellen Reduzierung von Sach- sowie Personalkosten führen und helfen, im Falle sich eintrübender Rahmenbedingungen, drohende und bereits geplante Fehlbedarfe zu begrenzen. Zu diesem Zweck wird empfohlen, Amortisationsberechnungen sowie Kosten-/Nutzenvergleichsrechnungen möglicher Handlungsalternativen (u. a. Kauf, Miete, Leasing, Unterhaltung, Zentralisierung oder Dezentralisierung) in Gremienvorlagen standardisiert zu berücksichtigen. Hieran sollten Feststellungen zur Eignung einzelner Digitalisierungsmaßnahmen auch bemessen werden. Zeitgerechter Bürgerservice und Wirtschaftlichkeit müssen sich nicht ausschließen.

Eine Voraussetzung hierfür bildet die für alle Produkte der Kernverwaltung betriebene Vollkostenrechnung, deren Verlässlichkeit in der produkt- und leistungsbezogenen Auswertung es weiter zu verbessern gilt.

Aus den in der Anlage 2 für den Betrachtungszeitraum 2015 bis 2018 (2. Konsolidierungspaket) abgebildeten Maßnahmen ergibt sich als Teilgröße der sowohl abgerechneten als auch bislang abschließend vom RPA geprüften Maßnahmen (s. Rubrik 11 der „Erläuterung zum Stand der Umsetzung“) nachfolgende IST-Aussage:

Von den 191 aufgeführten Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen prognostizierter finanzieller Auswirkungen von 26.888 TEUR wurden bis zum Stichtag des Evaluationsberichtes (23.05.2018) 90 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 20.501,9 TEUR (= 76,25 %) sowohl einzeln abgerechnet als auch abschließend vom RPA bestätigend geprüft.

Hierbei ist nach Clusterbildung folgende grobe Ausrichtung der Maßnahmen bislang festzustellen:

Maßnahmenart	IST-Auswirkung 2018 in TEUR	Anteil in %
Aufwandsreduzierungen	7.892	38,50
Leistungsreduzierungen/-wegfall	3.797	18,51
Beitrags-/Gebührenerhöhung oder neue Ertragsart	4.303	20,99
Sonstige Ertragserhöhungen	4.510	22,00

Die Sonstigen Ertragserhöhungen setzen sich aus dem Verkauf von Gesellschaftsanteilen sowie anzurechnenden 4 % von den Erlösen der Vermögensveräußerungen zusammen.

47 Maßnahmen wurden ersetzt bzw. werden zu ersetzen sein. Monetär ergänzend befinden sich 54 Maßnahmen in Abrechnung oder zur Prüfung im RPA. Das RPA geht nach Einschätzung und Kenntnis bislang zu diesen Maßnahmen vorliegender Unterlagen davon aus, dass insgesamt mindestens der Eigenanteil in Höhe von 24,71 Mio. EUR erreicht werden wird.

...

- 3 -

Es wird ausdrücklich vom RPA begrüßt, dass mit dem aktuell vorliegenden Bericht auf seine Hinweise in Stellungnahmen zurückliegender Evaluationsberichte (u. a. zur Begrenzung der Belastung der BürgerInnen mit weiteren Beitrags-/Gebührenerhöhungen) Bezug genommen wurde.

Die Kompensation der in der Anlage 4 aufgeführten Ausweitung bestehender freiwilliger Aufgaben durch die aufgeführte Kompensationsmaßnahme wird durch das RPA bestätigt.

Welche Kommunen zukünftig Nutznießer eines möglichen Konsolidierungsfonds sein werden, sollte nach Ansicht des RPA nicht allein von den Rechnungsergebnissen der letztjährigen besonders günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig gemacht werden.

Aufgrund der Aspekte der Gesamtverschuldung, der hohen Anzahl defizitärer Haushalte der letzten zehn Jahre sowie des Sanierungs- und Unterhaltungszustand an Gebäuden und am Infrastrukturvermögen sollte die Hansestadt Lübeck weiterhin eine erforderliche Haushaltskonsolidierung betreiben und von einem ab 2019 möglicherweise aufgelegten Konsolidierungsfonds partizipieren.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Katja Schur

**► Nr. VO/2018/06160
öffentlich**

Lübeck, 18.06.2018

Bericht**Verantwortliche Bereiche:**
1.201 - Haushalt und Steuerung**Bearbeitung:** Heike Schulze (E-Mail: heike.schulze@luebeck.de Telefon: 122 - 1502)**1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan****Beratungsfolge:**

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
27.06.2018	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
10.07.2018	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Turnusmäßige Berichterstattung

Verfahren:Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:Fachbereiche 1-5
eingearbeitetBeteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

Ja
Nein

Kinder und Jugendliche sind von diesem Bericht nicht unmittelbar betroffen

Die Maßnahme ist:

neu
freiwillig
vorgeschrieben durch § 45 c GO

Finanzielle Auswirkungen:

Nein
Ja (Anlage 1)**Bericht:**

Als Anlage wird der 1. Zwischenbericht 2018 über die Veränderungen auf den Produkthaushaltsseiten und im Ergebnisplan 2018 zum Stichtag 30.04.2018 vorgelegt.

Anlagen :

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Bürgermeister Jan Lindenau

Hansestadt LÜBECK 



**1. Zwischenbericht 2018
zu den Leistungen und dem Ergebnisplan
der Hansestadt Lübeck
über Veränderungen gegenüber
dem Produkthaushaltsplan 2018**

Herausgeber

Der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck
Haushalt und Steuerung
Fischstraße 1-3
23539 Lübeck
Tel. 0451 / 122 – 1501/1504

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Inhaltsverzeichnis	Seite
1 Kurzüberblick	3
2 Zusammenfassung	4
3 Gesamtdarstellung	6
- Allgemeine Deckungsmittel	
- Budgetübersicht	
- Personalaufwand	
4 Detaillierte Informationen zu Fachbereichen, Bereichen und Produkten	7
- Fachbereich 1 – Bürgermeister	8
- Fachbereich 2 – Wirtschaft und Soziales	10
- Fachbereich 3 – Umwelt, Sicherheit u. Ordnung	15
- Fachbereich 4 – Kultur und Bildung	17
- Fachbereich 5 – Planen und Bauen	18
- Allgemeine Deckungsmittel	20

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

1 Kurzüberblick

Die Entwicklung des Haushalts verläuft erneut außerordentlich positiv. Der geplante Fehlbedarf liegt bei -3,2 Mio. € und tendiert damit gegen Null. Gründe dafür sind insbesondere die gute Situation bei den Allgemeinen Deckungsmitteln mit Verbesserungen von rd. 24,8 Mio. € sowie bei den Fachbereichsbudgets von rd. 8,7 Mio. €.

- 13 Mio. € mehr Gewerbesteuer
- 2 Mio. € mehr FAG-Mittel
- 5 Mio. € mehr Infrastrukturmittel des Landes
- 3 Mio. € mehr an Grundstückserlösen
- 2 Mio. € weniger Zinsen
- 9 Mio. € weniger Zuschussbedarf bei den Fachbereichsbudgets

Die Entwicklung des Haushalts 2018 entspricht der insgesamt positiven Tendenz der letzten Jahre. Die Gunst der Stunde ist für nachhaltiges Engagement zu nutzen.

- Vorantreiben der Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung
- Infrastrukturvermögen sanieren
- Bürgerservice stärken
- Personaloffensive für Nachwuchskräfte
- Schuldenabbau zur Risikominimierung und für generationengerechtes Handeln

Grundsätzlich bleibt die finanzielle Gesamtsituation weiterhin angespannt, da die Verbesserungen insgesamt nicht struktureller Art und damit nicht dauerhaft sind.

- Hochkonjunkturphasen schwächen sich ab
- Nullzinspolitik läuft langsam aus
- Zusätzliche Landestöpfe fließen nicht dauerhaft
- Hohe Grundstückserlöse sind endlich
- Hoher Sanierungsstau bei Straßen, Brücken und Gebäuden ist aufzuholen
- Erdrückende Altschuldenlast

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

2 Zusammenfassung

Die Verwaltung überprüft unterjährig zu den Stichtagen 30.04. und 31.08., prognostiziert auf das Ende des Haushaltsjahres, die Entwicklung des Ergebnishaushalts und die Entwicklung der Leistungen auf den Produkthaushaltsseiten. Grundsätzlich wird nur über die ergebnis- und steuerungsrelevanten Abweichungen berichtet.

Mit definierten Schwellenwerten wird die Grenze festgelegt, ab der über finanzielle Abweichungen zu berichten ist, i. d. R. 10 % bzw. 120 T€ vom Produktbudget.

Über die Leistungen und damit über die Zielvereinbarungen, Kennzahlen und Strukturdaten wird bei wesentlichen Veränderungen berichtet.

Das Ergebnis wird gegenüber dem Hauptausschuss in einem 1. und 2. Zwischenbericht kommuniziert.

Die Entwicklung in den städtischen Gesellschaften und Betrieben wird vom Beteiligungscontrolling gesondert in Quartalsberichten kommuniziert.

Hiermit wird der 1. Zwischenbericht 2018 vorgelegt. Es wird eine Haushaltsverbesserung um 33,5 Mio. € prognostiziert.

Damit reduziert sich der Fehlbedarf 2018 in der Planung von – 36,7 Mio. € auf nunmehr – 3,2 Mio. €.

Aus 2017 wurden Reste (Ermächtigungen) in einer Größenordnung von 7,7 Mio. € nach 2018 übertragen. Diese sind bei der Ermittlung des Fehlbedarfs zu berücksichtigen, da Reste on top aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. Erfahrungsgemäß wirkt sich nicht der volle Gesamtbetrag der Reste belastend aus. Es wird aktuell eine 50% - Quote (=3,85 Mio. €) unterstellt.

Damit wird ein Fehlbetrag unter Berücksichtigung der Reste von rd. 7 Mio. € (= -3,2 Mio. € – 3,85 Mio. €) prognostiziert.

Die Entwicklung des Haushalts 2018 entspricht der insgesamt positiven Tendenz der letzten Jahre. Die Gunst der Stunde ist für nachhaltiges Engagement zu nutzen.

Bestehende Risiken dürfen jedoch nicht ignoriert werden, sie sind auf jeden Fall bei den künftigen Haushaltsverfahren zu berücksichtigen. Der prognostizierte Abschluss darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die Finanzlage der Hansestadt Lübeck weiterhin angespannt ist. Diese Einschätzung beruht auf den nachfolgend dargestellten, wesentlichen Gründen:

- Die konjunkturbedingten Ertragssteigerungen bei den Steuern (+ netto 12,9 Mio. €) haben Anteil an dem guten Ergebnis, sie wirken jedoch - aufgrund ihrer Abhängigkeit von der aktuellen Konjunktur – nicht strukturell und sind daher nicht dauerhaft in dieser Größenordnung gesichert.

Bei der Grundsteuer als wichtige Einnahmequelle der Kommunen wird es auf deren künftige Ausgestaltung ankommen, die Auswirkungen bleiben abzuwarten.

- Grundstücksveräußerungserlöse lassen sich nicht unbegrenzt erzielen.
- Konsolidierungshilfe in der Form erhält die Hansestadt Lübeck letztmalig mit Ablauf des Konsolidierungszeitraums für das Haushaltsjahr 2018. Allerdings bestehen im Land konkrete Bestrebungen, das Konsolidierungsprogramm für Kommunen fortzusetzen.
- Die Personalkosteneinsparungen von rd. 1,8 Mio. € lassen sich auf Stellenvakanzen durch Langzeiterkrankungen, langwierige Stellenbesetzungsverfahren mit teilweise

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

schwieriger Bewerberlage sowie eine hohe Fluktuation zurückführen. Somit handelt es sich hierbei nicht um echte strukturelle Einsparungen.

- Bezüglich des Infrastrukturvermögens bleibt ein erheblicher Unterhaltungsstau abzarbeiten, der die kommenden Haushalte belasten wird. Voraussichtliches Problem wird dabei die geringe Kapazität der Firmen sein. Diese sind aufgrund der prosperierenden Konjunkturlage mit ihrer bestehenden Auftragslage sehr gut ausgelastet.
- Die Zinsersparnis von 2,0 Mio. € aufgrund der aktuellen Zinslage ist gleichfalls nicht strukturell.
- Die nach wie vor bestehende Altschuldenproblematik wird durch die gute Konjunktur lediglich überdeckt, sie ist aber nicht gelöst.
- Preissteigerungsraten und Tarifpolitik lassen den Aufwand stetig ansteigen, während der Ertragsseite Grenzen gesetzt sind.

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

3 Gesamtdarstellung**Allgemeine Deckungsmittel**

Allgemeine Deckungsmittel	Urbudget 2018	Prognose 30.04.2018	Abweichung Urbudget/ Prognose
Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	422.536.400	442.669.892	20.133.492
Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	-17.936.700	-15.882.800	2.053.900
Konzessionsabgaben	12.600.000	12.311.190	-288.810
Grundstücksan- und verkäufe	7.145.800	10.066.900	2.921.100
Pauschalierter nicht zahlungswirksamer Aufwand	-26.053.900	-26.053.900	0
Einnahmenüberschuss	398.291.600	423.111.282	24.819.682

Zuschussbudgets der Fachbereiche

Zuschussbudgets	Urbudget 2018	Prognose 30.04.2018	Abweichung Urbudget/ Prognose
Fachbereich 1 - Bürgermeister	-33.094.700	-33.094.700	0
Fachbereich 2 - Wirtschaft und Soziales	-120.829.800	-116.086.179	4.743.621
Fachbereich 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	-32.838.800	-32.838.800	0
Fachbereich 4 - Kultur und Bildung	-192.430.700	-190.600.700	1.830.000
Fachbereich 5 - Planen und Bauen	-55.802.100	-53.718.200	2.083.900
Summe aller Zuschussbudgets	-434.996.100	-426.338.579	8.657.521

Fehlbedarf/Überschuss	-36.704.500	-3.227.297	33.477.203
------------------------------	--------------------	-------------------	-------------------

Personal

Nachrichtlich: Personalaufwand pro Fachbereich <i>inkl. Versorgungsaufwendungen</i>	Urbudget 2018	Prognose 30.04.2018	Abweichung Urbudget/ Prognose
Personalaufwand FB 1	-22.311.200	-22.311.200	0
Personalaufwand FB 2	-25.126.100	-24.500.000	626.100
Personalaufwand FB 3	-40.334.200	-40.334.200	0
Personalaufwand FB 4	-47.348.100	-46.213.100	1.135.000
Personalaufwand FB 5	-46.282.500	-46.282.500	0
Personalaufwand Allgemeine Deckungsmittel	-28.000.000	-28.000.000	0
Personalaufwendungen gesamt	-209.402.100	-207.641.000	1.761.100

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Kurzdarstellung der wesentlichen Abweichungen bei den Allgemeinen Deckungsmitteln:

Die Allgemeinen Deckungsmittel verbessern den Ergebnisplan mit rd. 24,8 Mio. €. Im Einzelnen:

- Mehrerträge aus Steuern sind fast ausschließlich auf die Gewerbesteuer mit einem weiteren Plus von 15 Mio. € (netto rd. 12,8 Mio. €) zurück zu führen. Daneben stehen noch Mehreinnahmen von 0,1 Mio. € aus der Vergnügungssteuer.
- Die Landeszuweisungen (Schlüsselzuweisungen und allgemeine Zuweisungen) fallen um 7,5 Mio. € höher aus. Davon beläuft sich der bislang nicht eingeplante Anteil für die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen auf rd. 4,9 Mio. €.
- Mehrerträge von 3,2 Mio. € aus weiteren Grundstücksverkäufen bei gleichzeitig 0,3 Mio. € Abschreibungen aus Anlagenabgang sind neu kalkuliert.
- Mindererträge von 0,3 Mio. € ergeben sich durch Schlussabrechnung der Konzessionsabgabe.
- Aufgrund der aktuellen günstigen Zinssituation hat sich der Zinsaufwand gegenüber der Planung um 2 Mio. € verringert.

Kurzdarstellung der wesentlichen Abweichungen bei den Fachbereichsbudgets (detaillierte Begründungen siehe Fachbereichsseiten):

Fachbereich 2:

Insbesondere Verbesserungen im SGB II – Bereich aufgrund rückläufiger Anzahl an Bedarfsgemeinschaften (-3,7 Mio. €).

Geringerer Verlustausgleich für die SIE (-0,3 Mio. €).

Geringerer Krankenhausinvestitionsbeitrag, durch höhere Beteiligung Land (-0,2 Mio. €).

Fachbereich 4:

Mehrerträge aus Spendenbeiträge (0,7 Mio. €).

Fachbereich 5:

Bildung von Rückstellungen für Zweckentfremdungszinsen im Rahmen der Städtebauförderung entfällt, dadurch geringerer Aufwand (-0,6 Mio. €).

Der mit der LHG für 2018 vereinbarte Pachtverzicht fällt geringer als ursprünglich geplant (1,5 Mio. €).

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Fachbereich 1 Bürgermeister

1.101 Bürgermeisterkanzlei

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 1 - Bürgermeister					
Bereich: 1.101 - Bürgermeisterkanzlei					
Produkt: 111004 - Geschäftsführung für die Verwaltungsleitung					
Verantwortlich: Oliver Groth					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Leistungen, Ziele, Kennzahlen					
Strukturdaten					
Eingaben, Anregungen, Beschwerden		600	1.700	1.100	Situation in den Stadtteilbüros, Möglichkeit der 1.100 Bürger über das neue Kontaktformular auf der HL-Website mit der Verwaltung in Kontakt zu treten

1.201 Logistik, Statistik und Wahlen

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 1 - Bürgermeister					
Bereich: 1.102 - Bereich Logistik, Statistik und Wahlen					
Produkt: 111005 - Logistik					
Verantwortlich: Beate Lege					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten					
Anzahl durchgeführter Buchungen		4.000	4.600	600,00	Mehrbuchungsaufwand für Wahlhelferentschädigungen für 2 Wahlen in 2018

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 1 - Bürgermeister					
Bereich: 1.102 - Bereich Logistik, Statistik und Wahlen					
Produkt: 121001 - Statistik und Wahlen					
Verantwortlich: Beate Lege					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
2 Erstellen und Pflege von Statistiken					
<i>Auftragsstatistiken fertigen für Fremdenverkehr, Landwirtschaft, Hafen, Preise, Wohnungsbau.</i>					
Die Statistiken liegen in 100% der Fälle fristgerecht vor.					
		100 %	90 %	-10 %	Einarbeitung wg. Personalwechsel

1.160 Frauenbüro

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 1 - Bürgermeister					
Bereich: 1.160 - Frauenbüro					
Produkt: 111011 - Frauenemanzipatorische Gleichstellungsarbeit					
Verantwortlich: Elke Sasse					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Leistungen, Ziele, Kennzahlen					
1 Steuerungsunterstützende Beratung					
<i>Beratung bei der Erstellung von Beratungsvorlagen und bei der Umsetzung gefasster Beschlüsse</i>					
Zahl der steuerungsunterstützenden Beratungen / Stellungnahmen					
		12	16	4	mehr Stellungnahmen abgefordert/notwendig
Strukturdaten					
Stellungnahmen zu Entscheidungen, Vorlagen, Berichten		12	16	4	mehr Stellungnahmen abgefordert/notwendig
Teilnahmen an Vorstellungsgesprächen		50	75	25	verstärkte Teilnahme an Vorstellungsgesprächen in unterrepräsentierten Bereichen aufgrund der steigenden Anzahl v. Stellenbesetzungsverfahren
Begleitung von Stellenbesetzungsverfahren		310	350	40	höheres Aufkommen von Stellenbesetzungsverfahren
Beratung von EinwohnerInnen (individuell)		125	153	28	
Beratung von MitarbeiterInnen (individuell)		65	96	31	verstärkte Nachfrage

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

1.203 Beteiligungscontrolling**Haushaltsplan 2018**

Fachbereich: 1 - Bürgermeister

Bereich: 1.203 - Beteiligungscontrolling

Produkt: 573001 - Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände mbH

Verantwortlich: Jörg Blank

Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hoch-rechnung 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten					
Verkäuferischer Restfläche in Tsd. Quadratmetern		270	311	41	Die geplanten Grundstücksverkäufe haben sich in die Folgejahre verschoben

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales

2.020 Fachbereichscontrolling

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 2 - Wirtschaft und Soziales					
Bereich: 2.020 - Fachbereichscontrolling					
Produkt: 111018 - Leitung, Controlling, Dienste FB 2					
Verantwortlich: Sven Schindler					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Leistungen, Ziele, Kennzahlen					
Controllingaufgaben Fachbereich 2					
2.4 Einhaltung des geplanten Personalkostenbudgets					
Personalkostenansatz FB 2 wird eingehalten (geplante PK in Mio.€)		25,38	24,75	-0,63	
2.5 Erarbeitung von Optimierungskonzepten und Vorschlägen für das Gesundheitsamt					
Aufnahme <u>ausgewählter</u> Istprozesse im Gesundheitsamt in 2017 (100%)	0	0	60	60 %	Im Rahmen der Ist-Aufnahme wurde deutlich, dass die fachlichen und personellen Voraussetzungen zur selbständigen Durchführung einer GPO nicht ausreichen. Die Grundlagen werden weiter erarbeitet, bisher festgestellter Optimierungsbedarf (Optimierung von IT-Lösungen) wurde direkt nachverfolgt. In 2019 ist eine externe Vergabe für eine professionell begleitete GPO vorgesehen.
Modellierung der Sollprozesse im Gesundheitsamt in 2018	0	100	10	-90	

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 2 - Wirtschaft und Soziales					
Bereich: 2.020 - Fachbereichscontrolling					
Produkt: 312101 - SGB II					
Verantwortlich: Sven Schindler					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Ergebnisplan					
Ertrag	-30.846.541	-34.467.200	-32.138.600	2.328.600	
Aufwand	75.171.377	82.475.600	76.475.600	-6.000.000	
Saldo	44.324.836	48.008.400	44.337.000	-3.671.400	Entgegen den internen Prognosen hat sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaft nicht erhöht, sondern war in Anbetracht der ausgesprochen guten Arbeitsmarktlage sogar rückläufig (04/2017 = 15.461 BGs 04/2018 = 14.420 BGs). Der geplante erhöhte Bedarf für Familiennachzug im Flucht Kontext wird ebenso nicht eintreten, da die Bundesregierung den Familiennachzug bis August 2018 ausgesetzt hat. Hierdurch vermindert sich der Aufwand voraussichtlich um 6 Mio €, während sich der Ertrag zugleich proportional um 2,3 Mio € verringert.
Strukturdaten					
1.1 Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) am 31.12.	14.692	16.000	14.200	-1.800	s.o.
1.2 von 1.1 BG mit zu berücksichtigendem Einkommen	8.839	9.200	8.300	-900	s.o.
2. Durchschn. Höhe der Lstg. für Unterkunft und Heizung pro BG am 31.12.	404	450	460	10	
3. Durchschn. Höhe der <u>monatl.</u> Leistung für Unterkunft und Heizung	5.876.138	6,400	5,916	-0,484	

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 2 - Wirtschaft und Soziales					
Bereich: 2.020 - Fachbereichscontrolling					
Produkt: 315002 - Integr. in d.Hansest.Lübeck					
Verantwortlich: Sven Schindler					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Ergebnisplan					
Ertrag	-126.284	-176.000	-144.500	31.500	Geringere Kostenerstattung des Landes (Personalkosten Flüchtlingskoordination infolge von langfristiger Stellenvakanz) Geringere Personalkosten infolge von langfristiger Stellenvakanz (-31,5 T€) und höhere Aufwendungen für Integrationsfonds (10T€)
Aufwand	370.796	482.600	461.100	-21.500	
Saldo	244.513	306.600	316.600	10.000	
Leistungen, Ziele, Kennzahlen					
1 Integrationsmanagement nach dem Lübecker Integrationskonzept					
1.2 Durchführung von Sitzungen der "Steuerungsgruppe Integration"					
Anzahl der durchgeführten Sitzungen	4,00	4,00	8,00	4,00	Höherer Sitzungsbedarf infolge der notwendigen Entscheidungen über Projektförderungen zum Lübecker Integrationsfonds.

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

2 Steuerung integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen nach dem Flüchtlingspakt SH					
2.1 Prozesssteuerung in 9 Handlungsfeldern im Rahmen des Flüchtlingspaktes SH					
Konzeptionelle Weiterentwicklung von Sollprozessen zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen	25%	15%	-10%		Aufgrund von langfristigen Personalvakanz kann die Weiterentwicklung von Sollprozessen nur in stark reduziertem Umfang durchgeführt werden.
Tagesaktuelle Initiierung von Maßnahmen zur Umsetzung der Sollprozesse	98%	98%	50%	-48%	Aufgrund von langfristigen Personalvakanz kann die Initiierung von Maßnahmen zur Umsetzung von Sollprozessen nur in stark reduziertem Umfang durchgeführt werden.
2.2 Durchführung interdisziplinärer Facharbeitskreis "Kompetenzteam Flüchtlinge" (einschließlich Vor- und Nachbereitung)					
Anzahl der Sitzungen	11	4	2	-2	Der Abstimmungsbedarf innerhalb des interdisziplinären Facharbeitskreises ist aufgrund der verminderten Zuweisung von Flüchtlingen geringer. Die Durchführung von 2 Sitzungen werden als ausreichend erachtet.
2.5 Interkommunaler Austausch zu Themen der integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen					
Anzahl für Interkommunalen Austausch mit den kreisfreien Städten und den angrenzenden Landkreisen	8	8	4	-4	Der Interkommunale Arbeitskreis hat beschlossen, in 2018 lediglich 4 Sitzungen im Jahr durchzuführen.
2.6 Themenbezogenes Netzwerk- und Informationsmanagement zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen					
Bildung von themenbezogenen Netzwerken zur Problemlösung (z.B. Wohnen, Bildung und Arbeit, Traumaversorgung), [das Verfahren beginnt innerhalb von 3 Arbeitstagen]	90%	90%	50%	-40%	Aufgrund von langfristigen Personalvakanz kann diese Aufgabe nur in stark reduziertem Umfang durchgeführt werden.
Tägliche Pflege eines eigenen Netzwerkes über Twitter, mindestens 700 Tweets / Nachrichten pro Jahr	100%	100%	50%	-50%	Aufgrund von langfristigen Personalvakanz kann diese Aufgabe nur in stark reduziertem Umfang durchgeführt werden.
Stellenplanung					
Anzahl Vollzeitäquivalente	4,34	4,5	3,5	-1	Aufgrund von langfristiger Personalvakanz blieb 1 VZÄ-Stelle in der Flüchtlingskoordination fast vollständig unbesetzt.

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 2 - Wirtschaft und Soziales					
Bereich: 2.020 - Fachbereichscontrolling					
Produkt: 315201 - SeniorInneneinrichtungen					
Verantwortlich: Sven Schindler					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Ergebnisplan					
Ertrag	0	0			
Aufwand	2.992.095	2.257.700	1.952.000	-305.700	Verbesserung des Jahresergebnisses der SIE (siehe Quartalsbericht IV/2017 über die wirtschaftliche Entwicklung der städtischen Betriebe)
Saldo	2.992.095	2.257.700	1.952.000	-305.700	

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 2 - Wirtschaft und Soziales					
Bereich: 2.020 - Fachbereichscontrolling					
Produkt: 411001 - Krankenhausinvestitionsbeitrag					
Verantwortlich: Sven Schindler					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Ergebnisplan					
Ertrag	-376.221	-218.000	0	218.000	
Aufwand	3.548.936	3.827.400	3.451.179	-376.221	Höhere Beteiligung des Landes am Krankenhausinvestitionsbeitrag verringert aufgrund einer direkten Verrechnung den Aufwand für die HL
Saldo	3.172.715	3.609.400	3.451.179	-158.221	

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

2.208 Wirtschaft und Liegenschaften

Fachbereich: 2 - Wirtschaft und Soziales					
Bereich: 2.280 - Wirtschaft und Liegenschaften					
Produkt: 511001 - Betreuung Gutachterausschuss					
Verantwortlich: Piroska Csösz					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Ergebnisplan					
Ertrag	-55.534	-68.200	-50.000	18.200	Es sind bislang nicht so viele Anträge gestellt worden, wie in den Vorjahren und wie für 2018 erwartet. Daher fallen die Verwaltungsgebühren voraussichtlich geringer aus als geplant.
Aufwand	326.123	340.300	340.300	0	
Saldo	270.589	272.100	290.300	18.200	
Strukturdaten					
Anträge beim Gutachterausschuss insg. (Hansestadt Lübeck und Privatpersonen)		360	320	-40	Es sind bislang nicht so viele Anträge gestellt worden, wie in den Vorjahren und wie für 2018 erwartet.
Anträge der Hansestadt Lübeck beim Gutachterausschuss insgesamt		160	120	-40	Es sind bislang nicht so viele Anträge gestellt worden, wie in den Vorjahren und wie für 2018 erwartet.
Anträge des Bereiches 280 beim Gutachterausschuss		60	50	-10	Es sind bislang nicht so viele Anträge gestellt worden, wie in den Vorjahren und wie für 2018 erwartet.

Haushaltsplan 2018

Fachbereich: 2 - Wirtschaft und Soziales					
Bereich: 2.280 - Wirtschaft und Liegenschaften					
Produkt: 548001 - Bewirtschaftung Flughafen					
Verantwortlich: Piroska Csösz					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Ergebnisplan					
Ertrag	-859.682	-820.500	-820.500	0	
Aufwand	1.338.456	1.376.900	1.335.000	-41.900	Geringere Aufwendungen für Rechtsanwaltskosten.
Saldo	478.774	556.400	514.500	-41.900	
Strukturdaten					
Restbuchwerte vermietetes Anlagevermögen in Mio. € (vorl.)	10	11	9	-2	Planansatz war nicht korrekt (siehe Jahresbericht 2017); Reduzierung des Anlagevermögens durch Abschreibungen.

Haushaltsplan 2018

Fachbereich: 2 - Wirtschaft und Soziales					
Bereich: 2.280 - Wirtschaft und Liegenschaften					
Produkt: 573002 - Wochen- und Jahrmärkte					
Verantwortlich: Piroska Csösz					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Leistungen, Ziele, Kennzahlen					
1 Bereitstellung von Wochenmarktflächen					
1.2 Anpassung der Gebührenkalkulation mit dem Ziel einer Kostendeckung					
Kostendeckungsgrad		100	60	-40	Die z.Zt geltenden Gebühren sind nicht kostendeckend, die Neukalkulation der Gebühren wird noch dieses Jahr ins Verfahren gegeben.
2 Bereitstellung von Strom auf den Wochenmärkten					
Vollkostenabrechnung für bereitgestellten Strom					
Kostendeckungsgrad		100	60	-40	

2.500 Soziale Sicherung

Fachbereich: 2 - Wirtschaft und Soziales					
Bereich: 2.500 - Soziale Sicherung					
Produkt: 351001 - Sonstige soziale Hilfen und Leistungen					
Verantwortlich: Claudia Schwartz					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten					
Zahl der Wohngeld-Neu- und Wiederholungsanträge pro Jahr	4.684	5.700	5.000	-700	rückläufige Antragseingangszahlen

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 2 - Wirtschaft und Soziales					
Bereich: 2.500 - Soziale Sicherung					
Produkt: 522002 - Öffentlich geförderter Wohnungsbau					
Verantwortlich: Claudia Schwartz					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Leistungen, Ziele, Kennzahlen					
1 Durchführung öffentlich geförderter Wohnungsbau					
1.2 Für die Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen bei vollständigen Antragsunterlagen im Normalfall max. 25 Arbeitstage					
Die Bearbeitung erfolgt innerhalb der vereinbarten Zeitspanne	100 %	100 %	50 %	-50 %	zwei Vollzeitstellen langzeiterkrankt
Strukturdaten					
Anzahl Sozialwohnungen	7.895	8.200	8.100	-100	Es wurden nicht so viele geförderte Wohnungen fertig gestellt wie zunächst prognostiziert.
Anzahl der Wohnungsvermittlungen	169	200	160	-40	Rückläufige Zahl der Freimeldungen

2.530 Gesundheitsamt					
Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 2 - Wirtschaft und Soziales					
Bereich: 2.530 - Gesundheitsamt					
Produkt: 414001 - Gesundheitsamt					
Verantwortlich: Dr. Michael Hamschmidt					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichg. IST/Ansatz 2018	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)					
2 2 Kinder- und jugendärztliche Aufgaben					
80 % der Frühförder-Gutachten sind 4 Wochen nach Auftragseingang durchgeführt.					
Anteil von Frühförderuntersuchung innerh. von 4 Wochen	60 %	80 %	70 %	-10 %	Bedingt durch längerfristige Nichtbesetzungen von Personalstellen wurden nur 70% untersucht.
7 7 Gutachten					
30 % der Untersuchungen u. Hausbesuche im amtsärztl. Dienst sind innerhalb von 2 Wochen nach Auftragseingang durchgeführt					
7.1 Anteil der Untersuchungen/Hausbesuche innerhalb von 2 Wo.	30 %	30 %	24 %	-6 %	Statt 30% wurden nur 24% erreicht, da eine Arztstelle längerfristig nicht besetzt war und auch zunächst nicht besetzt sein wird.
60 % der Untersuchungen u. Hausbesuche im amtsärztl. Dienst sind innerhalb von 4 Wochen nach Auftragseingang durchgeführt					
7.2 Anteil der Untersuchungen/Hausbesuche innerhalb von 4 Wo.	46 %	60 %	36 %	-24 %	Statt 60% wurden nur 36% erreicht, da eine Arztstelle längerfristig nicht besetzt war und zunächst auch nicht besetzt sein wird.
Strukturdaten					
Zwangseinweisungen nach PsychKG	816	800	825	25	
Untersuchungen von Einschülerinnen	1.669	1.787	1.942	155	
Zahl der meldepflichtigen Infektionserkrankungen (Prognose nicht möglich)	1678		Prognose unsicher	Wahrscheinlich deutlicher Anstieg.	Im 1. Quartal ist die Zahl der meldepflichtigen Infektionserkrankungen um 82% (jetzt 1.746) im Vergleich zum 1. Quartal 2017 gestiegen (Ursache in erster Linie sehr viele Influenza-Meldungen, aber auch Norovirus-Erkrankungen).
Ausgegebene Bescheinigungen nach Lebensmittelbelehrungen	4.852	4.800	4.900	100	Die Anzahl der Belehrungen stabilisiert sich auf hohem Niveau. Die Möglichkeit einer bargeldlosen Zahlung wurde trotz mittlerweile jahrelangen Anmahns immer noch nicht installiert (der Zwang zur Barzahlung "beinhaltet eine sehr schlechte Außenwirkung, wir reden hier von ca. 4.000 Gebührenerhebungen).
amtsärztliche Leichenschauen	2.474	2.200	2.500	300	Im Vergleich zum 1. Quartal 2017 stieg die Zahl der Leichenschauen nochmals um ca. 10%.
Gesamtheit aller Gutachten des Gesundheitsamtes	4.921	4.800	4.300	-500	Die Anzahl der Gutachten wird im Vergleich zum Ansatz um etwa 500 geringer ausfallen. Bedingt ist dieses allerdings durch eine nicht ausreichende Personalbesetzung, da mehrere ärztliche Stellen nicht besetzt sind.

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Gutachtenaufträge f. Sozialpsychiatrischen Dienst (Neuaufträge)	865	700	579	-121	Nach einem massiven Anstieg der Gutachtenneuaufträge im Vorjahr um 37,7% ist jetzt ein leichter, aber auch unbedingt notwendiger Rückgang zu verzeichnen, da mehr Aufträge im Rahmen von Eingliederungshilfe-Anträgen in die Hilfeplanung übergeben werden konnten.
Gutachtenaufträge für Asylbewerber	180	500	160	-340	Wie auch schon im Vorjahr weiterer, jetzt geringerer Rückgang der Gutachtenaufträge von 180 im Vorjahr auf nunmehr 160.

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Fachbereich 3 Umwelt, Sicherheit und Ordnung**3.340 Standesamt****Haushaltsplan 2018**

Fachbereich: 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung

Bereich: 3.340 - Standesamt

Produkt: 122006 - Standesamt

Verantwortlich: Regina Teege

Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten					
Eheschließungen und Begründungen von LP		1.000	1.100	100	
Nachträgliche Beurkundung Eheschließung im Ausland		5	10	5	
Namensangleichungen		70	50	-20	
Nacherfassung von Altregistern		2.500	4.000	1.500	
Kirchenaustritte		1.000	800	-200	
Geburten		3.000	3.300	300	
Nachträgliche Beurkundung Geburten im Ausland		8	12	4	
Änderung der Abstammung		250	300	50	
Namensänderung des Kindes		550	400	-150	
Adoptionen		30	50	20	
TSG (Transsexuellengesetz)		10	5	-5	
Sterbefälle		3.300	3.500	200	

3.370 - Feuerwehr**Haushaltsplan 2018**

Fachbereich: 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung

Bereich: 3.370 - Feuerwehr

Produkt: 126001- Gefahrenabwehr

Verantwortlich: Bernd Neumann

Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Ergebnisplan					
Ertrag	-1.395.576	-1.271.200	-1.271.200	0	
Aufwand	17.090.055	19.788.600	19.762.200	-26.400	
Saldo	15.694.479	18.517.400	18.491.000	-26.400	
Leistungen, Ziele, Kennzahlen					
1 Sicherheitswachen an Theater und MuK					
2 Bekämpfung von Bränden und technische Hilfeleistung					
2.1 Die Einsatzstelle wird entsprechend der Schutzzieldefinition der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) mit 10 Feuerwehrleuten in 10 Minuten nach Eingang des Notrufs erreicht.					
Anteil der Einsätze mit Zielerfüllung (10 Feuerwehrleute in 10 Min. nach Eingang d. Notrufs)		80 %	88%	8 %	
2.2 Die Einsatzstelle wird entsprechend der Schutzzieldefinition der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) mit weiteren 6 Feuerwehrleuten in 15 Minuten nach Eingang des Notrufs erreicht.					
Anteil der Einsätze mit Zielerfüllung (weitere 6 Feuerwehrleute in 15 Min. nach Eingang des Notrufs)		80 %	73%	-7 %	
Strukturdaten					
Einsätze zur Brandbekämpfung		900	1.300	400	
Einsätze zur technischen Hilfeleistung		1.300	750	-550	
Sicherheitswachen in Stunden		2.000	2.145	145	
Aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren		750	864	114	

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung					
Bereich: 3.370 - Feuerwehr					
Produkt: 127001 - Rettungsdienst					
Verantwortlich: Bernd Neumann					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Leistungen, Ziele, Kennzahlen					
1 Notfallrettung (inkl. Notarztdienst) und Krankentransport					
<i>Rettungswagen und / oder Notarzteinsatzfahrzeug treffen innerhalb von 10 Minuten nach Notrufeingang am Einsatzort ein.</i>					
Summe der Einsätze mit Zielerfüllung an Summe der Einsätze gesamt.					
		95 %	86%	-9 %	
Strukturdaten					
Rettungswageneinsätze (Notfallrettung)		23.000	25.100	2.100	
Krankentransporte		32.000	30.400	-1.600	
Vorhaltestunden (Sollstunden) Krankentransport pro Jahr		59.651	66.274	6.623	

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung					
Bereich: 3.370 - Feuerwehr					
Produkt: 128001 - Gefahrenabwehr					
Verantwortlich: Bernd Neumann					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten					
Personalstand der Organisationen Feuerwehr, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser		639	678	39	

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung					
Bereich: 3.370 - Feuerwehr					
Produkt: 521001 - Baulicher Brandschutz					
Verantwortlich: Bernd Neumann					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Leistungen, Ziele, Kennzahlen					
1 Brandschutztechnische Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren					
<i>1+2 Brandschutztechnische Stellungnahmen werden innerhalb von 14 Tagen nach Abforderung bei der Feuerwehr abgegeben.</i>					
Anteil fristgerechter Stellungnahmen an der Gesamtzahl der Stellungnahmen					
		95 %	0%	-95 %	Verzögerungen aufgrund einer Stellenvakanz, höherer Prüfaufwand
4 Brandverhütungsschauen in Gewerbebetrieben, Verkaufsstätten, Krankenhäusern, Schulen, usw.					
<i>Brandverhütungsschauen werden fristgerecht gem. Brandverhütungsschauverordnung durchgeführt.</i>					
Anteil fristgerecht durchgeführter Brandverhütungsschauen an der Gesamtzahl der Brandverhütungsschauen					
		90 %	77%	-13 %	
Strukturdaten					
Brandschutztechnische Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren		450	500	50	
Brandschutztechnische Stellungnahmen in sonstigen Genehmigungsverfahren		150	140	-10	
Anzahl brandschutztechnischer Beratungen		500	570	70	
Durchgeführte Brandverhütungsschauen		180	138	-42	
Anzahl der Objekte für Brandverhütungsschauen		1.000	1.251	251	

3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung					
Bereich: 3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz					
Produkt: 122004 - Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz					
Verantwortlich: Birgit Hartmann					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
4 Aufgaben im Bodenschutz und Altlasten					
<i>Bearbeitung von Altlastenverdachtsflächenanfragen und von Gutachtenvorabzügen innerhalb 15 Arbeitstagen</i>					
Anzahl der Fälle, bei denen die Frist von 15 Arbeitstagen überschritten wurde					
	0	0	30	30	durch Personalengpässe Priorisierung der Tätigkeiten
Strukturdaten					
wasserrechtliche Bescheide	102	100	130	30	
Gefahrenabwehrmaßnahmen	22	30	60	30	
Erstbewertung pot. Altlastverdachtsflächen ("P1-Fälle")	390	400	330	-70	durch Personalengpässe Priorisierung der Tätigkeiten

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

FB 4 Kultur und Bildung**4.047 Die Lübecker Museen**

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 4 - Kultur und Bildung					
Bereich: 4.047 - Die Lübecker Museen					
Produkt: 251001 - Die Lübecker Museen					
Verantwortlich: Prof. Dr. Hans Wißkirchen im Auftrag der Fachbereichsleitung					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Ergebnisplan					
Ertrag	-1.542.595	-940.900	-1.635.900	-695.000	Spendenerträge, die nicht im Haushalt eingeplant werden dürfen
Aufwand	4.500.968	5.782.200	5.782.200	0	
Saldo	2.958.373	4.841.300	4.146.300	-695.000	

4.510 Familienhilfen/Jugendamt

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 4 - Kultur und Bildung					
Bereich: 4.510 - Jugendamt - Familienhilfen					
Produkt: 363002 - Jugendhilfe					
Verantwortlich: Renate Junghans					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten					
Hilfe zur Erziehung ambulant	500	510	530	20	leichter Anstieg im ambulanten Bereich (SPFH)
Hilfe zur Erziehung stationär (ohne § 33 Vollzeitpflege)	260	230	210	-20	leichter Rückgang im stationären Bereich (Heimerziehung, stat. Wohnform Mutter/Kind)

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Fachbereich 5 Planen und Bauen

5.610 Stadtplanung und Bauordnung

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 5 - Planen und Bauen					
Bereich: 5.610 - Stadtplanung und Bauordnung					
Produkt: 511003 - Stadtplanung und -entwicklung					
Verantwortlich: Karsten Schröder					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Ergebnisplan					
Ertrag	-87.257	-12.800	-12.800	0	
Aufwand	4.944.623	6.399.300	5.820.300	-579.000	Die Bildung von Rückstellungen für Zweckentfremdungszinsen im Rahmen der Städtebauförderung ist buchhalterisch nicht mehr erforderlich und kann deshalb entfallen. Der eigentliche Ansatz für die zu leistenden Zinsen bleibt davon unberührt.
Saldo	4.857.366	6.386.500	5.807.500	-579.000	
Leistungen, Ziele, Kennzahlen					
3 Stadtentwicklungsplanung/F-Planung / Städtebauförderung					
3.1 Zur Steuerung der städtebaulichen Entwicklung und Bodennutzung wird der Flächennutzungsplan neu aufgestellt.					
Projektfortschritt		20 %	10 %	-10	Veränderung im Zeitplan
3.2 Zur Steuerung der städtebaulichen Entwicklung und Bodennutzung wird das Integrierte Stadtentwicklungskonzept fortgeschrieben.					
Projektfortschritt		50 %	40 %	-10	Veränderung im Zeitplan
4 Städtebaulicher Entwurf / Satzungen / Stadtteilplanung					
4.4 Zur Verbesserung der städtebaulichen Qualität wird die Stadtteilplanung Nord-West - Roddenkoppel/Schlachthof durchgeführt					
Projektfortschritt	20 %	80 %	20 %	-60	Verzögerung durch Antrag auf Bürgerentscheid
8 Mobilitäts- und Verkehrsplanung					
8.10 Die Ausführungsplanung (ggf. Markierungs- und Beschilderungsplan) der Radverkehrsführung Ratzeburger Allee südl. Fahlenkampsweg/ Kahlhorststraße wird erstellt.					
Projektfortschritt	10 %	60 %	30 %	-30	Das Ziel hat sich geändert zu: "Eine Machbarkeitsstudie für einen Radschnellweg Bad Schwartau – Innenstadt – Campus liegt vor."
Strukturdaten					
Anzahl Bescheide im sanierungsrechtl. Genehmigungsverfahren	60	60	10	-50	Aufhebung von Sanierungsgebieten- dadurch gesunkene Antragszahlen

5.691 Lübeck Port Authority (LPA)

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: 5 - Planen und Bauen					
Bereich: 5.691 - Lübeck Port Authority					
Produkt: 552001 - Wasser und Hafen					
Verantwortlich: Hans-Wolfgang Wiese					
Produkt haushaltsseite	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 31.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Ergebnisplan					
Ertrag	-19.018.761	-14.676.900	-16.300.000	-1.623.100	Der mit der LHG tatsächlich für 2018 vereinbarte Pachtverzicht fällt geringer aus als bei der HH-Planung angenommen wurde. Dadurch erhöhen sich die Erträge gegenüber dem Ansatz 2018 im Produkt 552001.
Aufwand	20.221.219	22.281.800	22.400.000	118.200	
Saldo	1.202.458	7.604.900	6.100.000	-1.504.900	
Leistungen, Ziele, Kennzahlen					
1 Hafentwicklungsplanung					
Aufstellen eines neuen Hafentwicklungsplanes gemäß Bürgerschaftsbeschluss					
Fertigstellungsgrad bis 12/2018		100 %	90 %	-10	Durch die Verlagerung des Papierumschlages an den Skandinavienkai im Rahmen der Maßnahmen 531 - Skandinavienkai, Flächenausbau 2. und 3. BA und 554 - Skandinavienkai Bau von 2 Papierhallen ist die Hafentwicklungsplanung sehr umfangreich zu überarbeiten. Dies führt zu den hier angegebenen Verzögerungen.

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

2	Planung und Durchführung von Wasser-, Hafenu- und Hafenhafenprojekten				
	<i>Sach- und termingerechte Durchführung und Abschluss der investiven Baumaßnahme</i>				
2.3	Erneuerung Spundwand Anleger 4 Vorwerker Hafen				
	Fertigstellungsgrad bis 12/2018	100 %	50 %	-50	Aus betrieblichen Gründen verschiebt sich das vorgesehe Zeitfenster um ein halbes Jahr. Baubeginn wird damit erst im Oktober 2018 sein und die Fertigstellung ist für 03/2019 vorgesehen.

1. Zwischenbericht 2018 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Allgemeine Finanzwirtschaft

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: Allgemeine Finanzwirtschaft					
Bereich: Allgemeine Finanzwirtschaft					
Produkt: 611001 - Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen					
	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 30.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Produkthaushaltsseite					
Ergebnisplan					
Ertrag	-477.356.930	-438.224.600	-460.969.892	-22.745.292	
Aufwand	19.132.949	15.688.200	18.300.000	2.611.800	
Saldo	-458.223.981	-422.536.400	-442.669.892	-20.133.492	Mehrerträge aus Steuern sind fast ausschließlich auf die Gewerbesteuer mit einem weiteren Plus von 15 Mio. € (netto rd. 12,8 Mio. €) zurück zu führen. Daneben stehen noch Mehreinnahmen von 0,1 Mio. € aus der Vergnügungssteuer. Die Landeszuweisungen (Schlüsselzuweisungen und allgemeine Zuweisungen) fallen um 7,5 Mio. € höher aus. Davon beläuft sich der bislang nicht eingeplante Anteil für die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen auf rd. 4,9 Mio. €.

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: Allgemeine Finanzwirtschaft					
Bereich: Allgemeine Finanzwirtschaft					
Produkt: 612001 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft					
	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 30.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Produkthaushaltsseite					
Ergebnisplan					
Ertrag	-493.609	-225.100	-229.000	-3.900	
Aufwand	15.177.504	18.161.800	16.111.800	-2.050.000	
Saldo	14.683.895	17.936.700	15.882.800	-2.053.900	Aufgrund der aktuellen günstigen Zinssituation hat sich der Zinsaufwand gegenüber der Planung um 2 Mio. € verringert

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: Allgemeine Finanzwirtschaft					
Bereich: Allgemeine Finanzwirtschaft					
Produkt: 612003 - Grundstücksan- und Verkäufe					
	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 30.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Produkthaushaltsseite					
Ergebnisplan					
Ertrag	-26.060.999	-11.008.600	-14.229.700	-3.221.100	
Aufwand	6.428.740	3.862.800	4.162.800	300.000	
Saldo	-19.632.259	-7.145.800	-10.066.900	-2.921.100	Mehrerträge von 3,2 Mio. € aus weiteren Grundstücksverkäufen bei gleichzeitig 0,3 Mio. € Abschreibungen aus Anlagenabgang sind neu kalkuliert.

Haushaltsplan 2018					
Fachbereich: Allgemeine Finanzwirtschaft					
Bereich: Allgemeine Finanzwirtschaft					
Produkt: 535002 - Konzessionsabgabe					
	Ist 2017	Ansatz 2018	Hochrechnung auf 31.12.2018 per Stichtag 30.04.2018	Abweichung 2018	Begründungen für Abweichungen
Produkthaushaltsseite					
Ergebnisplan					
Ertrag	-12.649.868	-12.600.000	-12.311.190	288.810	
Aufwand	0	0	0	0	
Saldo	-12.649.868	-12.600.000	-12.311.190	288.810	Mindererträge von 0,3 Mio. € ergeben sich durch Schlussabrechnung der Konzessionsabgabe.



► Nr. VO/2018/06128
öffentlich

Lübeck, 05.06.2018

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
1.201 - Haushalt und Steuerung

Bearbeitung: Heike Schulze (E-Mail: heike.schulze@luebeck.de Telefon: 122 - 1502)

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
27.06.2018	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
10.07.2018	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Turnusmäßige Berichterstattung für das Haushaltsjahr 2017

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Fachbereiche 1 -5
Die Meldungen sind eingearbeitet

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

<input type="checkbox"/>	Ja
<input checked="" type="checkbox"/>	Nein, Belange von Kindern und Jugendlichen werden durch diesen Bericht nicht unmittelbar berührt

Die Maßnahme ist:

<input type="checkbox"/>	neu
<input type="checkbox"/>	freiwillig
<input checked="" type="checkbox"/>	vorgeschrieben durch: § 45 b Abs. 1 Ziff. 3 GO

Finanzielle Auswirkungen:

<input checked="" type="checkbox"/>	Nein
<input type="checkbox"/>	Ja (Anlage 1)

Bericht:

Der anliegende Bericht enthält Angaben zu denjenigen Finanzdaten des Ergebnisplans, die wesentliche Veränderungen zwischen dem geplanten Produktbudget und dem Ergebnis per 31.12.2017 ausweisen.

Darüber hinaus wird über die wesentlichen Abweichungen 2017 bei den Leistungen berichtet. Es wird im Einzelnen auf die Abweichungen bei Zielvereinbarungen, Kennzahlen und Strukturdaten eingegangen.

Alle nicht im Bericht aufgeführten Produkte haben die ursprüngliche Planung entweder zu 100% erreicht bzw. weichen davon nur in einem irrelevanten Maß ab.

Anlagen :

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan

Bürgermeister Jan Lindenau

Hansestadt LÜBECK 



Jahresbericht 2017
zu den Leistungen und zum Ergebnisplan
der Hansestadt Lübeck

über Veränderungen gegenüber
dem Produkthaushaltsplan 2017

Herausgeber

Der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck
Haushalt und Steuerung
Fischstraße 1-3
23539 Lübeck
Tel. 0451 / 122 – 1501/1504

Inhaltsverzeichnis	Seite
1 Kurzüberblick	3
2 Zusammenfassung	4
3 Gesamtdarstellung	6
- Allgemeine Deckungsmittel	6
- Budgetübersicht	6
- Personalaufwand	7
4 Veränderungen nach Fachbereichen, Bereichen und Produkten	9
- Fachbereich 1 – Bürgermeister	9
- Fachbereich 2 – Wirtschaft und Soziales	17
- Fachbereich 3 – Umwelt, Sicherheit und Ordnung	25
- Fachbereich 4 – Kultur und Bildung	29
- Fachbereich 5 – Planen und Bauen	36
- Allgemeine Deckungsmittel	42

1 Kurzüberblick

Erneut legt die Hansestadt Lübeck einen positiven Abschluss vor, der Überschuss 2017 beträgt 88,8 Mio. €. Unter Einbeziehung der Reste (Ermächtigungen) aus 2016 liegt der tatsächliche Überschuss bei 83,7 Mio. €. Damit ergibt sich zum geplanten Fehlbedarf von 34,5 Mio. € eine Verbesserung von 123,3 Mio. €.

- 32 Mio. mehr Steuern / FAG
- 23 Mio. Kondihilfen, Fehlbetragszuweisung
- 13 Mio. zusätzliche Grundstückserlöse
- 10 Mio. weniger Zinsen
- 6 Mio. weniger Versorgungsaufwand
- 39 Mio. Verbesserungen bei den Fachbereichsbudgets

Das Ergebnis des Haushalts 2017 entspricht der insgesamt positiven Tendenz der letzten Jahre und übertrifft noch den in 2016 erzielten Überschuss. Die Gunst der Stunde ist für nachhaltiges Engagement zu nutzen.

- Vorantreiben der Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung
- Infrastrukturvermögen weiter sanieren und fitmachen für die Zukunft
- Bürgerservice stärken
- Unterstützung einer Personaloffensive zur Nachwuchssicherung
- Schuldenabbau sichert Finanzspielräume für künftige Generationen

Die Chancen jetzt nutzen, denn die Gesamtsituation bleibt weiterhin angespannt, da die Verbesserungen weitgehend nicht struktureller Art und damit nicht konsistent sind.

- Auch Hochkonjunkturphasen gehen einmal zu Ende
- Nullzinspolitik läuft langsam aus
- Zusätzliche Landestöpfe fließen nicht dauerhaft
- Hohe Grundstückserlöse sind endlich
- Sanierungsstau bei Straßen, Brücken und Gebäuden enorm
- Erdrückende Altschuldenlast
- Verbesserungen in den Fachbereichen kaum nachhaltig
 - ↪ höhere Bundes- und Landeszuweisungen zT. nur begrenzt
 - ↪ nicht umgesetzte Bauunterhaltung
 - ↪ Planungskorrekturen
 - ↪ weniger Personalaufwand aufgrund erfolgloser Stellenbesetzungen

2 Zusammenfassung

Die Verwaltung überprüft im Laufe eines jeden Haushaltsjahres die Entwicklung des Ergebnishaushaltes und die Entwicklung der Zielvereinbarungen, Kennzahlen und Strukturdaten auf den Produkthaushaltsseiten, jeweils prognostiziert auf das Ende des Haushaltsjahres. Zwei Zwischenberichte zu den Stichtagen 30.04.2017 / 31.08.2017 wurden bereits zur Kenntnis gegeben.

Nunmehr wird der Jahresbericht 2017 vorgelegt, erstmalig seit Einführung der Doppik in einem einheitlichen Werk für den Ergebnisplan und die Produktkontrakte.

Grundsätzlich wird nur über ergebnis- und steuerrelevante Abweichungen berichtet. Zur Beurteilung der Relevanz sind –ausschließlich für die finanziellen Abweichungen – Schwellenwerte definiert worden (i. d. R. 10 % bzw. 120 T€ vom Produktbudget).

Auf der Leistungsseite wird zu den wesentlichen Veränderungen berichtet.

Für den Stand der unterjährigen Entwicklung in den Eigen- und Beteiligungsgesellschaften sowie den Eigenbetrieben, eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und sonstigen wirtschaftlichen Sondervermögen (Gesellschaften und Betriebe) werden vom Beteiligungscontrolling jeweils gesonderte Quartalsberichte herausgegeben.

Erneut legt die Hansestadt Lübeck einen positiven Abschluss vor, der Überschuss 2017 beträgt 88,8 Mio. €. Die aus 2016 nach 2017 übertragenen Reste (Ermächtigungen) führen jedoch zu einer Reduzierung des Überschusses von 5,1 Mio. € auf 83,7 Mio. € tatsächlichen Überschuss (vgl. künftigen Jahresabschluss 2017). Damit ergibt sich zum geplanten Fehlbedarf von 34,5 Mio. € eine Verbesserung von 123,3 Mio. €.

Bestehende Risiken dürfen jedoch nicht ignoriert werden. Der jetzige Abschluss darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die Finanzlage der Hansestadt Lübeck weiterhin angespannt ist. Diese Einschätzung beruht auf den nachfolgend dargestellten, wesentlichen Gründen:

- Die konjunkturbedingten Ertragssteigerungen bei den Steuern von rd. 25,5 Mio. € (29,3 Mio. € Erträge abzüglich 3,8 Mio. € Aufwand) haben Anteil an dem guten Ergebnis, sie wirken jedoch - aufgrund ihrer Abhängigkeit von der aktuellen Konjunktur – nicht strukturell und sind daher nicht dauerhaft in dieser Größenordnung gefestigt. Auch die Zukunft der Grundsteuer als wichtige Einnahmequelle der Kommunen ist noch nicht gesichert, hier wird es auf deren künftige Ausgestaltung ankommen.
- Ebenso lassen sich nicht unbegrenzt Grundstücksveräußerungserlöse erzielen, wie es in den vergangenen Jahren und nun auch in 2017 mit 13,3 Mio. € über Plan erfolgt ist.
- Konsolidierungshilfe und Fehlbetragszuweisung steuern insgesamt weitere 23,1 Mio. € Verbesserung bei. Diese Beträge dürfen bei der Haushaltsplanung nicht veranschlagt werden. Die Konsolidierungshilfe in der Form erhält die Stadt letztmalig mit Ablauf des Konsolidierungszeitraums für das laufende Haushaltsjahr. Allerdings bestehen im Land konkrete Bestrebungen, das Konsolidierungsprogramm für Kommunen, hier stehen auch besonders die kreisfreien Städte im Fokus, fortzusetzen.

Festzuhalten bleibt, dass die Konstanz dieser hohen Erträge auf Dauer nicht gesichert ist.

- Die Personalkosteneinsparungen lassen sich zu einem großen Teil auf Langzeiterkrankungen, Stellenvakanzen, langwierige Stellenbesetzungsverfahren, hohe Fluktuation und eine teilweise schwierige Bewerberlage zurückführen. Somit

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

handelt es sich hierbei nicht um echte strukturelle Einsparungen. Gleiches gilt für die Minderaufwendungen von 6 Mio. €, die als Sonderzuführungen zur Pensions- und Beihilferückstellung in den Personalkosten vorgesehen sind. In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, dass für neue Aufgaben (z.B im Rahmen der Digitalen Strategie) mehr Personal benötigt wird.

- Hinzu kommt, dass für das Infrastrukturvermögen ein erheblicher Unterhaltungsstau abzuarbeiten ist, der die kommenden Haushalte strukturell belasten wird. Aktuell können die bereit gestellten Haushaltsmittel nicht umfassend umgesetzt werden, da die Firmen kaum Kapazitäten haben aufgrund der bestehenden Auftragslage.
- Die Zinsersparnis um 9,5 Mio. € ist der aktuellen Zinsentwicklung geschuldet, eine strukturelle Verbesserung liegt nicht vor.
- Die gesamtstädtischen Transferaufwendungen fallen ggü. der Planung insgesamt um 13,9 Mio. € niedriger aus, davon im Bereich der Jugendhilfe um 6,6 Mio. €. Im Vergleich zum Ist 2016 liegen diese allerdings fast gleich auf, so dass hier von keiner nachhaltigen Absenkung ausgegangen werden kann. Es ist zudem zu erwarten, dass die Transferaufwendungen bei abflauernder Konjunktur steigen werden.
- Die Flüchtlingsthematik hat auch in 2017 zu Planungsungenauigkeiten geführt, da weniger Flüchtlinge aufzunehmen waren als ursprünglich erwartet wurden. Aus diesem Grunde wurden entsprechend mehr Ressourcen eingeplant, als die reduzierten, realen Flüchtlingszahlen tatsächlich am Ende erforderten. Daher fällt das Ist 2017 gegenüber der Planung ertrags- und aufwandsseitig geringer aus.
- Die nach wie vor bestehende Altschuldenproblematik wird durch die gute Konjunktur lediglich überdeckt, sie ist aber nicht gelöst.
- Die ordentlichen Aufwendungen sind im Ist 2017 gegenüber 2016 trotz aller strukturellen Konsolidierungsanstrengungen weiterhin – wenn auch nur geringfügig - um rd. 2,8% gestiegen. Die Steigerungsrate wird in Zukunft aufgrund der beschlossenen Tarifsteigerungen und der anstehenden Aufgabenwahrnehmung, insbesondere auch mit Blick auf die Arbeitswelt 4.0, höher ausfallen.

3 Gesamtdarstellung

Allgemeine Deckungsmittel

Allgemeine Deckungsmittel	Urbudget 2017	Ergebnis 2017	Abweichung Urbudget/ Ergebnis 2017
Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	403.483.000	459.805.949	56.322.949
Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	-24.438.900	-15.459.771	8.979.129
Konzessionsabgaben	12.600.000	12.649.868	49.868
Grundstücksan- und verkäufe	6.345.800	19.632.259	13.286.459
Pauschalierter nicht zahlungswirksamer Aufwand	-24.696.700	-18.650.050	6.046.650
Einnahmenüberschuss	373.293.200	457.978.255	84.685.055

Zuschussbudgets der Fachbereiche

Zuschussbudgets	Urbudget 2017	Ergebnis 2017	Abweichung Urbudget/ Ergebnis 2017
Fachbereich 1 - Bürgermeister	-31.892.800	-29.936.570	1.956.230
Fachbereich 2 - Wirtschaft und Soziales	-115.853.600	-106.586.793	9.266.807
Fachbereich 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	-26.870.300	-30.222.445	-3.352.145
Fachbereich 4 - Kultur und Bildung	-186.782.300	-171.448.825	15.333.475
Fachbereich 5 - Planen und Bauen	-46.441.000	-31.040.979	15.400.021
Summe aller Zuschussbudgets	-407.840.000	-369.235.612	38.604.388

Fehlbedarf	-34.546.800	88.761.401	123.308.201
-------------------	--------------------	-------------------	--------------------

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Personal

Nachrichtlich: Personalaufwand pro Fachbereich <i>inkl. Versorgungsaufwendungen</i>	Urbudget 2017	Ergebnis 2017	Abweichung Urbudget/ Ergebnis 2017
Personalaufwand FB 1	-22.038.700	-21.242.047	796.653
Personalaufwand FB 2	- 23.955.200	- 21.992.633	1.962.567
Personalaufwand FB 3	-36.118.800	-35.277.790	841.010
Personalaufwand FB 4	- 44.461.700	- 43.371.445	1.077.155
Personalaufwand FB 5	- 43.872.900	- 42.372.724	1.500.176
Personalaufwand Allgemeine Deckungsmittel	-26.300.000	-20.490.053	5.809.947
Personalaufwendungen gesamt	-196.747.300	-184.746.692	12.000.608

Kurzdarstellung der wesentlichen Abweichungen bei den Allgemeinen Deckungsmitteln:

Die Allgemeinen Deckungsmittel verbessern den Ergebnisplan mit Mehrerträgen von rd. 84 Mio. €.

Die Mehrerträge aus Steuern belaufen sich auf rd. 29,3 Mio. €, davon allein aus Gewerbesteuer 23,8 Mio. € (netto rd. 20 Mio. €), aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer 4 Mio. € und aus der Vergnügungssteuer 1,2 Mio. €.

Die Landeszuweisungen (Schlüsselzuweisungen und allgemeine Zuweisungen) fielen um 7,6 Mio. € höher aus.

In 2017 erhielt die Hansestadt Lübeck Konsolidierungshilfe von 20 Mio. € und eine Fehlbetragszuweisung von 3 Mio. €.

Aufgrund der aktuellen günstigen Zinssituation hat sich der Zinsaufwand ggü. der Planung um 9,5 Mio. € verringert.

Mehrerträge von 13 Mio. € ergaben sich aus Grundstücksverkäufen. Es bestand ein hoher Kaufanreiz, da durch Beschluss der Bürgerschaft Erbbauberechtigte, die ihren Verkaufswillen bis 31.12.2017 erklärten, die Grundstücke zum Bodenrichtwert von 2014 erwerben konnten.

Die Höhe der Sonderzuführungen zur Pensions- und Beihilferückstellung mit Minderaufwand von 6 Mio. € stellt keine „echte“ Haushaltsverbesserung dar, da hier eine Sicherheitsplanung an der oberen Grenze bei hohen Schwankungsbreiten in der tatsächlichen Ist-Entwicklung erfolgte.

Kurzdarstellung der wesentlichen Abweichungen bei den Fachbereichsbudgets (detaillierte Begründungen siehe Fachbereichsseiten):

Fachbereich 1:

Die Abweichungen im Fachbereichsbudget ergeben sich zu einem großen Teil aus Stellenvakanzen.

Fachbereich 2:

Die Verbesserungen ergeben sich aus reduziertem Personalaufwand aufgrund von Stellenvakanzen (Langzeiterkrankungen und erfolglose Stellenbesetzungen) in Höhe von 1,96 Mio. €, Änderungen des Pflegestärkungsgesetzes – auch mit höheren Erstattungen des Rentenversicherungsträgers – (2,2 Mio. €) und einer höheren Bundeserstattung an den Kosten der Unterkunft (KdU) im Fluchtkontext (3,3 Mio. €). Bei den Liegenschaften wirkten sich insbesondere höhere Einnahmen bei Mieten und Pachten sowie die Auflösung der Rückstellung für die Erbbauzinsrückzahlung aus.

Fachbereich 3:

Die Budgetverschlechterung resultiert insbesondere aus geringeren Erträgen im Rettungsdienst.

Fachbereich 4:

Die Abweichungen im Fachbereichsbudget ergeben sich insbesondere aus
+4,9 deutlich höhere Erträge (höhere Zuweisungen des Landes Kindertagesbetreuung + schulische Assistenz + I-Helfer-Pool, Drittmittel Lübecker Museen, Mehrerträge Schulkostenbeiträge),
- 1,1 Mio. € Personalaufwendungen
- 4,5 Mio. € Jugendhilfeleistungen
- 2,1 Mio. € aufgrund weniger Anträge auf finanzielle Förderung in Kindertageseinrichtungen bedingt durch die konjunkturelle Lage sowie geringere Inanspruchnahme von Entgeltermäßigungen in der Tagespflege

Fachbereich 5:

Die Unterschreitung des Planes im FB 5 um 17,2 Mio. wird zum größten Teil verursacht durch die nicht gemäß Planansatz erfolgte Unterhaltung bei Gebäuden, Straßen, Brücken und im Hafen (ca. 10 Mio.). Fehlendes Personal aufgrund Arbeitsmarktlage und auch nur begrenzte Möglichkeiten, externe Firmen zu finden, sind hier maßgebliche Gründe.

Die Arbeitsmarktsituation mit den Problemen, überhaupt zeitnah geeignetes Personal zu finden, ist dann auch ein Grund, dass die PK des Fachbereiches mit 1,5 Mio. geringer ausfallen.

Hinzukommen dann noch Mehreinnahmen bei ÖPNV (1,5 Mio.), verschiedene Verbesserungen bei Stadtplanung (1.6 Mio.) sowie erhöhte Abrechnungen von Eigenleistungen im Hafen (1,5 Mio.).

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Fachbereich 1 – Bürgermeister

Budgets 2017							
Bereich	Budget Bezeichnung	Zugeordnete Erträge und Aufwendungen der Produkte, Produktbereiche und Konten/Kostenarten Produkt	Bezeichnung	Plan 2017 EUR	Ergebnis 2017 EUR	mehr/ weniger 2017 EUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Fachbereich 1 Bürgermeister							
Eintragungen bitte in Spalte 6 und Spalte 8							
1.000	Verwaltungsführung	111001	Verwaltungsleitung	-273.400	-284.074	-10.674	
1.010	Fachbereichs-Controlling	111002	Leitung, Controlling, Dienste FB 1	-232.200	-233.927	-1.727	
1.100	Büro der Bürgerschaft	111003	Management Politische Gremien	-1.605.700	-1.183.513	422.187	200 T€ Mehreinnahmen durch Rückforderung Fraktionszuwendungen 2010-2015; 40 T€ Personalminderaufwendungen durch Krankheitsausfall; 60 T€ Minderaufwendungen Fraktionszuwendungen; 100 T€ Minderaufwendungen Aufwandsentschädigungen und Verdienstaussfall Ehrenamt - die Aufwendungen können im Voraus nicht exakt kalkuliert werden.
1.101	Bürgermeisterkanzlei	111004	Geschäftsführung für die Verwaltungsleitung	-786.800	-707.910	78.890	
1.102	Logistik, Statistik und Wahlen	111005	Logistik	-2.163.700	-2.228.084	-64.384	
		121001	Statistik und Wahlen	-720.900	-735.577	-14.677	
1.105	Informationstechnik	111007	IT-Architekturmanagement / IT-Service	-7.417.000	-7.239.998	177.002	100 T€ Personalkosteneinsparungen: Zwei vakante Stellen (A13 und EG 11) konnten nicht zeitnah besetzt werden. 70T€ Einsparungen bei Fortbildungen: Aufgrund der Migration aller PC's und Notebooks auf das neue Betriebssystem Windows 7 und Office Paket 2010, konnten keine Fortbildungen durchgeführt werden. 70T€ Einsparungen bei Mieten und Pachten: Aufgrund des eigenen Ausbaus von LWL-Leitungen (Datenleitungen), konnten entsprechende Stecken abgemietet werden. 150T€ Einsparungen bei EDV Aufwand: Es konnten Dienstleistungen - insbesondere für die Migration auf Windows 7 - erheblich gesenkt werden. 70T€ Ersatzbeschaffungen: Ein erheblicher Teil der Hardware wurde in 2016 bestellt, jedoch erst in 2017 geliefert. Dadurch entstanden die entsprechenden Reste. 300T€ Mehraufwand bei der AFA: In 2016 wurde die Telefonanlage fertiggestellt. Dadurch entstehen jetzt zusätzliche AFA-Kosten i.H.v. 265T€/ Jahr. Weiter wurde das Projekt „DMS“ nachträglich in 2015 aktiviert und die Kosten dem Jahr 2017 zugeordnet; insgesamt 77 T€.
1.110	Personal- u Organisationservice	111008	Zentrale Personalarbeit	-4.862.300	-4.356.031	506.269	Mehrerträge durch nicht planbare Schadensersatzzahlungen und Verdienstaussfallerstattungen von Dritten; Minderausgaben bei den Personalkosten durch ungeplante erhebliche Vakanzan; Minderausgaben für die stark verzögerte Einführung des KoPers Zusatzmoduls "Zeiterfassung" aufgrund von nicht planbaren Vakanzan sowie durch den Verzicht auf die Einführung des Zusatzmoduls "Personalkostenhochrechnung"
		111098	Entgelte und Bezüge	0	-882.387	-882.387	Über dieses Produkt erfolgt die techn. Abwicklung der Entgelt-/ Bezügezahlung (Volumen 2017 ca. 151 Mio. €). Der Aufwand resultiert im wesentlichen aus den Kosten für die Unfallversicherung und ATZ-Anteilen, die (beide) nicht auf die Kostenstellen der Bereiche umgebucht werden konnten.
		111099	Versorgung	-722.600	-267.643	454.957	Mehrerträge durch nicht planbare Abfindungsleistungen im Zusammenhang mit dem Versorgungslastenteilungsstaatsvertrag (Diensttherrenwechsel)
1.119	Arbeitsschutz	111006	Arbeitsschutz	-388.500	-349.727	38.773	
1.130	Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit	111009	Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit	-643.300	-459.387	183.913	Minderausgaben für Umstellung Internetauftritt (Bekanntmachungen)
1.140	Rechnungsprüfungsamt	111010	Prüfungen, Gutachten, Stellungnahmen	-1.086.400	-1.110.018	-23.618	
1.160	Frauenbüro	111011	Frauenemanzipatorische Gleichstellungsarbeit	-236.600	-238.707	-2.107	
1.180	Gesamtpersonalrat	111034	Gesamtpersonalrat	-110.000	-122.522	-12.522	
1.181	Personalrat FB 1	111035	Personalrat FB 1	-114.300	-120.950	-6.650	
1.201	Haushalt und Steuerung	111012	Haushalt und Steuerung	-3.409.400	-2.801.022	608.378	ca. 300 T€ Personalkosten, PK Durchschnittswerte zu hoch und Fluktuation, ca. 115 T€ Abschreibungen zu hoch, da Laufzeit Web 2.0 auf 3 Jahre, statt auf 1 Jahr geändert wurde. Rest Einsparungen/Mehrerträge im lfd. Jahr.
		111013	Stabstelle Bilanzen	0	-1.841	-1.841	
		111015	Steuern	-1.028.700	-779.862	248.838	ca. 180 T€ Personalkosten, PK Durchschnittswerte zu hoch. Höhere Erträge Kostenerstattungen verb. Unternehmen/EBL
1.203	Beteiligungscontrolling	111014	Beteiligungscontrolling	-707.200	-850.462	-143.262	Für die Prüfung von Maßnahmen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Lübecker Hafengesellschaft mbH und deren Vereinbarkeit mit EU-Beihilferecht wurde für die wirtschaftliche und rechtliche Beratung eine überplanmäßige Ausgabe von 250 T€ bewilligt.
		573001	GG Metallhüttengelände mbH	-380.200	-380.091	109	

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Budgets 2017							
Budget	Budget	Zugeordnete Erträge und Aufwendungen der Produkte, Produktbereiche und Konten/Kostenarten		Plan 2017 EUR	Ergebnis 2017 EUR	mehr/weniger 2017 EUR	Bemerkungen
Bereich	Bezeichnung	Produkt	Bezeichnung	5	6	7	8
1	2	3	4	5	6	7	8
Fachbereich 1 Bürgermeister							
Eintragungen bitte in Spalte 6 und Spalte 8							
1.210	Buchhaltung und Finanzen	111016	Buchhaltung und Finanzen	-3.630.200	-3.267.675	362.525	Höhere Abweichungen insbesondere durch Mehrerträge bei Kostenerstattungen von der Handelskammer und dem Rundfunkbeitragservice (ehem. GEZ) für im Rahmen der Amtshilfe durchgeführte Vollstreckung aufgrund gestiegener Vollstreckungszahlen sowie durch höhere Nebenforderungen (z.B. Säumniszuschläge, Mahngebühren, Kosten der Vollstreckung). Gleichzeitig geringere Aufwendungen, insbesondere Personalaufwendungen (aufgrund teilweise längerfristig unbesetzter Stellen und längerer Krankheitsausfälle) sowie Gutachtenmittel (da die Projektbegleitung für das Projekt Zentrales Förderungsmanagement erst im Haushaltsjahr 2018 startet). Darüber hinaus wurden im Rahmen einer sparsamen Haushaltsführung im laufenden Betrieb insgesamt weniger Aufwendungen getätigt als ursprünglich veranschlagt.
1.300	Recht	111017	Rechtsangelegenheiten	-1.053.800	-1.044.623	9.177	
		111030	Passivbesteuerung	-319.600	-290.540	29.060	
Zuschussbudgets des Fachbereichs				-31.892.800	-29.936.570	1.956.230	
Personalaufwendungen 50xxx/51xxx				-22.038.700	-21.242.047	796.653,23	ohne technische Produkte liegt die PK-Einsparung FB bei 1,2 Mio., Gründe liegen in div. Stellenvakanzen durch Fluktuation und restriktive/verzögerte Stellenwiederbesetzungen

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

1.010 Fachbereichscontrolling							
Nr.	Produkt 111002 - Leitung, Controlling, Dienste FB1	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
2 Controllingaufgaben							
2.2 Finanzziele und -kennzahlen auf Grundlage der BABs der Bereiche sind bis Ende 2018 entwickelt							
	Finanzziele und -kennzahlen liegen vor zu %	0%	0%	50 %	0 %	-50 %	Die Entwicklung von Finanzzielen und -kennzahlen konnte aufgrund anderer unaufschiebbarer Aufgaben nicht wie geplant begonnen werden.
1.100 Büro der Bürgerschaft							
Nr.	Produkt 111003 - Management politische Gremien	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1 Geschäftsführung Bürgerschaft							
Einführung der papierlosen Bürgerschaft bis Ende 2017 im Rahmen der Anwendung des Ratsinformationssystems ALLRIS							
	Die Umsetzung des Konzepts "zur Einführung der papierlosen Gremienarbeit" in Kooperation mit dem Bereich 1.101 ist zu 100% abgeschlossen.	./.	./.	100%	90%	-10%	Die Geschäftsordnung der Bürgerschaft wurde erst in der Januarsitzung 2018 als Grundlage für die Umsetzung "papierlose Bürgerschaft" beschlossen.
Strukturdaten							
	Anzahl der durchgeführten Einwohnerversammlungen pro Jahr	1	1	1	0	-1	Aufgrund fehlender Personalkapazitäten konnte eine Einwohnerversammlung nicht durchgeführt werden.
	zu behandelnde Vorlagen und Berichte pro Jahr	250	442	250	400	150	Die Planungen basieren auf Erfahrungswerten der Vorjahre. Die Anzahl der Vorlagen und Berichte kann nicht maßgeblich durch 1.100 beeinflusst werden.
	zu behandelnde Anträge pro Jahr	250	240	250	300	50	
	zu behandelnde Anfragen pro Jahr	50	38	50	25	-25	
	Repräsentationsaufträge pro Jahr - angefragt	900	900	900	850	-50	
	Anzahl der Fraktionen	7	7	8	7	-1	Abweichung resultiert aus Fraktionssplittings und -zusammenschlüssen.
1.101 Bürgermeisterkanzlei							
Nr.	Produkt 111004 - Geschäftsführung für die Verwaltungsleitung	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1 Leitungsunterstützung							
1.1 Konzept „Neuordnung des Vergabewesens einschl. Korruptionsprävention“ abschließen							
	Konzept Vergabewesen liegt vor			100%	50%	-50%	Die Konzepterstellung konnte aus Kapazitätsgründen nicht abgeschlossen werden.
Strukturdaten							
	Anzahl Bürgerschaftsaufträge	90	110	120	159	39	Die Anzahl der Bürgerschaftsaufträge ist nicht steuerbar. Der Planansatz beruht auf Erfahrungswerten aus Vorjahren.
	Eingaben, Anregungen, Beschwerden	480	614	450	1.090	640	In den vergangenen Jahren ist eine stete Erhöhung der Anzahl der im Bereich 1.101 eingehenden Eingaben zu verzeichnen. Zu dieser Entwicklung hat neben einer sukzessiven Veränderung des Kontaktverhaltens der BürgerInnen insbesondere die Thematik "Stadtteilbüros/Meldestelle" beigetragen.
Nr.	Produkt 111009 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1 Pressedienst							
1.1 Pro Jahr werden ca. 900 Pressemitteilungen herausgegeben							
	Pressemitteilungen	900	900	900	1.044	144	Erhöhte Anzahl von Pressemitteilungen insbesondere i.V.m. städtischen Baumaßnahmen.
3 Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen							
Agenturleistung: Publikation von rund 600 Amtlichen Bekanntmachungen/Anzeigen pro Jahr in unterschiedlichen Medien							
	Anzahl Anzeigen (Veröffentlichungen)	600	600	600	1.129	529	Zunahme von Stellenausschreibungen auf Internetportalen

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

1.102 Logistik, Statistik und Wahlen

Nr.	Produkt 121001 Statistik und Wahlen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
2	Erstellen und Pflege von Statistiken						
	<i>Auftragsstatistiken fertigen für: Fremdenverkehr, Landwirtschaft, Hafen, Preise, Wohnungsbau.</i>						
	Die Statistiken liegen in 100% der Fälle fristgerecht vor.	100%	100%	100 %	75 %	-25 %	Aufgrund einer unterjährigen Stellenvakanz konnte das Ziel nicht zu 100% erreicht werden.
	<i>Termingerechte Statistiken fertigen über: Gebietsgliederung, Verwaltungsregisterauswertungen, Geograph. Informationssystem, Statist. Jahrbuch, Statistik im Internet, Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2014-2017, Allg. Datenzulieferungen</i>						
	Die Statistiken liegen in 100% der Fälle fristgerecht vor.	100%	100%	100 %	75 %	-25 % s.o.	

1.105 Informationstechnik

Nr.	Produkt 111007 - IT-Architekturmanagement / IT-Service	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
6 Client-Betreuung							
6.1	<i>Betreuung der PC-UserInnen der Stadtverwaltung (Hotline / Helpdesk via Mail, Fax und Telefon, vor Ort Support etc.)</i>						
	Verfügbarkeit der Hotline (Helpdesk)	90 %	85 %	90 %	85 %	-5 %	Durch die Umstellung auf Win 7 war ein erhöhtes Aufkommen an Störungen festzustellen, welches im Rahmen der bereitgestellten Personalkapazitäten zu bearbeiten war.

1.110 Personal- und Organisationservice

Nr.	Produkt 111008 Zentrale Personalarbeit	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	1 Allgemeine Leistungen (u.a. Bewirtschaftung Versorgungslasten - vgl. Produkt 111099, Hauptsatzung, Stellenplan)						
1.1	<i>Eine Neufassung der Richtlinien zum Betrieblichen Vorschlagswesen ist erarbeitet und liegt abgestimmt vor.</i>						
	Die Richtlinie ist erarbeitet und abgestimmt.			100%	50%	-50%	Aufgrund einer Vakanz im betroffenen Team findet die Abstimmung erst 2018 statt.
1.2	<i>Die Vorbereitungen zur Einführung des Moduls Zeitwirtschaft mit Mitarbeiter- und Vorgesetztenportal (KoPers) sind in Abhängigkeit von der Einführungsplanung durch Dataport getroffen.</i>						
	Die Vorbereitungen sind abgeschlossen			100%	50%	-50%	Durch unerwartet hohe Fluktuation und damit verbundenen Vakanz im Projektteam wurde mit den Einführungsarbeiten mit einer ca. 6-monatigen Zeitverzögerung begonnen.
2	Zentrale Personalsteuerung und -entwicklung						
2.1	<i>Der Entwurf einer neu gefassten Beurteilungsrichtlinie wird erarbeitet.</i>						
	Entwurf liegt vor			100%	30%	-70%	Aufgrund anderer inhaltlicher Schwerpunkte können 2017 lediglich die erforderlichen Datengrundlagen sowie die Vorgehensweise erarbeitet werden.
2.2	<i>Eine Richtlinie zur stärkeren Einbeziehung von Führungskompetenzen bei der Besetzung von Leitungsfunktionen ist erstellt, abgestimmt und wird</i>						
	Die Anwendung bei Besetzungsverfahren mit Leitungsfunktionen erfolgt			100%	80%	-20%	Die Rückmeldungen aus Beteiligungsverfahren werden erst 2018 eingearbeitet.
3	Ausbildung						
	<i>Ein Online-Eignungstest wird zur Auswahl neuer Auszubildender in Verwaltungsberufen erprobt.</i>						
	Anzahl der getesteten BewerberInnen			500	336	-164	Rückgang der BewerberInnenzahl; das Verfahren wurde für lediglich zwei Ausbildungsberufe angewandt, außerdem haben nicht alle BewerberInnen den Onlinetest absolviert.
4	Fortbildung (inkl. EDV-Fortbildung)						
4.1	<i>Interne Fortbildungsveranstaltungen (Seminare, Trainings, Workshops, EDV-Schulungen, werden bedarfsorientiert durchgeführt.</i>						
	Anzahl der TeilnehmerInnen (erfahrungsbezogener Schätzwert)	2.000	2.314	1.800	2438	638	Die erhöhten Teilnehmerzahlen resultieren aus der Durchführung von Brandschutz- und Ersthelferschulungen sowie der Schulungen zur Umstellung auf Office 2010
6	Personalinformation / Daten						
	<i>Ein Handbuch für die Personaldatenauswertungen ist für KoPers-Nutzer der Hansestadt Lübeck erstellt.</i>						
	Handbuch liegt vollständig vor.			100%	80%	-20%	Ein Handbuch für die zentralen NutzerInnen (POS) ist erstellt. Ein ergänzendes Handbuch für die dezentralen NutzerInnen (Controllings, Bereiche) konnte aufgrund von Stellenvakanzen im zuständigen Team noch nicht vollständig erstellt werden.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

7 Personalbetreuung						
<i>Die Möglichkeiten des Grundmoduls von KoPers zur Optimierung der Personalbetreuung sind innerhalb des POS erschlossen und werden genutzt.</i>						
Vollständige Nutzung des Grundmoduls			100%	90%	-10%	Die Möglichkeiten des Grundmoduls werden genutzt, soweit eine Optimierung der bisherigen Abläufe damit erreicht werden kann. -10% Abstimmungen zur Optimierung weiterer Programmfunktionen werden über 2017 hinaus weiterlaufen.
8 Bezügeabrechnung						
Strukturdaten						
Anzahl Auszubildende (incl. Berufsfeuerwehr)	177	170	170	185	15	
Anzahl Veranstaltungstage (incl. 16 Wo Ausbildungselehrgänge)	330	429	350	365	15	
Anzahl Stellenbesetzungsverfahren	258	275	300	292	-8	
Anzahl BeamtInnen	831	840	840	835	-5	
Anzahl durch POS betreute Tarifbeschäftigte	3.027	3.050	3.050	3.200	150	
Anzahl durch POS betreute Personen in der Entgeltabrechnung	4.786	4.780	4.780	4.870	90	
Anzahl Abrechnungsfälle im Jahr	57.432	57.360	57.360	58.200	840	
Anzahl Beihilfeanträge	5.125	5.281	5.100	5.194	94	
Anzahl Kindergeldfälle und kinderbez. Leistungen	1.853	1.825	1.825	1.750	-75	

Nr. Produkt 111099 Versorgung	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten						
Kostenvolumen Versorgungslasten (EUR)	18.819.000	20.176.378	20.537.800	20.886.831	349.031	
Anzahl der Versorgungsempfänger (Stand: Juni d. J.)	671	663	680	697	17	
Verwaltungskostenbeitrag an die VAK (EUR)	262.400	287.891	286.700	290.946	4.246	
Kostenvolumen Beihilfelasten für Versorgungsempfänger (EUR)	1.864.714	2.855.288	3.000.000	3.121.711	121.711	
Kostenvolumen Beihilfe- und Heilfürsorgelasten für Aktive (EUR)	1.437.331	2.091.276	2.500.000	2.053.699	-446.301	

1.119 Arbeitsschutz

Nr. Produkt 111006 - Arbeitsschutz	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1 Betriebsärztliche Betreuung						
1.2 Arbeitsgruppe Gesundheitsförderung / Suchtprävention						
Anzahl der durchgeführten Seminare zur Suchtprävention	2	2	2	0	-2	Keine eigenen Seminare durchgeführt. Einbindung in das Seminar Azubi Fit (Gesundheitsmanagement 1.110)

1.140 Rechnungsprüfungsamt

Nr. Produkt 111010 Prüfungen, Gutachten, Stellungnahmen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
2 Sonderprüfungen: Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit						
<i>In Abhängigkeit der Anzahl vorgelegter Jahresabschlüsse sowie besonderer Vorkommnisse (Prüfungsaufträge) werden Sonderprüfungen durchgeführt.</i>						
Sonderprüfungen	2	4	6	8	2	Erhöhungen der Anzahl der Sonderprüfungen von 6 auf 8 durch Aufträge des Bürgermeisters
3 Beratung, Gutachten, Projekte						
<i>Sukzessive Ausweitung von Beratungen sowie begleitenden Prüfungen durch frühzeitige Beteiligung oder Info des RPA</i>						
Beratungen, Gutachten u. Projektbeteiligungen (ca.)	7	7	7	10	3	Erhöhungen der Anzahl von Projektbeteiligungen im Laufe des Jahres (Projekt "Zentrales Forderungsmanagement" und "Überarbeitung der DA Finanzbuchhaltung").
4 Prüfung von Belegen, Zahlstellen und Verwendungsnachweisen						
4.2 Prüfung von Kassen, Zahlstellen, Geldannahmestellen sowie Handvorschüssen						
Prüfung des Bereichs Buchhaltung & Finanzen und der Zahlstellen	9	6	11	17	6	Die Anzahl der zu prüfenden Kassen wurde im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2017 fehlerhaft geplant. Zusätzlich waren Stiftungskassen zu prüfen.
Prüfung von Geldannahmestellen und Handvorschüssen	109	45	100	20	-80	Die Abweichung bei der Anzahl der geprüften Geldannahmestellen und Handvorschüssen resultiert insbesondere aus folgenden Gründen: - Prioritätensetzung i.R. „Prüfung der Fraktionsabrechnungen“ - Eine u.a. für die Unterstützung der Prüfungen der Geldannahmestellen und Handvorschüsse vorgesehene Planstelle (19,5 Std. WAZ) konnte erst im September 2017 besetzt werden. - Personalausfälle
13						

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Stellenplanung					
Anzahl Vollzeitäquivalente	14,30	13,90	13,90	13,90	0,00
darunter weiblich	3,30	2,90	2,90	4,90	2,00
Durch Stellenneubesetzungen ist es dem Bereich gelungen, die Anzahl der weiblichen Mitarbeiterinnen von 3 auf 5 zu erhöhen.					
Teilzeitbeschäftigte Personen	4,00	1,00	1,00	1,00	0,00
darunter weiblich	2,00	1,00	1,00	1,00	0,00

1.160 Frauenbüro

Nr.	Produkt 111011 Frauenemanzipatorische Gleichstellungsarbeit	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	Steuerungsunterstützende Beratung <i>Beratung bei der Erstellung von Beratungsvorlagen und bei der Umsetzung gefasster Beschlüsse</i>						
	Zahl der steuerungsunterstützenden Beratungen / Stellungnahmen	10	14	12	11	-1	nur 11 Stellungnahmen waren notwendig
2	Begleitung des Verwaltungshandelns <i>Unterstützung der Fachbereiche und Eigenbetriebe bei den Zielsetzung FFP</i>						
	Zahl der Beratungen zum Frauenförderplan	6	7	6	9	3	vermehrte Nachfrage der Bereiche
5	Initiieren und unterstützen von Kooperationen Übergreifende Zielvereinbarungen <i>zu 3+5 Intensivierte Kooperation zu a) Beteiligung von Frauen, b) Frauenerwerbsarbeit</i>						
	Veranstaltungen (Beteiligung von Frauen) 3, TN 170	134	247	170	206	36	wachsendes Interesse der Bürgerinnen
	Veranstaltungen (Frauenerwerbsarbeit) 3, TN 100	285	217	100	109	9	
Strukturdaten							
	Teilnahmen an Vorstellungsgesprächen	26	39	40	49	9	durch steigende Anzahl der Stellenbesetzungs- verfahren auch vermehrt notwendige Teilnahme an Vorstellungsgesprächen; darüber hinaus: 24 mal Nichtteilnahme wg. fehlender Personalkapazitäten
	Begleitung von Stellenbesetzungsverfahren	268	304	280	334	54	deutlich steigende Anzahl an Stellenbesetzungsverfahren
	Beratung von EinwohnerInnen (individuell)	122	101	130	91	-39	weniger Kapazitäten für Beratungen wg. des o.g. Mehrbedarfs
	Beratung von MitarbeiterInnen (individuell)	60	51	45	53	8	
	Veröffentlichungen	5	4	3	3	0	
	Veranstaltungen	10	13	8	15	7	verstärkte Nachfrage
	Mitarbeit in Netzwerken, Projekten, AG's (Federführung)	5	5	5	5	0	
	Mitarbeit in Netzwerken, Projekten, AG's (Mitarbeit)	4	4	4	6	2	verstärkte Nachfrage nach Beteiligung des Frauenbüros

1.201 Haushalt und Steuerung

Nr.	Produkt 111012 Haushalt und Steuerung	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
7	Haushaltskonsolidierung <i>Die Ausarbeitung des überjährigen Konsolidierungskonzepts 3x5 sowie die Koordinierung und Umsetzungssteuerung der beschlossenen Maßnahmen wird sichergestellt. Die Abrechnung aus Vorjahren wird fortgesetzt.</i>						
	Erarbeiten des städtischen Konsolidierungsprogramms 3 x 5 für die Jahre 2017 bis 2019 sowie Abrechnung der Maßnahmen ggü. dem RPA. Konsolidierungsvolumen in Mio. EUR			5	0	-5	Es war erforderlich, das gesamte Maßnahmenpaket aus 3 x 5 für 2017 als Kompensation in den Kondifonds Land einzubringen, insbesondere ausgelöst durch den Bürgerschaftsbeschluss, die Tourismusabgabe nicht einzuführen.
9	Erstellung der Jahresabschlüsse für Kernmandanten und Stiftungen <i>Zeitgerechte Erstellung von Jahresabschlüssen der Hansestadt Lübeck und der von ihr verwalteten Stiftungen</i>						
	Anzahl erstellter Jahresabschlüsse			10	9	-1	Mit Priorität wurde an den besonders aufwendig zu erstellenden Jahresabschlüssen für die Hansestadt Lübeck gearbeitet.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Strukturdaten						
Haushaltsplananmeldungen prüfen, eingeben	22.563	24.115	22.000	24.157	2.157	Die Anzahl der der Anmeldungen unterliegt Schwankungen durch Produktverschmelzungen/ Aufgabenverlagerungen etc. die seitens 1.201 nicht beeinflusst werden können.
Freigabeanträge investive Auszahlungen bearbeiten	121	125	120	144	24	
Haushaltsmittel sperren	232	318	350	360	10	
Resteanträge bearbeiten	436	383	500	353	-147	Die eingeleiteten Maßnahmen zur Reduzierung der Restbildung im Ergebnisplan führen zu einer geringen Anzahl an Resteanträgen.
Bewilligungen (üpl. / Apl./ Planumbuchungen) bearbeiten	428	472	400	550	150	Der restriktive Umgang mit nicht benötigten Haushaltsmitteln / Resten führt zu einem erhöhten Aufkommen an Bewirtschaftungsmaßnahmen vor dem Hintergrund notwendiger Mittelbereitstellung
Konten einrichten	20	55	30	50	20	
Fördervorgänge bearbeiten	55	55	12	68	56	An dem Trend ist die erfreuliche Entwicklung der Fördermaßnahmen erkennbar. Die Planzahl wurde versehentlich zu niedrig erfasst.
Bürgschaftsvorgänge bearbeiten	77	68	85	60	-25	Da gem. BÜ-Beschluss grds. keine neuen Bürgschaften vergeben werden dürfen, reduziert sich die Anzahl der vorhandenen stetig.
Finanzwirtschaftliche Stellungnahmen erarbeiten	160	157	150	168	18	Die Anzahl der Stellungnahmen steht in Abhängigkeit zu den Vorlagen, die in die Gremienberatung gehen und ist damit nicht beeinflussbar.

Nr. Produkt 111015 Steuern	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
7 Einführung Tourismusabgabe						
<i>Erstellen der Satzung und Einrichtung in MACH</i>						
Anzahl versandter Bescheide für die Tourismusabgabe	0	0	15.000	0	-15.000	Die entsprechende Satzung wurde nicht von der Bürgerschaft beschlossen
Strukturdaten						
Straßenreinigungsgebühren (Fallzahlen)	22.874	23.470	23.000	26.732	3.732	
Gewerbesteuer: Aktive Fälle	4.996	5.074	5.000	5.108	108	
Gewerbesteuer: Aktive Fälle, davon mit lfd. Vorauszahlung	2.932	3.717	2.900	2.850	-50	
Grundsteuer A - Fallzahlen	547	528	530	687	157	
Grundsteuer B - Fallzahlen	63.745	63.577	63.000	68.149	5.149	
Vergnügungssteuer auf Spielautomaten: Aufsteller	44	57	45	59	14	
Vergnügungssteuer auf Spielautomaten: Geldspielgeräte	881	1.011	870	897	27	
Vergnügungssteuer auf Spielautomaten: Unterhaltungsgeräte	25	19	30	22	-8	
Vergnügungssteuer auf Spielautomaten: Geräte insgesamt	906	1.030	900	919	19	
Hundesteuer - Fallzahlen	8.230	8.576	8.500	9.271	771	
Zweitwohnungsteuer - Fallzahlen	1.552	1.547	1.600	1.510	-90	

1.203 Beteiligungscontrolling

Nr. Produkt 111014 Beteiligungscontrolling	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1 Strategische Beteiligungssteuerung						
<i>1.2 Umsetzung des Beschlusses zu den Musterregelungen für städtische Beteiligungen</i>						
Umsetzungsstand in %	20 %	75%	95 %	80	-15	Die Musterregelungen für städtische Beteiligungen konnten in 2017 noch nicht im Stadtwerke-Konzern sowie im LHG-Konzern umgesetzt werden. Insbesondere im Stadtwerkekonzern mussten wegen anstehender Umstrukturierungsmaßnahmen die bereits größtenteils abgestimmten Musterregelungen für die Beschlussfassung in die erste Sitzung des Jahres 2018 verschoben werden.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Nr.	Produkt 573001 Grundstücksgesellschaft Metallhüttengesellschaft mbH	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1	Bezuschussung Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände						
	Strukturdaten						
	Verkäuflicher Restfläche in Tsd. Quadratmetern	349	332	331	280	-51	Die geplanten Grundstücksverkäufe haben sich in die Folgejahre verschoben.

1.210 Buchhaltung und Finanzen

Nr.	Produkt 111016 Buchhaltung und Finanzen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
5	Vollstreckung						
5.1	<i>Beitreibungsquote mindestens 37% des Beitreibungssolls des laufenden Jahres</i>						
	Beitreibungsquote (Beträge) in Prozent	38 %	46 %	38 %	57 %	19 %	Die Vollstreckungsbehörde arbeitet auftragsgesteuert. Die Planzahlen basieren auf Erfahrungswerten. Die Beitreibungsquote ist abhängig von der Zahlungsfähigkeit und Zahlungsmoral der Schuldner. Trotz Übermittlung eines geringeren Beitreibungssolls im Vergleich zu 2016 konnte die Beitreibungsquote erhöht werden.
	Strukturdaten						
	Anzahl der Buchungen (in Tausend), ab 2016 nur debitorische, kreditorische und Zahlungsverkehr	2.926	2.367	3.000	2.211	-789	Zum Zeitpunkt der Planung für das Haushaltsjahr 2017 lagen aufgrund der noch aufzuholenden Jahresabschlüsse keine repräsentativen Erfahrungswerte vor. Mit den zwischenzeitlich aufgehobten Jahresabschlüssen wird die Planung jährlich verfeinert.
	Anzahl der Barzahlungen (in Tausend)	17	14	16	8	-8	Die Anzahl der Barzahlungen ist nur im geringen Maße steuerbar. Der Rückgang der Barzahlungen ist im Wesentlichen auf gesunkene Flüchtlingzahlen und die vermehrt unbare Abwicklung von Asylbewerberleistungen zurückzuführen.
	Summe der übermittelten Forderungen (Hauptford. in Euro)	9.577.392	9.809.386	10.000.000	6.712.440	-3.287.560	Die Vollstreckungsbehörde arbeitet auftragsgesteuert, die Summe der übermittelten Forderungen ist nur begrenzt steuerbar. Die Planzahlen basieren auf Erfahrungs- und Durchschnittswerten, zu denen sich jedoch Schwankungen ergeben können. Im Jahr 2017 wurden aufgrund einer erforderlichen Neufestsetzung von Straßenreinigungsgebühren weniger städtische Forderungen an die Vollstreckungsbehörde übermittelt. Zudem gingen weniger Vollstreckungsaufträge insbesondere zur Beitreibung von Rundfunkbeiträgen im Rahmen der Amtshilfe ein als erwartet. Hintergrund ist der Abschluss der rückwirkenden Festsetzung der zum 01.01.2013 eingeführten Haushaltsabgabe durch den Beitragsservice.
	Anzahl der eingegangenen Ermittlungsaufträge	3.456	3.281	4.000	3.012	-988	Aufgrund des Wahljahres 2017 wurde eine erhöhte Anzahl an Ermittlungsaufträgen in Meldeangelegenheiten erwartet. Diese ist nicht eingetreten.
	Anzahl der eingegangenen Vollzugsaufträge	1.456	1.421	1.800	1.607	-193	
	Anzahl der Geschäftspartner (Kunden und Lieferanten) (in Tausend)	687	755	800	813	13	

1.300 Recht

Nr.	Produkt 111017 Rechtsangelegenheiten	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1	Rechtsberatung						
	<i>Es werden 1.950 Beratungen für die Fachbereiche durchgeführt</i>						
	Anzahl der durchgeführten/durchzuführenden Beratungen	3.062	3.359	1.950	2.243	293	Die Planzahlen beruhen auf Schätzungen des Bereiches Recht. Die tatsächliche Inanspruchnahme durch den jew. Kunden kann nicht beeinflusst werden.
2	Steuerungsunterstützung						
	<i>Es werden 1.250 Beratungen zur Steuerungsunterstützung durchgeführt</i>						
	Anzahl der durchgeführten/durchzuführenden Beratungen	1266	1255	1.250	999	-251	s.o.
3	Rechtsvertretung						
	<i>Es werden 355 gerichtliche und außergerichtliche Verfahren bearbeitet</i>						
	Anzahl der bearbeiteten Verfahren	332	288	355	306	-49	Die Planzahlen ermitteln sich sowohl auf Grundlage von Durchschnittswerten der Vorjahre als auch anhand von Schätzungen des Bereiches Recht. Die Anzahl der neuen und abgeschlossenen Prozesse und Vertretungen und deren Dauer kann vom Bereich Recht nicht gesteuert werden.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Fachbereich 2 – Wirtschaft und Soziales

Budgets 2017							
Budget	Budget	Zugeordnete Erträge und Aufwendungen der Produkte, Produktbereiche und Konten/Kostenarten		Plan 2017 EUR	Ergebnis 2017 EUR	mehr/weniger 2017 EUR	Bemerkungen
Bereich	Bezeichnung	Produkt	Bezeichnung				
1	2	3	4	5	6	7	8
Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales Eintragungen bitte in Spalte 6 und Spalte 8							
2.020	Fachbereichs-Controlling	111018	Leitung, Controlling, Dienste FB 2	-1.489.300	-1.362.485	126.815	Die Ergebnisverbesserung ist auf geringere Personalkosten als geplant (60 T€) und eine Planumbuchung zugunsten des Produktes 575001 für das Projekt Lübeck International zurückzuführen.
		312101	SGB II	-47.656.000	-44.324.836	3.331.164	Die Ergebnisverbesserung ist auf eine höhere Bundeserstattung an den KdU im Fluchtkontext zurückzuführen.
		312901	Verwaltung SGB II	-3.566.500	-3.064.371	502.129	Die Personalaufwendungen sind deutlich geringer als geplant ausgefallen (391 T€). Dies ist insbesondere auf häufige langfristige Stellenvakanzen zurückzuführen.
		315002	Integration in der Hansestadt Lübeck	-274.500	-244.513	29.987	Ergebnisverbesserung aufgrund geringerer Personalkosten infolge von Stellenvakanzen.
		315201	SeniorInneneinrichtungen	-2.374.300	-2.994.788	-620.488	Im Hhj. 2017 wurden die Jahresergebnisse für 2016 und 2015 ausgeglichen, da die Inanspruchnahme von gebildeten Rückstellungen nach GemHVO-Doppik nicht mehr zulässig war. Die fehlenden Haushaltsmittel wurden im November 2017 durch die Bürgerschaft überplanmäßig bewilligt.
		411001	Krankenhausinvestitionsbeitrag	-3.466.000	-3.172.715	293.285	Die Ergebnisverbesserung ist auf eine höhere Erstattung des Landes (158 T€) und einen geringeren kommunalen Anteil in Höhe von 11,8 T€ als geplant zurückzuführen.
		418001	Kurbetrieb Travemünde (KBT)	-543.100	-473.488	69.612	
		535001	Stadtwerke	-192.000	-158.634	33.366	Geringere Abschreibungen auf den geleisteten Investitionskostenzuschuss, da nach Endabrechnung der I-Maßnahme ein Anteil des Investitionszuschusses zurückgezahlt wurde.
		575001	Lübeck und Travemünde Marketing GmbH (LTM)	-1.854.600	-1.921.662	-67.062	Aufstockung des Budgets aus dem Produkt 111018 für das Projekt Lübeck International.
		575002	Hamburg Marketing GmbH	-10.000	-10.465	-465	
2.182	Personalrat FB 2	111019	Personalrat FB 2	-125.800	-76.768	49.032	Budgetverbesserung aufgrund geringerer Personalkosten durch langfristige Stellenvakanzen.
2.280	Wirtschaft, Hafen und Liegenschaften (einschl. Märkte)	111020	Grundstücksmanagement	-1.519.800	1.378.995	2.898.795	Höhere Einnahmen bei Mieten und Pachten sowie die Auflösung der Rückstellung für die Erbbauzinsrückzahlung haben zu einem höheren Ertrag geführt. Bei den sonstigen Geschäftsaufwendungen konnten Mittel eingespart werden.
		511001	Betreuung Gutachterausschuss	-262.200	-270.589	-8.389	
		522001	Kommunaldarlehen	276.100	552.246	276.146	Eine nachträgliche Zinserhöhung für die Jahre 2014-2017 hat einmalig zu einem erhöhten Ertrag geführt.
		548001	Bewirtschaftung Flughafen	-447.300	-478.774	-31.474	
		571001	Wirtschaftsförderung	-598.500	-579.967	18.533	
		573002	Wochen- und Jahrmärkte	-76.000	-127.948	-51.948	Höhere Personalkosten und Abschreibungen als geplant haben nochmals zu einer Ergebnisverschlechterung geführt.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Budgets 2017							
Budget	Budget	Zugeordnete Erträge und Aufwendungen der Produkte, Produktbereiche und Konten/Kostenarten		Plan 2017 EUR	Ergebnis 2017 EUR	mehr/ weniger 2017 EUR	Bemerkungen
Bereich	Bezeichnung	Produkt	Bezeichnung				
1	2	3	4	5	6	7	8
Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales Eintragungen bitte in Spalte 6 und Spalte 8							
2.500	Soziale Sicherung	311001	Grundversorgung u. Hilfen SGB XII	-29.758.100	-27.653.615	2.104.485	Ergebnisverbesserung durch a) geringeren Aufwand bei der stationären Hilfe zur Pflege aufgrund der Änderung des Pflegestärkungsgesetzes; b) Mehreinnahmen aufgrund des Pflegestärkungsgesetzes sowie höhere Erstattungen der Rentenversicherungsträger.
		313001	Hilfen für Asylbewerber	-3.510.000	-3.329.612	180.388	Ergebnisverbesserung durch Leistungserstattungen der gE Jobcenter Lübeck (Rechtskreiswechsel und Rückzahlung von gewährten Hilfen (Darlehen / Mietsicherheiten).
		315001	Soziale Einrichtungen und Angebote	-5.655.800	-6.375.680	-719.880	Die geringeren Erträge aus der Kostenerstattung des Landes für die Integrationspauschale infolge des Rückganges neuzugewiesener Flüchtlinge und des ausgesetzten Familiennachzuges (-1.249T€) als geplant werden durch geringere Personalkosten (330,6T€) nur teilkompensiert.
		321001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	-79.400	-93.677	-14.277	
		331001	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	-3.111.200	-2.981.527	129.673	Geringerer Aufwand bei den Investitionskostenpauschalen an private Pflegedienste sowie geringere Personalaufwendungen als geplant.
		343001	Betreuungsangelegenheiten	-713.200	-587.999	125.201	Geringere Personalaufwendungen aufgrund von langfristiger Stellenvakanz.
		345001	Leistungen für Bildung und Teilhabe	-231.000	-19.816	211.184	Geringere Personalaufwendungen aufgrund des abrechnungstechnischen Verfahrens (Anpassung des BAB hinsichtlich der Personalkostenverteilung erforderlich).
		351001	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	-4.577.400	-4.268.804	308.596	Wenigeraufwand bei den Leistungen nach dem Landespflegegesetz und weiteren Aufwandskonten als geplant.
		522002	Öffentlich geförderter Wohnungsbau	-341.300	-358.037	-16.737	
2.515	BALI/JAW	367003	Jugendberufshilfe	-600	-826	-226	
2.530	Gesundheitsamt	414001	Gesundheitsamt	-3.695.800	-3.586.439	109.361	Geringere Personalaufwendungen aufgrund von langfristigen Stellenvakanzen bei gleichzeitigen Schwierigkeiten hinsichtlich der Personalgewinnung von Fachpersonal.
Fachbereichsbudget				- 115.853.600	-106.586.793,65	9.266.806	
		Personalaufwendungen 50xxx/51xxx		- 23.955.200	- 21.992.633	1.962.567	Aufgrund von Stellenvakanzen durch Langzeiterkrankungen und langwierige bzw. erfolglose Stellenbesetzungsverfahren entstand ein geringerer Personalkostenaufwand als ursprünglich geplant.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

2.020 Fachbereichscontrolling

Nr.	Produkt 312101 SGB II	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
1.1	Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) am 31.12.	15.320	15.142	15.500	14.692	-808	Trotz steigender flüchtlingsbedingter Zugänge im Rechtskreis SGB II sinkt die Gesamtanzahl der Bedarfsgemeinschaften in Folge der sehr guten Arbeitsmarktlage. Die nachfolgenden Zahlen geben die Aufteilung auf die einzelnen Empfängergruppen wieder.
	Davon						
	BG mit Zahlungsanspruch auf lfd. KdU	14.379	14.284	-	13.922		
	Single-BG	8.615	8.571	-	8.349		
	Alleinerziehende BG	2.767	2.678	-	2.558		
	BG im Fluchtkontext		725	-	1.633		
1.2	von 1.1 BG mit zu berücksichtigendem Einkommen (aus Erwerbstätigkeit, Kindergeld, Unterhalt, andere Sozialleistungen, Vermögen)	9.155	8.883	9.200	8.839	-361	Trotz steigender flüchtlingsbedingter Zugänge im Rechtskreis SGB II sinkt die Gesamtanzahl der Bedarfsgemeinschaften in Folge der sehr guten Arbeitsmarktlage.
	Davon						
	BG mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit	5.423	5.292	-	5.247		
2.	Durchschn. Höhe der Lstg. für Unterkunft und Heizung pro BG am 31.12.	404	402	450	422	-28	Eine Nachberechnung der KdU (503 T€) im Fluchtkontext erfolgte erst im Januar 2018 und wurde somit im Hj. 2017 nicht mehr kassenwirksam.
3.	Durchschn. Höhe der <u>monatl.</u> Leistung für Unterkunft und Heizung	5.810.879	5.739.078	5.900.000	5.876.138	-23.862	

Nr.	Produkt 315002 Integration in der HL	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen, Ziele, Kennzahlen							
1	Koordination u. Durchführung der kommunalen Integrationsarbeit im Rahmen d. strategischen Integrationskonzeptes d. HL						
<i>Impulsgebende Beratungen zur Umsetzung des I-Konzeptes innerhalb der Verwaltung und Berichterstattung in den kommunalen Gremien zum Stand des I-Konzeptes und I-Monitoring</i>							
	Berichterstattung zum Stand I-Konzept und I-Monitoring ist erfolgt	100		100	80	-20	In Folge von krankheitsbedingten Personalausfällen wurden die Berichte zu den Konzepten in 2017 zu 80 % erarbeitet und werden in 2018 den kommunalpolitischen Gremien vorgelegt.
<i>Vertretung der kommunalen Integrationsarbeit in der Öffentlichkeit, Teilnahme an der Landes-AG (Umsetzung des Nat. Integrationsplanes auf kommunaler Ebene' des Städteverbandes S-H) 'AK Migration', u.v.m.</i>							
	Teilnahme an genannten Gremien ist sichergestellt	100		100	100	0	Die Landes AG "Umsetzung des nationalen Integrationsplanes" ist vom Land zu Gunsten einer anderen Arbeitsgruppe eingestellt worden. Der neue Landesarbeitskreis tagt seit 2017 unter dem Titel "Fach Austausch der Integrationsbeauftragten SH unter Mitwirkung des Städteverbandes". An den Sitzungen des AK hat die Stabsstelle Integration teilgenommen.
Koordination der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit, sowie der Freien Träger, Vereine, Verbände und sonstigen Institutionen							
3	Erstellung einer sog. "Integrationslandkarte", Steuerung des Netzwerkes der ehrenamtlichen und externen Flüchtlingsangebote (in 3 Teilschritten 2016-2018)						
	"Integrationslandkarte" ist erstellt, Netzwerk ehrenamtlicher und freier Träger usw. ist einberufen (in 3 Teilschritten 2016-2018)			100			Das Land hat die Erstellung einer landesweiten Integrationslandkarte aufgrund technischer Probleme verworfen. Stattdessen wurden die Prozessdarstellungen zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen auf kommunaler Ebene erstellt. Dieser Auftrag wurde zu 100% erfüllt.
Verwaltungsinterne Koordination der integrationsorientierten Flüchtlingsarbeit							
4	Einberufung und Durchführung von 4 Sitzungen des verwaltungsinternen Arbeitsgremiums zur Optimierung der Abläufe bezüglich der Flüchtlingsarbeit ("Kompetenzteam Flüchtlinge")						
	Anzahl der Sitzungen			4	11	7	Es wurden mehrere Arbeitsgruppensitzungen zur Erarbeitung verschiedener themenbezogener Prozesse zum Aufnahmemanagement von Neuzuwanderern durchgeführt.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

5 Geschäftsstellentätigkeit für den Vorstand des Forums für MigrantInnen					
<i>Durchführung von 4 Forums- und 12 Vorstandssitzungen ('Forum für MigrantInnen') und Unterstützung des Vorstands bei der Ausübung seiner Partizipationsrechte in den kommunalen Gremien lt. Bürgerschaftsbeschluss</i>					
Anzahl Vorstandssitzungen	12	12	4	-8	Da die Geschäftsstelle Forum für Migranten erst im Juli 2017 besetzt werden konnte, fanden in 2017 nur 4 Vorstandssitzungen statt.
Strukturdaten					
BürgerInnen mit Migrationshintergrund	40.758	49.928	45.000	57.267	12.267 Durch die Flüchtlingssituation ist die Anzahl der BürgerInnen mit Migrationshintergrund deutlich angestiegen.

2.280 Wirtschaft und Liegenschaften

Produkt 111020	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Nr. Grundstücksmanagement						
Leistungen, Ziele, Kennzahlen						
1 Interner Grundstücksan- und verkauf (incl. Erbbaurechte)						
<i>Verkaufserlöse mind. 500 T € (s. techn. Produkt 612003)</i>						
Summe der realisierten Einnahmen mindestens 500 T€			500	1.000	500	Grundstücksverkäufe für andere Bereiche der HL; der Umfang ist im Vorwege nicht planbar.
2 Externer Grundstücksan- und verkauf (incl. Erbbaurechte)						
<i>Verkaufserlöse aus Verkauf Erbbaugrundstücke mind. 500 T € (s. techn. Produkt 612003)</i>						
Summe der realisierten Einnahmen mindestens 500 T€			500	23.300	22.800	Es wurden durch die Verkaufsaktion vermehrt Erbbaurechte verkauft.
5 Vermietung, Verpachtung und Betreuung von Flächen						
<i>Überprüfung von 10% der bestehenden Rechtsverhältnisse auf Erhöhungsmöglichkeit</i>						
Anzahl der überprüften Verträge		170	111	30	-81	Aufgrund von Personalvakanz konnten die Sollzahl der zu überprüfenden Verträge nicht eingehalten werden.
Strukturdaten						
Eigentumsfläche der Hansestadt in ha insg.	9.816	9.781	9.250	9.723	473	Die Differenz ergibt sich aus der hohen Zahl an Grundstücksverkäufen.
Anzahl der Erbbaurechtsverträge	8.830	8.751	8.700	8.515	-185	Es wurden durch die Verkaufsaktion vermehrt Erbbaurechte verkauft.
Stellenplanung						
Anzahl Vollzeitäquivalente	40,18	36,50	33,37	32,89	-0,48	Stelleneinsparung
darunter weiblich	36,00	27,70	24,36	25,29	0,93	
Teilzeitbeschäftigte Personen	8,00	12,00	12,00	15,00	3,00	Rückkehrerinnen in Teilzeit
darunter weiblich	8,00	11,00	11,00	14,00	3,00	Rückkehrerinnen in Teilzeit

Produkt 548001 Bewirtschaftung Flughafen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Nr. Flughafen						
Strukturdaten						
verpachtete Grundstücksfläche in ha	218	218	213	217	4,00	Der Planansatz war nicht korrekt.
Restbuchwerte vermietetes Anlagevermögen in Mio. € (vorl.)	14	11	12	10	-2	Der Planansatz war nicht korrekt.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

2.500 Soziale Sicherung

Nr.	Produkt 311001 Grundversorgung u. Hilfen SGB XII	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
	Durchschnittl. Anzahl Leistungsempf. der HLU außerhalb von Einrichtungen. (Anzahl am 31.12. des Jahres)	848	848	820	931	111	Mehr vorübergehend nichterwerbsfähige Personen haben entgegen der Planung Anträge gestellt.
	Durchschnittl. Fallzahl HLU außerhalb von Einrichtungen. (Anzahl am 31.12. des Jahres)			745	766	21	Mehr vorübergehend nichterwerbsfähige Personen haben entgegen der Planung Anträge gestellt.
	Bruttoaufwand HLU außerhalb von Einrichtungen in Mio. €	4,661	4,477	4,924	4,701	-0,223	Wenigeraufwand, da viele Leistungsempfänger Einkommen aus Rentenzahlungen hatten und insofern nur geringfügig aufstockende Leistungen erhielten.
	Durchschnittl. Fallzahlen stationär (Dauerpflege). (Anzahl am 31.12. des Jahres)	1.441	1.387	1.450	1.262	-188	Fallzahlrückgang von 13 % aufgrund des neuen Pflegestärkungsgesetzes. Durch die Umstellung auf Pflegegrade und die Einführung des einrichtungseinheitlichen Eigenanteils sind viele Heimbewohner zu Selbstzahlern geworden.
	Durchschnittl. Fallzahlen stationär (Tagespflege und Kurzzeitpflege). (Anzahl am 31.12. des Jahres)			120	70	-50	Fallzahlrückgang von 41% aufgrund des neuen Pflegestärkungsgesetzes. Durch die Umstellung auf Pflegegrade und die Einführung des einrichtungseinheitlichen Eigenanteils sind viele Heimbewohner zu Selbstzahlern geworden.
	Bruttoaufwand Hilfe zur Pflege, stationär in Mio. €	11,918	12,255	12,640	8,988	-3,652	Wenigeraufwand aufgrund des neuen Pflegestärkungsgesetzes (u.a. durch die Umstellung auf Pflegegrade und die Einführung des einrichtungseinheitlichen Eigenanteils sind viele Heimbewohner zu Selbstzahlern geworden) und niedrigere Abschlüsse im Vergütungsverfahren.
	Durchschnittl. Anzahl Leistungsempf. der ambulanten Pflegeschleistungen. (Anzahl am 31.12. des Jahres)	714	877	980	715	-265	Weniger Leistungsempfänger als prognostiziert, aufgrund des neuen Pflegestärkungsgesetzes.
	Bruttoaufwand Hilfe zur Pflege, ambulant in Mio. €	9,694	7,232	7,660	7,510	-0,150	Weniger Aufwand, aufgrund des neuen Pflegestärkungsgesetzes.
	Durchschnittl. Anzahl Leistungsempfänger Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen. (Anzahl am 31.12. des Jahres)	4.719	4.781	5.300	5.022	-278	Die Entwicklung der Zugänge in der Grundsicherung ist etwas geringer als erwartet ausgefallen.
	Durchschnittl. Fallzahl Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung . (Anzahl am 31.12. des Jahres)			4.818	4.514	-304	Die Fallzahl in der Grundsicherung ist geringer ausgefallen, als prognostiziert.
	Summe der Kundenkontakte Servicebüro, Erwachsenenhilfe Behindertenhilfe, Unterkunftssicherung	23.670	36.533	27.400	30.759	3.359	Planzahl war zu niedrig angesetzt.

Nr.	Produkt 313001 Hilfen für Asylbewerber	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
	Durchschnittl. Anzahl Leistungsempfänger AsylBLG, (Anzahl am 31.12. des Jahres)	3.070	2.488	2.600	1.363	-1.237	Die Entwicklung der Zu- und Abgänge der Asylbewerber ist nur schwer bzw. kaum kalkulierbar, z.B aufgrund des Wechsels in den Rechtskreis des SGB II nach Anerkennung des Asylantrages und weniger Neuzuweisungen und Aussetzung des Familiennachzuges.
	Durchschnittl. Fallzahl AsylBLG, (Anzahl am 31.12. des J.)			1.444	718	-726	Die Fallzahl bei den Asylbewerbern ist geringer ausgefallen, als prognostiziert. (s.o.)
	Bruttoausgaben gesamt (Mio. €)	8,162	27,172	21,200	18,803	-2,397	Der Aufwand ist geringer ausgefallen, da die Anzahl der Leistungsempfänger/die Fallzahl geringer war, als prognostiziert.
	Bruttoausgaben je Einwohner €		123	106	85	-21	s.o.
	Prozentualer Anteil der Landeserstattung	70 %	70 %	87 %	83 %	-4 %	Geringere Erstattungsquote des Landes (754 T€ weniger), aufgrund der neuen Erstattungs-systematik. Verlagerung von 90 % für Asylbewerber im laufenden Anerkennungsverfahren auf die 70% Erstattungsquote für Flüchtlinge ohne anerkannten Asylstatus.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Nr.	Produkt 315001 Soziale Einrichtungen und Angebote	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
	Beratungskontakte Schuldnerberatung	1.550	1.597	1.500	1.675	175	Aufgrund der zugenommenen Komplexität der Fälle waren häufigere Kontakte notwendig.
	Bruttoausgaben gesamt für das Vorhalten v. Unterkünften f. Spätaussiedler/Ausländer mit besonderem Aufenthaltsstatus in Mio. €	5,393	7,647	10,785	10,164	-0,621	Rückläufige Zuweisungszahlen bei den Flüchtlingen. Insofern, Rückgabe von bislang angemietetem (nicht benötigtem) Wohnraum.

Nr.	Produkt 331001 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
	Anzahl der Verträge	29	28	26	27	1	
	Anzahl der ambulanten Pflegedienste	30	41	38	41	3	Es wurden in 2017 drei neue Pflegedienste eröffnet.

Nr.	Produkt 345001 Leistungen für Bildung und Teilhabe	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
	Zahl der Kinder im Leistungsbezug	2.300	2.599	2.500	2.259	-241	Wechsel von Leistungsberechtigten, auch Asylsuchende/Asylbewerber, in die Zuständigkeit des JobCenters.

Nr.	Produkt 351001 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
	Zahl der BAföG-Neu- und Wiederholungsanträge pro Jahr	1.397	1.263	1.400	1.179	-221	Rückgang bei den Antragseingängen (Schüler-BAföG). Darüberhinaus wurde die Erfassungsgrundlage geändert. Bis zur Umstellung in 2017 wurden alle Antragseingänge (Erst- und Wiederholungsanträge) von Schülern und Studenten statistisch erfasst. Da für die Antragsbearbeitung auf Studenten-BAföG das Lübecker Amt für Ausbildungsförderung (Team BAföG) aber nicht zuständig ist, wurden/werden diese Anträge lediglich an das Studentenwerk weitergeleitet.
	Zahl der Wohngeld-Neu- und Wiederholungsanträge pro Jahr	4.191	5.678	7.500	4.684	-2.816	Die durch den Bund (oberste Fachaufsicht) prognostizierte Steigerung der Antragszahlen aufgrund der Wohngeldnovelle in 2016 ist nicht eingetreten.

Nr.	Produkt 522002 Öffentlich geförderter Wohnungsbau	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
	Anzahl Sozialwohnungen	7.998	8.028	8.200	7.895	-305	Es wurden nicht so viele geförderte Wohnungen fertig gestellt wie zunächst geplant.
	Anträge auf Erteilung eines Wohnberechtigungsscheins	2.364	2.393	2.400	2.352	-48	Leistungsbescheide nach SGB II und XII gelten unter bestimmten Voraussetzungen als Wohnberechtigungsschein (WBS), sodass kein WBS erteilt werden muss.
	Anträge auf Wohnungsvermittlung	1.615	1.589	1.600	1.674	74	
	Anzahl der Wohnungsvermittlungen	199	225	200	169	-31	Die Zahl der frei gemeldeten Wohnungen ist stark zurückgegangen.
	Kundenkontakte im Servicebüro	3.802	4.045	3.500	3.975	475	Vermeint sprechen Menschen vor, die auf dem freien Markt keine Wohnung finden und nach dem Angebot nachfragen. Darüberhinaus kommen Wohnungssuchende, die bereits in der Vermittlung sind, mehrfach und fragen nach Wohnungsangeboten. Kein kausaler Zusammenhang zu Strukturdaten "Anträge", da es sich hier häufig nur um Beratungsfälle handelt.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

2.530 Gesundheitsamt

Nr.	Produkt 414001 Gesundheitsamt	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen, Ziele, Kennzahlen							
1	1 Sozialpsychiatrische Hilfen (sozialpsychiat. Dienst inkl. Alkoholberatungsstelle u. Casemanagement / Hilfeplanung)						
<i>Casemanagement inhaltliche Evaluierung der durchgeführten Hilfeplanungen im Vorjahr (ca. 200 Fälle).</i>							
	Evaluierung zu Hilfeplanungen ist durchgeführt	0%	100%	100 %	0 %	-100 %	Die Evaluierung konnte aus Zeitgründen nicht erfolgen, die Hilfeplanung war massiv unterbesetzt.
2	2 Kinder- und jugendärztliche Aufgaben						
<i>80 % der Frühförder-Gutachten sind 4 Wochen nach Auftragseingang durchgeführt.</i>							
	Anteil von Frühförderuntersuchung innerh. von 4 Wochen	80 %	62 %	80 %	60 %	-20 %	Die Zahl der Frühförderungen ist - wie in den letzten Jahren - nochmals weiter angestiegen. Außerdem gab es - bedingt durch längerfristige Nichtbesetzungen von Personalstellen durch Stellenwechsel erhebliche zusätzliche Probleme, sodass statt der geplanten 80% Untersuchungen in 4 Wochen nur 60% untersucht werden konnten.
6	6 Aufgaben nach Bestattungsgesetz (ordnungsrechtl. Bestattungen, Leichenschau, Todesbescheinigungen)						
<i>Rückforderungen von Kostenpflichtigen aus ordnungsrechtl. in Ersatzvornahme durchgeführten Bestattungen werden in mindestens 60 % der Fälle als Einnahmen realisiert.</i>							
	Zahl der tatsächl. ordnungsrechtl. vergebenen Bestattungsauftr.	235	132	170	114	-56	Dank einer Kostenersparnis aufgrund eines neuen Rahmenvertrages bei ordnungsrechtlichen Bestattungen und obwohl bedingt durch die schlechte Personalsituation kaum Gebührenbescheide geschrieben werden konnten, wurden trotzdem fast die geplanten Einnahmen erreicht. Die niedrige Zahl der Bestattungsaufträge ergibt sich daraus, dass für das Jahr 2017 mehrere Fälle noch nicht abgerechnet wurden, wobei bei den Aufwendungen allerdings die Kosten vom Vorjahr inbegriffen sind.
	Aufwend. der ordnungsrechtl. Bestattungen gesamt (in EUR)	239.343	265.556	310.000	249.609	-60.391	siehe "Zahl der ... Bestattungsaufträge"
	Einzahl. aus Rückford. bei ordnungsrechtl. Bestatt. (in EUR)	71.040	119.846	108.000	154.409	46.409	siehe "Zahl der ... Bestattungsaufträge"
7	7 Gutachten						
<i>7.2 60 % der Untersuchungen u. Hausbesuche im amtsärztl. Dienst sind innerhalb von 4 Wochen nach Auftragseingang durchgeführt</i>							
	Anteil der Untersuchungen/Hausbesuche innerhalb von 4 Wo.	46 %	50 %	60 %	46 %	-14 %	Statt 60% wurden nur 46% erreicht, da 2 Arztstellen längerfristig nicht besetzt waren.
Strukturdaten							
	Frühfördergutachten	660	772	650	807	157	Nach bisher jährlichen Anstiegen ist die Zahl der Frühfördergutachten nochmals auf jetzt 807 angestiegen, was den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst auch angesichts der aufwändigen Frühfördergutachten bei erheblichen Personalproblemen zusätzlich belastet.
	Zahl der meldepflichtigen Infektionserkrankungen (Prognose nicht möglich)		1.814		1678	1678	Die im Vergleich zum Vorjahr etwas niedrigere Zahl der meldepflichtigen Infektionserkrankungen (1.678) lag vor allem an einer Halbierung der nachgewiesenen Norovirus Erkrankungen. Im Winter 2017/2018 zeichnet sich jetzt aber ein erheblicher Anstieg ab, insbesondere bedingt durch massiv ansteigende Zahlen von Influenza B Erkrankungen, aber auch durch erneute Anstiege bei den Norovirus Erkrankungen.
	Ausgegebene Bescheinigungen nach Lebensmittelbelehrungen	4.389	4.978	4.800	4.852	52	Die Anzahl der Belehrungen stabilisiert sich auf hohem Niveau, es wurden im Vergleich zum Vorjahr höhere Einnahmen erzielt.
	amtsärztliche Leichenschauen	2.328	2.374	2.200	2.474	274	Die Zahl der Leichenschauen stieg nochmals auf jetzt 2.474.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Gesamtheit aller Gutachten des Gesundheitsamtes	5.050	4.901	4.800	4.921	121	Die Zahl der Gutachten insgesamt ist zwar nur geringfügig um 0,4% auf jetzt 4.921 angestiegen, in allen Gutachtenbereichen besteht aber eine dahingehende Tendenz, dass gerade im Bereich der aufwändigeren Gutachten höhere Zahlen zu beobachten sind, bei gleichzeitig bestehenden massiven Personalproblemen.
Gutachtenaufträge f. Sozialpsychiatrischen Dienst (Neuaufträge)	776	628	700	865	165	Massiver Anstieg von 37,7% der Gutachten-Neuaufträge auf nunmehr 865. Aufgrund von Krankheit und vermehrten Kriseninterventionen konnten hiervon aber nur 759 abgeschlossen werden.
Gutachtenaufträge für Asylbewerber		415	500	180	-320	Wie auch schon im Vorjahr erheblicher Rückgang der Gutachtenaufträge in diesem Bereich von 415 im Vorjahr auf nunmehr 180, lediglich der Sozialpsychiatrische Dienst hatte kaum eine Reduzierung (von 127 auf 115).
Stellenplanung						
Anzahl Vollzeitäquivalente	46,91	51,79	53,06	51,48	-1,58	In allen Bereichen des Gesundheitsamtes kommt es zu massiven Problemen aufgrund von viel zu langen Stellenwiederbesetzungsverfahren (2017: 6 Stellenbesetzungen insgesamt). Besonders sensibel sind alle Stellen, die extern wiederbesetzt werden müssen (2017: 5 Stellen, davon 3 Arztstellen) . Fatalerweise sind genau diese Stellen wegen massiven Konkurrenzdrucks schwer zu besetzen, sodass, bedingt durch die langen Wartezeiten, viele Bewerber abspringen und bei Konkurrenten zusagen. Außerdem zahlt die Hansestadt Lübeck im ärztlichen Bereich nicht automatisch Zulagen, wie dieses in den meisten Kreisen Schleswig-Holsteins mittlerweile praktiziert wird (auch im Rest der Bundesrepublik Deutschland).

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Fachbereich 3 – Umwelt, Sicherheit und Ordnung

Budgets 2017 - vorläufiges Ergebnis							
Budget	Budget	Zugeordnete Erträge und Aufwendungen der Produkte, Produktbereiche und Konten/Kostenarten		Plan 2017 EUR	erwartetes Ergebnis 2017 EUR	mehr/weniger 2017 EUR	Bemerkungen
Bereich	Bezeichnung	Produkt	Bezeichnung	5	6	7	8
1	2	3	4	5	6	7	8
Fachbereich 3 Bürgermeister							
Eintragungen bitte in Spalte 6 und Spalte 8							
3.030	Fachbereichs-Controlling	111021	Leitung, Controlling, Dienste FB 3	-626.700	-558.332	68.368	Minderaufwendungen bei Personal- und Sachkosten
		537001	EBL (Abfallwirtschaft)	-300	0	300	
		538001	EBL (Abwasserbeseitigung)	-390.100	-307.505	82.595	Die Unterdeckung bei den öffentlichen Bedürfnisanstalten ist niedriger ausgefallen, als im Wirtschaftsplan der EBL veranschlagt.
		545001	EBL (Straßenreinigung bei SRL)	-2.512.200	-2.417.000	95.200	
3.180	Personalrat FB 3	111022	Personalrat FB 3	-148.400	-128.939	19.461	Minderaufwendungen bei Personal- und Sachkosten
3.322	Melde- und Gewerbeangelegenheiten	122003	Melde- und Gewerbeangelegenheiten	-3.719.700	-3.454.554	265.146	weniger Abschiebevorgänge (Saldo: 32,5 T€), Fallzahlsteigerungen bei Ausweisdokumenten und EMA-Anfragen (Saldo: 38 T€), weitere Sachmitteleinsparungen (11,2 T€) und Personalkosteneinsparungen (183,5 T€)
3.327	Verkehrsangelegenheiten (ohne verkehrslenkende Maßnahmen)	122005	Verkehrsangelegenheiten	1.116.000	1.295.729	179.729	405 T€ Mindereinnahmen bei den Bußgeldern, 282 T€ Mehreinnahmen bei den Verwaltungsgebühren, 151,2 T€ Sachmitteleinsparungen und 150 T€ Personalkosteneinsparungen
3.340	Standesamt	122006	Standesamt	-671.900	-557.791	114.109	Personalfuktuation und Stellenvakanzen
3.370	Feuerwehr	126001	Gefahrenabwehr	-16.818.900	-15.694.337	1.124.563	Die Budgetverbesserung resultiert hauptsächlich aus Mehrerträgen von ca. 190 T€ (Höhere Zuweisungen vom Land) und gesunkenen Personalaufwendungen ca. 936T€. Die Personalaufwendungen für den Rettungsdienst sind in ungefähr gleicher Höhe gestiegen.
		127001	Rettungsdienst	2.659.000	-2.408.437	-5.067.437	Die Budgetverschlechterung ergibt sich hauptsächlich aus geringeren Erträgen in Höhe von ca. 4,2 Mio. €, die auf nicht auskömmliche Entgelte zurückzuführen sind. Die Entgelte wurden zum 01.03.2018 deutlich erhöht. Ein Ausgleich wird in den Folgejahren herbeigeführt. Eine weitere Budgetverschlechterung resultiert aus gestiegenen Personalaufwendungen.
		128001	Katastrophenschutz	-512.400	-365.815	146.585	Die Budgetverbesserung resultiert aus einer Ertragsverbesserung von ca. 90 T€ (Höhere Verkaufserlöse und höhere Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen.) und geringeren Ausgaben bei diversen Aufwandskonten.
		521001	Baulicher Brandschutz	-384.600	-420.732	-36.132	
3.390	Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	122004	Verbraucherschutz und Tiergesundheit	-2.738.200	-2.910.112	-171.912	Ausbuchung von Forderungen aus Vorjahren
		554001	Naturschutz und Landschaftspflege	-1.147.900	-954.765	193.135	Minderaufwendungen bei Personal- und Sachkosten
		561001	Umweltschutzmaßnahmen	-427.800	-440.212	-12.412	
3.820	Stadtwald	555001	Land- und Forstwirtschaft	-546.200	-899.641	-353.441	Bei Einsparung von 33.500 € durch eine unbesetzte Stelle und einem erhöhten Aufwand für Aufarbeitung von Windwürfen und daraus entstandenen Verkehrssicherungsmaßnahmen konnte der reguläre Holzeinschlag nur zum Teil bewältigt werden. Daher sind bei den Verkaufserträgen erhebliche Mindereinnahmen zu verzeichnen gewesen, zusätzlich hatte auch der Holzhof witterungsbedingt eine schlechte Ertragslage. Mindereinnahmen: 452 T€; Minderausgaben: 98 T€.
Zuschussbudgets des Fachbereichs				- 26.870.300	- 30.222.445	-3.352.145	
Personalaufwendungen 50xxx/51xxx				-36.118.800	-35.277.790	841.010	Personalfuktuation, Stellenvakanzen und Verzögerungen bei der Wiederbesetzung von freigewordenen Stellen

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

3.322 Melde- und Gewerbeangelegenheiten

Nr.	Produkt 122003 Melde- und Gewerbeangelegenheiten	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	An-, Ab- und Ummeldungen und Auskünfte <i>Bearbeitung einer in einem Stadtteilbüro persönlich gestellten Melderegisterauskunft einfacher Art einschließlich der Gebührenvereinnahmung innerhalb v. 5 Min.</i>						
	Zahl d. festg. Überschr. von 5 Minuten (Stichpr. 4x im Jahr) - Meldewesen	0	0	0	15%	15%	Personalfuktuation, Verzögerungen bei der externen Besetzung vakanter Planstellen und die notwendige Einarbeitungszeit für neue Sachbearbeiter/innen
5	Einbürgerungen <i>Reduzierung der durchschnittlichen Bearbeitungszeit auf 2 Monate.</i>						
	Zahl d. festg. Überschr. v. 2 Monaten (Stichpr. 4x im Jahr)	0	20	0	34%	34%	Mangelnde Mitwirkung der Antragsteller, fehlende Erlasslage der Fachaufsicht, Verzögerte Antworten vom Verfassungsschutz
6	Aufenthaltsregelungen von AusländerInnen <i>Vergabe von Terminen zur Vorsprache beim zuständigen Sachbearbeiter innerhalb von 3 Wochen</i>						
	Zahl d. festg. Überschr. v. 3 Wochen (Stichpr. 3x im Jahr)	20	48	0	50%	50%	Zu hohe Nachfrage, Mangel an freien Terminen
9	Überprüfung der Einrichtungen nach dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz (Heimaufsicht) <i>Jährliche Überprüfung aller Einrichtungen in Lübeck nach den Vorgaben des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes</i>						
	Anzahl der Überprüfungen aller Einrichtungen / Jahr	1	1	1	74%	26%	Insgesamt wären 53 Regelprüfungen in Einrichtungen durchzuführen. Aufgrund v. Personal-mangel (Langzeiterkrankung) konnten davon nur 39 Regelprüfungen erfolgen.
Strukturdaten							
	Meldevorgänge	54.751	58.575	55.000	59.431	4.431	
	Personalausweise	17.682	17.866	19.000	19.999	999	
	vorläufige Personalausweise	2.594	2.837	2.500	2.621	121	
	Reisepässe	6.954	7.339	7.000	8.330	1.330	
	vorläufige Reisepässe	150	130	200	185	-15	
	Kinderreisepässe	1.988	2.470	2.000	2.401	401	
	Lübeckcard	2.225	1.934	3.300	1.464	-1.836	
	Fundfahrräder	410	420	500	380	-120	
	Einbürgerungen	359	338	350	234	-116	
	Aufenthaltstitel	3.299	4.401	4.000	4.862	862	
	Aufenthaltskarten	18	23	15	31	16	
	Fiktionsbescheinigungen	954	1.202	1.000	1.250	250	
	Verpflichtungserklärungen	1.209	901	1.150	989	-161	
	Gewerbean-, um- und abmeldungen	3.905	4.607	4.000	3.945	-55	
	Gewerbeauskünfte	2.869	3.120	3.000	2.718	-282	
	Gewerbeuntersagungsverfahren	40	63	50	78	28	
	Marktfestsetzungen	76	86	100	83	-17	
	Gaststättenkonzessionen	139	117	150	128	-22	
	Jagd- und waffenrechtliche Erlaubnisse	647	723	700	929	229	
	Überprüfung nach dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz	198	185	200	170	-30	

3.327 Verkehrsangelegenheiten

Nr.	Produkt 122005 Verkehrsangelegenheiten	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
	Verwarnungen/Bußgeldbescheide im ruhenden Verkehr (Halten, Parken), Kommune	107.047	114.336	130.000	108.550	-21.450	Geringere Fallzahlen durch Stellenvakanzen und Langzeiterkrankungen
	Verwarnungen / Bußgeldbescheide im fließenden Verkehr, Kommune	99.662	107.348	130.000	105.249	-24.751	Die teilstationären Geschwindigkeits-messanlagen konnten entgegen der ursprünglichen Planung nur für 6 Monate eingesetzt werden. Zusätzlich konnten einzelne Fahrspuren der B75 aufgrund technischer Probleme über mehrere Monate nicht überwacht werden.
	Bearbeitete Vorgänge des Ordnungsdienstes	4.247	4.682	6.000	3.406	-2.594	Geringere Fallzahlen durch Stellenvakanzen

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

3.340 Standesamt

Nr.	Produkt 122006 Standesamt	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
2	besondere Beurkundungen und behördliche Namensänderungen						
	<i>Elektronische Nacherfassung von mind. 2.500 Alteinträgen</i>	5.133	4.517	2.500	4.789	2.289	Das Plus resultiert aus der anlassbezogenen Erfassung durch alle Mitarbeiter bei Berichtigung, Folgebeurkundung etc..
	Strukturdaten						
	Eheschließungen und Begründungen von LP	1.110	1.155	1.100	1.228	128	Einführung Ehe für alle

3.370 Feuerwehr

Nr.	Produkt 126001 Gefahrenabwehr	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
2	Bekämpfung von Bränden und technische Hilfeleistung						
2.1	<i>Die Einsatzstelle wird entsprechend der Schutzzieldefinition der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) mit 10 Feuerwehrleuten in 10 Minuten nach Eingang des Notrufs erreicht.</i>						
	Anteil der Einsätze mit Zielerfüllung (10 Feuerwehrleute in 10 Min. nach Eingang d. Notrufs)	86 %	85 %	80 %			Eine neu zum Einsatz gekommene Software liefert derzeit noch keine belastbaren Datenauswertungen.
2.2	<i>Die Einsatzstelle wird entsprechend der Schutzzieldefinition der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) mit weiteren 6 Feuerwehrleuten in 15 Minuten nach Eingang des Notrufs erreicht.</i>						
	Anteil der Einsätze mit Zielerfüllung (weitere 6 Feuerwehrleute in 15 Min. nach Eingang des Notrufs)	66 %	63 %	80 %		s.o.	
	Strukturdaten						
	Einsätze zur Brandbekämpfung	974	984	900		s.o.	
	Einsätze zur technischen Hilfeleistung	1.871	1.905	1.300		s.o.	
	Sicherheitswachen in Stunden	2.126	2.026	2.000	1.801	-199	Reduzierung der Vorstellungen beim Theater Lübeck
	Aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren	807	815	750	823	73	

Nr.	Produkt 127001 Rettungsdienst	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1	Notfallrettung (inkl. Notarztdienst) und Krankentransport						
	<i>Rettungswagen und / oder Notarzteinsetzfahrzeug treffen innerhalb von 10 Minuten nach Notrufeingang am Einsatzort ein.</i>						
	Summe der Einsätze mit Zielerfüllung an Summe der Einsätze gesamt.	91 %	88 %	95 %			Eine neu zum Einsatz gekommene Software liefert derzeit noch keine belastbaren Datenauswertungen.
	Strukturdaten						
	Rettungswageneinsätze (Notfallrettung)	23.611	24.103	23.000	ca. 24.000	1.000	
	Notarzteinsetze (des Lübecker NEF)	4.955	4.741	5.000	ca. 5.000	0	s.o.
	Krankentransporte	32.472	33.001	32.000	ca. 33.000	1.000	

Nr.	Produkt 521001 Baulicher Brandschutz	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1	Brandschutztechnische Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren						
	<i>1+2 Brandschutztechnische Stellungnahmen werden innerhalb von 14 Tagen nach Abforderung bei der Feuerwehr abgegeben.</i>						
	Anteil fristgerechter Stellungnahmen an der Gesamtzahl der Stellungnahmen	73 %	79 %	95 %	25 %	-70 %	Aufgrund langfristiger personeller Ausfälle konnte die Bearbeitungszeit von 14 Tagen oftmals nicht eingehalten werden. Darüber hinaus verlängerten immer wieder auftretende IT-Probleme die Bearbeitungszeit.
4	Brandverhütungsschauen in Gewerbebetrieben, Verkaufsstätten, Krankenhäusern, Schulen, usw.						
	<i>Brandverhütungsschauen werden fristgerecht gem. Brandverhütungsschauverordnung durchgeführt.</i>						
	Anteil fristgerecht durchgeführter Brandverhütungsschauen an der Gesamtzahl der Brandverhütungsschauen	88 %	63 %	90 %	34 %	-56 %	s.o. Die benötigten Objektdaten standen in der Feuerwehr zeitweise nicht zur Verfügung.
	Strukturdaten						
	Durchgeführte Brandverhütungsschauen	159	114	180	61	-119	Weniger Brandverhütungsschauen aufgrund langfristiger personeller Ausfälle

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz

Nr.	Produkt 554001 Naturschutz und Landschaftspflege	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
	überarbeitungsbedürftige Flächen (Lauerholz 1.086 ha, Wakenitz und Falkenhusen 439 ha)	1.526	1.526	1.526	1.524	-2	Die genannten Gebiete konnten bisher nicht bearbeitet werden, weil durch aktuelle Anforderungen aus der Bauleitplanung in den letzten Jahren jeweils Teilentlassungen (Wasserkunst, Citti, Kepler-Quartier) aus bestehenden Schutzgebieten in aufwändigen Verfahren durchgeführt werden mussten und dadurch keine Kapazitäten für die Überarbeitung der genannten Gebiete verblieben. Sie sind dadurch bisher als „Überarbeitungsbedürftige Flächen“ unverändert geblieben. Einzig eine Reduzierung um 2 ha ist aufgrund der Teilentlassung "Wasserkunst" erfolgt.
	Gesamtfläche LSG (ha)	6.215	6.215	6.213	6.211	-2	Teilentlassung "Citti"

Nr.	Produkt 561001 Umweltschutzmaßnahmen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
	Ruhige Achsen		30	30	27	-3	Ruhige Achsen werden durch Ortsbegehungen und Messungen überprüft. 3 Gebiete sind herausgefallen, da die Überprüfungen ergeben haben, dass sie den Entscheidungskriterien „Zugänglichkeit“ und/oder „Ruhe“ nicht genügten.

3.820 Stadtwald

Nr.	Produkt 555001 Land- und Forstwirtschaft	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	1 Bewirtschaftung des Waldes (Holzwerbung, Wildmanagement, Waldpflege, sonstige Waldnutzung)						
1.2	Der Kernbereich der Waldwirtschaft muss einen Überschuss erzielen.						
	Überschuss in Euro pro ha Holzboden	32	60	55	35	-20	Bedingt durch schwierige Aufarbeitung kleinflächigen Windwurfes (teilweise auch zur Verkehrssicherung).
3	Dienstleistungen (Aufträge Dritter, Holzhof)						
	<i>Jeder einzelne Auftrag sollte gewinnbringend, mindestens jedoch kostendeckend realisiert werden</i>						
	Anteil der mindestens kostendeckenden Aufträge	100 %	100 %	100 %	90 %	-10 %	Die vollständige Kostendeckung des "Rittbrookpfades" war in 2017 nicht gegeben.
Strukturdaten							
	Jährlicher Holzeinschlag in fm	14.000	13.000	14.000	12.000	-2.000	Bedingt durch schwierige Aufarbeitung kleinflächigen Windwurfes (teilweise auch zur Verkehrssicherung).

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Fachbereich 4 – Kultur und Bildung

Budgets 2017							
Budget	Budget	Zugeordnete Erträge und Aufwendungen der Produkte, Produktbereiche und Konten/Kostenarten		Plan 2017 EUR	Ergebnis 2017 EUR	mehr/ weniger 2017 EUR	Bemerkungen
Bereich	Bezeichnung	Produkt	Bezeichnung				
1	2	3	4	5	6	7	8
Fachbereich 4 Kultur und Bildung							
Eintragungen bitte in Spalte 6 und Spalte 8							
4.040	Fachbereichs-Controlling	111023	Leitung, Controlling, Dienste FB 4	-788.500	-772.432	16.068	Durch die Kostenübernahme des Wissenschaftsmanagements, wurde ein Großteil der Einsparungen neutralisiert.
		261001	Theater Lübeck gGmbH	-9.858.000	-9.857.290	710	
		281001	Kulturangebote	-1.282.700	-1.256.140	26.560	
		281002	Nordische Filmtage	-232.300	-255.783	-23.483	
		361001	Finanzielle Förderung in Kindertageseinrichtungen	-7.960.500	-6.856.703	1.103.797	Durch die gute konjunkturelle Lage wurden weniger Anträge gestellt/bewilligt und dadurch ein vorübergehend besseres Ergebnis als im Vorjahr erzielt.
		361003	Tagespflege	-9.887.100	-8.863.720	1.023.380	Geringere Inanspruchnahme von Entgeltermäßigungen, vermutlich auf Grund der konjunkturellen Entwicklung.
		365001	Planung und Bezuschussung Kindertagesbetreuung	-35.465.300	-33.266.309	2.198.992	Im wesentlichen Verbesserung der Erträge, insb. durch höhere Zuweisungen des Landes.
		367001	Abwicklung Wakenitzhof	1.800	-2.794	-4.594	Bedingt durch Tarifsteigerungen.
		424002	Lübecker Schwimmbäder	-3.821.900	-3.597.243	224.657	endgültiger JA der LS lag noch nicht vor, ggf. noch erforderliche Anpassungen in 2018
		573003	Lübecker Musik- und Kongresshallen GmbH	-2.785.900	-2.651.647	134.253	
4.047	Die Lübecker Museen	251001	Die Lübecker Museen	-4.598.500	-3.478.832	1.119.668	Überwiegend durch Mehreinnahmen von Drittmitteln.
4.184	Personalrat FB 4	111024	Personalrat FB 4	-240.200	-235.882	4.318	
4.401	Schule und Sport	211001	Grundschulen	-8.025.100	-8.158.899	-133.799	Mehrausgaben Personalaufwendungen um 492 T€, Steigerung der Ausgaben für Festwertbeschaffungen um ca. 50 T€ durch eigenständige Budgetbewirtschaftung der Schulen, Steigerung der Abschreibung um 60 T€, Mehrerträge bei Schulkostenbeiträgen i.H.v. 167,5 TEUR, Minderausgaben bei Sondermitteln Schulausstattung i.H.v. 120 T€ durch nicht besetzte Schulsachbearbeiterstellen.
		216101	Grund- und Regionalschulen	-20.900	-37.668	-16.768	Auf diesem Produkt laufen nur noch Abschreibungen.
		217001	Gymnasien	-6.858.400	-6.124.526	733.874	Mehrerträge bei den Schulkostenbeiträgen i.H.v. ca. 500 T€, Minderausgaben bei den Schulkostenbeiträgen i.H.v. 100 T€, Minderausgaben bei den Schulbudgets i.H.v. 140 T€ durch selbständige Bewirtschaftung in den Schulen und lange Interimszeit.
		218101	Gesamtschulen	-900	-600	300	Auf diesem Produkt laufen nur noch Abschreibungen.
		218201	Gemeinschaftsschulen	-13.112.900	-12.880.580	232.320	Mehrerträge bei den Schulkostenbeiträgen i.H.v. 230 T€, Minderausgaben bei Sondermitteln für Schulen i.H.v. 40 T€.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Budgets 2017							
Budget	Budget	Zugeordnete Erträge und Aufwendungen der Produkte, Produktbereiche und Konten/Kostenarten		Plan 2017 EUR	Ergebnis 2017 EUR	mehr/weniger 2017 EUR	Bemerkungen
Bereich	Bezeichnung	Produkt	Bezeichnung				
1	2	3	4	5	6	7	8
Fachbereich 4 Kultur und Bildung							
Eintragungen bitte in Spalte 6 und Spalte 8							
		221001	Förderzentren	-4.308.200	-3.296.806	1.011.394	Mehrerträge bei den Schulkostenbeiträge i.H.v. 113 T€, Minderausgaben bei den Personalaufwendungen i.H.v. 580 T€, Minderausgaben für Schulkostenbeiträge i.H.v. 160 T€, Minderausgaben nutzerbed. Bauunterhaltung i.H.v. 60 T€ und Minderausgaben. Sondermittel Schulausstattung i.H.v. 80 TEUR durch nicht besetzte Stellen der Schulsachbearbeiter.
		233001	Berufsschulen	-8.629.400	-7.809.372	820.028	Minderausgaben Personalaufwendungen i.H.v. 347 T€, Minderausgaben Schulbudget i.H.v. 300 T€ durch selbstständige Bewirtschaftung der Schulen und lange Interimszeit, Minderausgaben nutzerbedingte Bauunterhaltung i.H.v. 73. T€ durch Nichtbesetzung der Schulsachbearbeiterstellen, Mehrerträge bei der Schulkostenbeiträgen i.H.v. 56 T€ und Mehrerträge aus Verkauf von Maschinen der EPS i.H.v. 28,9 T€.
		241001	Schülerbeförderung	-612.400	-414.120	198.280	Mehrerträge Kostenerstattung mit dem Land aus der Abrechnung der Fahrkosten über Pflegesatz i.H.v. 145 T€, Minderausgaben für Personalaufwendungen i.H.v. 75 T€.
		242001	Schneiderei BALI/JAW	-233.200	-141.876	91.324	Minderausgaben Personalaufwendungen i.H.v. 85,4 T€.
		243001	Allgemeine Schulträgeraufgaben	-2.431.700	-1.837.181	594.519	Mehrerträge i.H.v. 937 T€ für die schulische Assistenz und Helfer-Pool (zur Weiterleitung an 4.510) als Zuweisung vom Land, Mehrausgaben i.H.v. 120 T€ u.a. durch neuen Schwimmhallentarif für Schüler.
		243002	Angebote der Ganztagsbetreuung	-2.104.800	-2.408.755	-303.955	Mehrausgaben i.H.v. 273,1 T€ für bislang nicht kalkulierte Personalkosten.
		243003	Bildungsfonds	-427.700	-446.274	-18.574	Mehrerträge durch Abrechnung Mittagessen, Ausflüge, Klassenfahrten mit Jobcenter.
		421001	Förderung des Sports	-491.800	-493.676	-1.876	
		424001	Sportstätten	-7.281.500	-7.178.302	103.198	Mehrausgaben i.H.v. 287,5 T€ für Personalaufwendungen, Minderausgaben für Abschreibungen 267,5 T€, Mehrerträge i.H.v. 80 T€ aus Auflösung Sonderposten und 56,5 T€ aus Vermietung
		424003	Bark Passat/Passathafen	-1.253.900	-777.904	475.996	Minderausgaben Personalaufwendung i.H.v. 220 T€, Minderausgaben Bauunterhaltung i.H.v. 210 T€ durch Verlagerung als interne Verrechnung mit LPA.
4.403	VHS Lübeck	271001	VHS Lübeck	-693.300	-791.569	-98.269	Im Programmbereich "Deutsch als Fremdsprache" stiegen die Einnahmen durch Kursentgelte zwar um 36 %, blieben jedoch unter den ursprünglichen Erwartungen.
4.415	Archiv	111025	Archiv	-893.400	-874.602	18.798	
4.416	Stadtbibliothek	272001	Stadtbibliothek	-4.158.000	-4.022.685	135.315	Hauptgründe: 122,785 T€ Einsparung Personalaufwendungen; Einsparung Umzug Stadteibibl. Moising, da in diesem Jahr nicht umgesetzt.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Budgets 2017							
Budget	Budget	Zugeordnete Erträge und Aufwendungen der Produkte, Produktbereiche und Konten/Kostenarten		Plan 2017 EUR	Ergebnis 2017 EUR	mehr/weniger 2017 EUR	Bemerkungen
Bereich	Bezeichnung	Produkt	Bezeichnung				
1	2	3	4	5	6	7	8
Fachbereich 4 Kultur und Bildung							
Eintragungen bitte in Spalte 6 und Spalte 8							
4.491	Archäologie und Denkmalpflege	523001	Archäologie und Denkmalpflege	-1.767.900	-1.668.495	99.405	
4.510	Familienhilfen	341001	Unterhaltsvorschuss	-428.500	-502.127	-73.627	Erhöhte PK durch Aufstockung der UHV-Kasse / Neuordnung von Personal.
		363002	Jugendhilfe	-35.533.500	-31.009.701	4.523.799	Minderausgaben bei den klassischen Jugendhilfeleistungen (Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe, Hilfe für junge Volljährige etc.) i.H.v. 1,79 Mio. €. Minderausgaben bei den Jugendhilfeleistungen für unbegleitete minderjährige AusländerInnen (umA) i.H.v. 2,04 Mio. €. Minderausgaben bei der Kostenerstattung an Gemeinden i.H.v. 0,6 Mio. €. Mindererträge bei der Kostenerstattung vom Land für die umA -> Verschiebung der KoE auf das Folgejahr.
4.511	Städtische Kindertageseinrichtungen	365002	Betreuung in Kindertageseinrichtungen	-4.679.600	-4.242.588	437.012	a) Mehreinnahmen Budget örtlicher Träger, Geschwisterermäßigung, Zuschuss Land und Förderung zusätzlicher Personalkosten, Ermäßigung nach §90 b) Mehrausgaben Personalkosten.
4.513	Jugendarbeit	362002	Jugendarbeit	-4.795.200	-4.147.296	647.904	Personalkosten (unbesetzte Stellen)
		366001	Gemeinwesenarbeit	-1.071.100	-1.051.780	19.320	
		367002	Kriminalprävention	-49.900	-36.668	13.232	Wenig Anträge auf Förderung.
Fachbereichsbudget				- 186.782.300	- 171.448.825	15.333.475	
			Personalaufwendungen 50xxx/51xxx	- 44.448.600	- 43.371.445	1.077.155	Minderaufwendungen durch die Nichtbesetzung von Planstellen, hohe Fluktuation, Langzeiterkrankungen, Interimswirtschaft und längerfristige Vakanzen (Bildungskordinatoren, Beteiligungsbeauftragter für Kinder und Jugendliche, Archäologie und Denkmalpflege, Jugendarbeit, städtische Kindertageseinrichtungen und Familienhilfen). Minderaufwendungen ergeben sich auch durch Abweichungen von Personalkostendurchschnittswerten (Planung) und Ist-Werten. Teilweise längere Stellenbesetzungsverfahren auf Grund der steigenden Anzahl an Stellenbesetzungsverfahren.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

4.040 Fachbereichscontrolling

Nr.	Produkt 361001 - Finanzielle Förderung in Kindertageseinrichtungen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1	Finanzielle Förderung in Kindertagesstätten <i>Über die Zuschussanträge soll trotz saisonalem Antragsaufkommen in einer für die BürgerInnen zumutbaren Zeit entschieden werden.</i>						
	15 Arbeitstage ab Vorliegen aller Unterlagen bis zur Bescheiderteilung	90%	90%	90%	78%	-12%	Krankheitsbedingte Personalfälle

Nr.	Produkt 361003 - Tagespflege	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1	Tagespflege für Kinder <i>Das Lämmkom-Verfahren ist um die Aufgabenbereiche Elternbeiträge und lfd. Geldleistung an Tagespflegepersonen ergänzt</i>						
	Ergänzung umgesetzt			100%	90%	-10%	Verfahren konnte erst nach Haushaltsgenehmigung begonnen werden

Nr.	Produkt 365001 Planung und Bezuschussung in Kindertageseinrichtungen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
4	Steuerung und Abrechnung der Willkommensbesuche der neugeborenen Lübecker Kinder <i>Für 70% der neugeborenen Kinder wird ein Willkommensbesuch durchgeführt?</i>						
	Anteil der Willkommensbesuche an der Anzahl neugeborener Kinder			70%	68%	-2%	Stark steigende Geburtenzahlen bei gleichbleibenden Ressourcen

4.047 Die Lübecker Museen

Nr.	Produkt 251001 - Die Lübecker Museen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
8	Präsentation der Dauer-/Sonderausstellung und Veranstaltungen in den Häusern der Kulturstiftung (BBH und GGH) <i>Der Architektenwettbewerb für den Umbau und die Erweiterung des BBH wird in 2017 abgeschlossen.</i>						
	Architektenwettbewerb fristgemäß abgeschlossen			100%	95%	5%	Der Wettbewerb wurde im September 2017 begonnen und im März 2018 abgeschlossen

4.401 Schule und Sport

Nr.	Produkt 211001 - Grundschulen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1	Schulträgeraufgaben gem. Schulgesetz für Grundschulen einschließlich Schulentwicklung <i>Der Einbau von Akustikdecken in Klassenräumen wird fortgesetzt.</i>						
1.1	Anzahl der neu hergerichteten Klassenräume			10	0	-10	Der Einbau von Akustikdecken wird in Zusammenarbeit mit GmHL im Jahr 2018 umgesetzt, da dort 2017 nicht genügend Personalkapazitäten vorhanden waren.
1.2	<i>Das IT-Wartungs- und Supportkonzept an Schulen wird bis Ende 2018 umgesetzt</i> Prozentanteil der Schulen an der Gesamtheit der Grundschulen, in denen eine Umsetzung erfolgt ist			50%	0%	-50%	Beginn Pilotierungsphase erst zum 01.01.2018
	Strukturdaten						
	Höhe des Schulkostenbeitrages für Grundschüler	1.744	2.032	1.700	2.089	389	höhere Investitionskostenpauschale abrechenbar

Nr.	Produkt 217001 - Gymnasien	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1	Schulträgeraufgaben gem. Schulgesetz für Gymnasien einschließlich Schulentwicklung <i>Der Einbau von Akustikdecken in Klassenräumen wird fortgesetzt.</i>						
1.1	Anzahl der neu hergerichteten Klassenräume			1	0	-1	Der Einbau von Akustikdecken wird in Zusammenarbeit mit GmHL im Jahr 2018 umgesetzt, da dort 2017 nicht genügend Personalkapazitäten vorhanden waren.
1.2	<i>Das IT-Wartungs- und Supportkonzept an Schulen wird bis Ende 2018 umgesetzt</i> Prozentanteil der Schulen an der Gesamtheit der Gymnasien, in denen eine Umsetzung erfolgt ist			1000%	0%	-1000%	Beginn Pilotierungsphase erst zum 01.01.2018
	Strukturdaten						
	Höhe des Schulkostenbeitrags für Gymnasiasten	1.298	1.504	1.150	1.543	393	höhere Investitionskostenpauschale abrechenbar; Fachraumsanierungen abrechnungsfähig

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Nr.	Produkt 218201 - Gemeinschaftsschulen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	Schulträgeraufgaben gem. Schulgesetz für Gemeinschaftsschulen einschließlich Schulentwicklung						
1.1	Der Einbau von Akustikdecken in Klassenräumen wird fortgesetzt.						
	Anzahl der neu hergerichteten Klassenräume			20	0	-20	Der Einbau von Akustikdecken wird in Zusammenarbeit mit GmHL im Jahr 2018 umgesetzt, da dort 2017 nicht genügend Personalkapazitäten vorhanden waren.
1.2	Das IT-Wartungs- und Supportkonzept an Schulen wird bis Ende 2018 umgesetzt						
	Prozentanteil der Schulen an der Gesamtheit der Gemeinschaftsschulen, in denen eine Umsetzung erfolgt ist			50%	0%	-50%	Beginn Pilotierungsphase erst zum 01.01.2018
Strukturdaten							
	Höhe des Schulkostenbeitrags für Gemeinschaftsschüler	1.474	1.738	1.400	1.811	411	höhere Investitionskostenpauschale abrechenbar; Fachraumsanierungen abrechnungsfähig

Nr.	Produkt 221001 - Förderzentren	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	Schulträgeraufgaben gem. Schulgesetz für Förderzentren einschließlich Schulentwicklung						
1.1	Der Einbau von Akustikdecken in Klassenräumen wird fortgesetzt.						
	Anzahl der neu hergerichteten Klassenräume			10	0	-10	Der Einbau von Akustikdecken wird in Zusammenarbeit mit GmHL im Jahr 2018 umgesetzt, da dort 2017 nicht genügend Personalkapazitäten vorhanden waren.
1.2	Das IT-Wartungs- und Supportkonzept an Schulen wird bis Ende 2018 umgesetzt						
	Prozentanteil der Schulen an der Gesamtheit der Förderzentren, in denen eine Umsetzung erfolgt ist			50%	0%	-50%	Beginn Pilotierungsphase erst zum 01.01.2018
Strukturdaten							
	durchschnittliche Höhe des Schulkostenbeitrags für Förderschüler mit Lernbehinderung		7.281	2.600	5.306	2.706	höhere Investitionskostenpauschale abrechenbar; Veränderungen in der Schülerzahl haben wegen der geringen Größe des Divisors immer erhebliche Auswirkungen
	durchschnittliche Höhe des Schulkostenbeitrags für Förderschüler mit geistiger/körperlicher Behinderung		6.043	4.000	5.832	1.832	höhere Investitionskostenpauschale abrechenbar; Veränderungen in der Schülerzahl haben wegen der geringen Größe des Divisors immer erhebliche Auswirkungen

Nr.	Produkt 233001 - Berufsschulen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	Schulträgeraufgaben gem. Schulgesetz für berufsbildende Schulen einschließlich Schulentwicklung						
	Das IT-Wartungs- und Supportkonzept an Schulen wird bis Ende 2018 umgesetzt						
	Prozentanteil der Schulen an der Gesamtheit der Berufsschulen, in denen eine Umsetzung erfolgt ist			50%	0%	-50%	Beginn Pilotierungsphase erst zum 01.01.2018

Nr.	Produkt 243002 Angebote der Ganztagsbetreuung	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	Ganztagsbetreuung von Schulkindern						
1.1	Vorlage einer Förderrichtlinie mit der Grundlage einheitlicher Qualitätsstandards für die Ganztagsbetreuung						
	Förderrichtlinie erarbeitet		1%	100%	50%	-50%	Erarbeitung einer Förderrichtlinie kann erst mit Abschluss der Entwicklungen zur SEK I-OGS-Förderung erfolgen.
1.2	Beginn der Umsetzung des Konzepts Ganztags an Schule zum Schuljahr 2016/17 an den Grundschulen und stetiger Ausbau ab Schuljahr 2017/18						
	Anzahl der TeilnehmerInnen Ganztags an Schule neues Konzept			1.376	1.734	358	Zunahme der Betreuungsplätze

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Nr.	Produkt 421001 - Förderung des Sports	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	Beratung, Betreuung, Bezuschussung von Sportvereinen und Sportverbänden						
1.2	<i>Es werden ab 2016 in der Sportförderung 200.000 € auf Grundlage der neuen Sportförderrichtlinien investiv eingesetzt.</i>						
	tatsächlicher Mitteleinsatz in der Sportförderung	432.500	482.500	472.500	726.902	254.402	Der Ansatz der investiven Sportförderung wurde in dieser Höhe verstärkt. Grundlage ist der Beschluss der Bürgerschaft VO/2017/05088, um den vorhanden Investitionsstau in der Sportförderung zu beseitigen.

4.403 Volkshochschule

Nr.	Produkt 271001 VHS Lübeck	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
8	Angebotsübergreifende Projekte						
9	Bürgerakademie – Koordination von Veranstaltungen						
	<i>Koordinierung und Weiterentwicklung der Bürgerakademie Lübeck</i>						
	Anzahl Veranstaltungen Bürgerakademie	1.499	1.400	1.400	1.053	-347	Seit Nutzung der Miadi-Veranstaltungsdatenbank melden einige große Anbieter ihre Veranstaltungen nicht mehr für die Bürgerakademie.

4.416 Stadtbibliothek

Nr.	Produkt 272001 - Stadtbibliothek	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
5	Übergreifende Zielvereinbarungen						
	<i>Stadteilbibliothek Moisling: Neukonzeption, Umzug, Kooperation mit sozialen/kulturellen/privaten Institutionen im Kontext des Projekts "Soziale Stadt"</i>						
	neue Kontakte	0	0	50	21	-29	Projekt noch nicht für Stadteilbibliothek begonnen, Umzug ist Voraussetzung

4.491 Archäologie und Denkmalpflege

Nr.	Produkt 523001 - Archäologie und Denkmalpflege	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
6	Bearbeitung von Funden des größten mittelalterarchäologischen Magazins in Nordeuropa						
	<i>Fortsetzung der Auswertungen, der Archivierung und Restaurierung</i>						
	Erfasste Objekte nach Fundnummern			10.000	7.500	-2.500	Fundanfall abhängig von Baumaßnahmen und der Fundsituation
	Archivierter Objekte			9.000	6.500	-2.500	Fundanfall abhängig von Baumaßnahmen und der Fundsituation
	Restaurierter Objekte			150	500	350	Münzschatz Koberg - Vielzahl kleiner Objekte
7	Herausgabe von wissenschaftlichen Publikationen (u.a. bisher 29 Bände Lübecker Schriften zu Archäologie und Kulturgeschichte, 9 Bände Lüb. Kolloquium zur Stadtarchäologie im Hanseraum, 9 Bände Ausstellungen zur Archäologie in Lübeck, Denkmaltopographie)						
	<i>Herausgabe von 4 wissenschaftlichen Reihen</i>						
	Herausgegebene wissenschaftlichen Reihen			4	3	-1	noch fehlende Manuskripte

4.510 Familienhilfen/Jugendamt

Nr.	Produkt 341001 - Unterhaltsvorschuss	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
	Unterhaltsvorschüsse	4.126	4.098	3.900	5.214	1.314	Fallzahlenanstieg aufgrund Gesetzesänderungen zum UHV
Stellenplanung							
	Anzahl Vollzeitäquivalente	7,00	8,00	7,00	17,85	10,85	Auftockung aufgrund Gesetzesänderungen
	darunter weiblich	4,00	6,00	6,00	14,00	8,00	
	Teilzeitbeschäftigte Personen	3,00	4,00	4,00	8,00	4,00	
	darunter weiblich	3,00	4,00	4,00	8,00	4,00	

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Nr. Produkt 363002 Jugendhilfe	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten						
Hilfe zur Erziehung ambulant	543	532	500	531		Falzzahlenanstieg bei der Maßnahme nach § 31 31 (SPFH)
Hilfe zur Erziehung ambulant - unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Integrationshilfe in Schulen	100		60	50	-10	
Hilfe zur Erziehung stationär (ohne § 33 Vollzeitpflege)	312	287	260	199	-61	Falzzahlenrückgang § 19 (Gem. Wohnformen für Mütter/ Väter) und § 34 (Heimerziehung)
Hilfe zur Erziehung stationär - unbegleitete minderjährige Flüchtlinge			60	43	-17	
Hilfe zur Erziehung teilstationär	77	63	75	55	-20	
Anzahl der Pflegekinder (§ 33 - Vollzeitpflege)	328	287	300	283	-17	* ohne SGB XI Kinder seit 2016
Pfleg- und Vormundschaften	220	220	220	220	0	

4.511 Betreuung in Kindertageseinrichtungen

Nr. Produkt 365002 - Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Stellenplanung						
Anzahl Vollzeitäquivalente	270,00	289,00	273,00	292,35	19,35	Im Rahmen der Fortsetzung von Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in Kitas hat das Land ab dem 01.08.2016 zunächst befristet bis zum 31.12.2018 Mittel für zusätzliche Personalausgaben in der Ganztagsbetreuung der Kinder von drei bis sechs Jahren in Kitas bereit gestellt. (Erlass vom 30.05.2016) Mit diesem Schritt soll in den Ganztagsgruppen (>7h) der Betreuungsschlüssel sukzessive von 1,5 auf 2 Fachkräfte pro Gruppe angehoben werden. Dies führte zu einem erheblichen Personalmehrbedarf.
darunter weiblich	260,00	273,00	261,00	280,35	19,35	
Teilzeitbeschäftigte Personen	146,00	133,00	148,00	127,00	-21,00	Aufgrund des vorgenannten Erlasses wurden überwiegend Vollzeitstellen neu besetzt. Zudem wurde auch eigenen Teilzeitkräften ermöglicht, zusätzliche Stunden aus diesem Kontingent zu übernehmen. Dies erklärt die zunehmende Anzahl von VZ-Besetzungen.
darunter weiblich	146,00	132,00	146,00	127,00	-19,00	

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Fachbereich 5 – Planen und Bauen

Budgets 2017							
Budget	Budget	Zugeordnete Erträge und Aufwendungen der Produkte, Produktbereiche und Konten/Kostenarten		Plan 2017	Ergebnis 2017	mehr/weniger 2017	Bemerkungen
Bereich	Bezeichnung	Produkt	Bezeichnung	EUR	EUR	EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8
Fachbereich 5 Bürgermeister							
Eintragungen bitte in Spalte 6 und Spalte 8							
5.060	Fachbereichs-Controlling	111026	Leitung, Controlling, Dienste FB 5	-741.500	-624.535	116.965	Kosten für die Erstellung der Gefährdungsbeurteilungen sind erst ab der 2. Jahreshälfte und nicht im vollen Umfang angefallen.
		522003	Grundstücksgesellschaft Trave mbH	471.600	499.666	28.066	
5.180	Personalrat FB 5	111027	Personalrat FB 5	-233.600	-242.858	-9.258	
5.610	Stadtplanung und Bauordnung	511003	Stadtplanung u. -entwicklung	-6.519.500	-4.918.176	1.601.324	Bildung von Rückstellungen ist entfallen, zeitl. Verschiebungen beim Rahmenplan Innenstadt LÜBECK überMORGEN und bei diversen Bebauungsplänen, geringere Aufwendungen bei den Zweckentfremdungszinsen.
		521002	Bauaufsicht	-11.200	229.302	240.502	höhere Gebühreneinnahmen
		547001	Aufgabenträgerschaft ÖPNV	-483.300	944.420	1.427.720	Höhere, zweckgebundene Fördermittel erhalten.
5.651	Gebäudemanagement	111029	Gebäudemanagement	718.100	10.147.365	9.429.265	Unterhaltungsmaßnahmen konnten nicht im geplanten Umfang umgesetzt werden. Interne Verrechnung mit dem Produkt 551001 steht ist nicht erfolgt.
5.660	Stadtgrün und Verkehr	122007	Straßenverkehrsbehörde	50.100	-159.661	-209.761	Mindereinnahmen durch die unterjährige Aufgabenverlagerung der Genehmigungen für Großraum- und Schwertransporte zum Land.
		541001	Gemeindestraßen	-20.885.400	-20.785.851	99.549	Alle Straßenprodukte: Minderausgaben bei Straßenunterhaltung, da aufgrund der Auftragslage der Firmen keine weiteren Beauftragungen möglich waren.
		542001	Kreisstraßen	-4.747.800	-4.632.282	115.518	Alle Straßenprodukte: Minderausgaben bei Straßenunterhaltung, da aufgrund der Auftragslage der Firmen keine weiteren Beauftragungen möglich waren.
		543001	Landesstraßen	-878.200	-590.996	287.204	Alle Straßenprodukte: Minderausgaben bei Straßenunterhaltung, da aufgrund der Auftragslage der Firmen keine weiteren Beauftragungen möglich waren.
		544001	Bundesstraßen	-2.338.800	-2.056.215	282.585	Alle Straßenprodukte: Minderausgaben bei Straßenunterhaltung, da aufgrund der Auftragslage der Firmen keine weiteren Beauftragungen möglich waren.
		551001	Grün- u. Landschaftsbau	-9.776.500	-10.975.778	-1.199.278	Interne Verrechnung mit dem Produkt 111029 ist nicht erfolgt.
		553001	Friedhofs- u. Bestattungswesen	-1.388.900	-918.665	470.235	Mehreinnahmen bei Friedhofsgebühren und Kostenerstattung Land.
		573004	Werbeeinrichtungen, Parkplätze	2.815.600	2.533.659	-281.941	Gestiegene Bewirtschaftungskosten im GBV Parken.
5.691	Lübeck Port Authority (LPA)	122002	Hafen- und Seemannsamt	-282.000	-283.748	-1.748	
		552001	Wasser und Hafen	-2.209.700	793.374	3.003.074	Einnahmeverbesserung um ca. 1,5 Mio. € durch die vermehrte Umsetzung investiver Maßnahmen und damit verbundene aktivierbare Eigenleistungen Ausgabenreduzierung um rund 1,5 Mio € (650 T€ geringere PK durch hohe Vakanz/Fluktuation, 550 T€ geringere Unterhaltskosten, da vorwiegend investive Maßnahmen umgesetzt wurden, siehe dazu auch Einnahmeverbesserung, 230 T€ geringere Abschreibungen, 70 T€ restriktive Haushaltsbewirtschaftung)
Zuschussbudgets des Fachbereichs				- 46.441.000	-31.040.979	15.400.021	
Personalaufwendungen 50xxx/51xxx				- 43.872.900	- 42.372.724	1.500.176	Aufgrund von unterjähriger Fluktuation und der aktuellen Arbeitsmarktsituation konnten nicht alle Stellen wie geplant nachbesetzt werden.

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

5.610 Stadtplanung und Bauordnung

Nr.	Produkt 511003 Stadtplanung und -entwicklung	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
3	Stadtentwicklungsplanung/F-Planung / Städtebauförderung						
3.1	<i>Vorarbeiten zur Flächennutzungsplanfortschreibung werden begonnen.</i>						
	Stand Vorarbeiten		15	30	100	70	
4.2	<i>8 Bebauungspläne werden begonnen</i>						
	Anzahl der Bebauungspläne, die begonnen werden	5	7	8	4	-4	Die bereits laufenden Verfahren waren sehr aufwändig und eine Vielzahl von Gutachten musste erarbeitet werden.
4.3	<i>8 Bebauungspläne werden zum Satzungsbeschluss vorgelegt</i>						
	Anzahl der Bebauungspläne mit Vorlage Satzungsbeschluss	4	4	8	5	-3	Die bereits laufenden Verfahren waren sehr aufwändig und eine Vielzahl von Gutachten musste erarbeitet werden.
8	8 Mobilitäts- und Verkehrsplanung						
8.1	<i>Umsetzung "Fahrradfreundliches HL"- Stufe: Öffnung der Einbahnstraßen in weiteren Stadtteilen</i>						
	Umsetzungskonzept liegt vor			100	90	-10	Für die Einmündung zur Elswigstraße ist noch eine über das erwartbare Maß hinausgehende Planung erforderlich. Die Prüfung der Einbahnstraßen in den Stadtteilen St. Gertrud und Travemünde ist für die Jahre 2019 und 2020 vorgesehen.
8.2	<i>Konzept für die Aufstellung / Vergabe eines neuen Verkehrsentwicklungsplanes wird erarbeitet</i>						
	Konzept liegt vor	100		100	50	-50	Die zuständige Stelle war in 2017 9 Monate lang unbesetzt.
8.3	<i>Übertragung des Konzeptes "Parken und Sicherheit in Wohngebieten (Falkenwiese)" auf andere Stadtteile</i>						
	Das Konzept ist auf ein anderes Quartier übertragen (2017 Friedensstraße)			100	0	-100	Der zuständige Bearbeiter betreut die Ausführungsplanung der Moisinger Allee, da bei 660 hierfür keine Kapazitäten vorhanden sind.
8.4	<i>Objektplanungen: Ausgewählte Straßen werden überplant</i>						
	Planungen sind erfolgt	100		100	75	-25	Die Planung der Kantstraße wurde vorgezogen, so dass andere Planungen hinten angestellt werden mussten.
Strukturdaten							
	Anzahl der Sitzungen der regionalen Gremien	10	10	10	10	0	
	Anzahl der festgesetzten Ausgleichsbeträge	41	89	60	51	-9	
	Anzahl Bescheide im sanierungsrechtl. Genehmigungsverfahren	67	51	60	40	-20	Aufhebung von Sanierungsgebieten in 2017
	Anzahl der Bebauungspläne im Verfahren	18	19	15	17	2	
	Anzahl der Verkehrserhebungen	150	85	80	100	20	Es waren umfangreiche Erhebung für die Lärmaktionsplanungen erforderlich.
Stellenplanung							
	Anzahl Vollzeitäquivalente	48,50	37,00	37,00	32,96	-4,04	erhöhte Teilzeitanteile - eine Stelle wurde vom Produkt 511003 zum Produkt 521002 verlagert
	darunter weiblich	30,00	24,00	24,00	24,00	0,00	
	Teilzeitbeschäftigte Personen	10,00	11,00	11,00	13,00	2,00	
	darunter weiblich	9,00	10,00	10,00	11,00	1,00	

Nr.	Produkt 521002 Bauaufsicht	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
2	Vollzug des städtebaulichen Rahmens						
2.2	<i>Ein vollständiger Antrag wird nach spätestens 77 Tagen beschieden</i>						
	Bauantrag - Ø Laufzeit in Tagen	124	75	80	93	13	Komplexität der Anträge hat zugenommen, 13 umfangreiche Abwägung nachbarlicher Belange, Qualität der Anträge hat tw abgenommen
5	Vollzug von Vorschriften anderer Fachgesetze						
	<i>Abgeschlossenheitsbescheinigungen werden innerhalb von 42 Tagen erteilt</i>						
	Abgeschlossenheitsbescheinigungen - Ø Laufzeit in Tagen	9	42	30	17	-13	Nach Einarbeitung eines neuen Mitarbeiters konnte die Bearbeitungszeit deutlich reduziert werden.
6	Durchführung bautechnischer Prüfungen						
	<i>Gebühreneinnahmen aus Prüfaufträgen betragen mind. 800 T€</i>						
	Gebühren aus Prüfaufträgen in T€	800	900	900	698	-202	Weniger große umfangreiche Bauvorhaben, siehe auch "Anrechenbare Kosten" unter Strukturdaten

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Strukturdaten						
Anzahl Bauanträge	1.024	1.146	1.200	1.404	204	Konjunkturbedingte Schwankungen
Anzahl Bescheide	2.838	2.497	2.400	2.589	189	Anzahl der Anträge hat zugenommen, daher auch mehr Bescheide
Gebührenvolumen in TEUR	1.998	2.160	1.300	1.453	153	
Anzahl Widersprüche	121	88	100	95	-5	
Anzahl Abgeschlossenheitsbescheinigungen	70	54	70	111	41	Viele neue Bauvorhaben, die nach WEG aufgeteilt werden
Anzahl Ordnungsverfügungen	7	13	45	18	-27	
Einleitung Ordnungswidrigkeitenverfahren	2	0	15	1	-14	
Anrechenbare Kosten in TEUR	42.389	76.102	75.000	29.941	-45.059	Deutlich geringere Anzahl von großen Bauvorhaben
Anzahl Baulastenauskünfte	900	867	950	929	-21	Die Baulastenauskünfte sind weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.
Anzahl Zustimmungsverfahren	16	25	15	18	3	die Anzahl der Zustimmungsverfahren ist in einem jährlichen Mittelwert.
Stellenplanung						
Anzahl Vollzeitäquivalente	24,00	23,00	27,00	27,94	0,94	1 Stelle wurde vom Produkt 511003 zum Produkt 521002 verlagert.
darunter weiblich	10,00	11,00	15,00	16,00	1,00	
Teilzeitbeschäftigte Personen	4,00	5,00	10,00	10,00	0,00	
darunter weiblich	4,00	5,00	10,00	10,00	0,00	

Nr.	Produkt 547001 Aufgabenträgerschaft ÖPNV	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Strukturdaten							
	Arbeitskreissitzungen (Lübeck, Umland u. Land)	50	50	50	27	-23	veränderte Prioritätensetzung
	Anfragen, Verkehrserhebungen, Stellungnahmen	15	10	15	10	-5	
	Berichte und Vorlagen für die Gremien	2	3	3	3	0	

5.651 Gebäudemanagement

Nr.	Produkt 111029 Gebäudemanagement	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	Gebäudebewirtschaftung innerstädtisch						
1.1	Sicherstellung der Gebäudenutzbarkeit						
	nutzbare Gebäudeflächen	95	100	100	95	-5	Teilspernung wg. Verkehrssicherheitsgefährdung (Julius-Leber-Schule, u.A.)
1.3	Bereitstellung der Nutzerabrechnung						
	Übergabe der Nutzerabrechnung	04.12.2014	31.07.2016	31.10.2017	31.07.2018	29.09.1900	Nutzerabrechnung 2015 wurde März 2018 verschickt/ Nutzerabrechnung 2016 soll bis zum 31.07.18 verschickt werden
2	Gebäudebewirtschaftung Stiftungen						
2.1	zeitgerechte Abarbeitung der Maßnahmen						
	Einhaltung Zeitplan	90	100	100	90	-10	Verzögerung beim BV Hlg.Geist Hospital infolge beim Rückbau aufgedeckter Bestandsschäden
2.2	Bereitstellung der Nutzerabrechnung						
	Übergabe der Nutzerabrechnung	04.12.2014		31.10.2017	31.01.2018	01.04.1900	Stiftungen wurden insgesamt abgewickelt
Strukturdaten							
	Anzahl städtische Gebäude (u. sonstige Liegenschaften inkl. Stiftungsgeb.)	938	935	924	924	0	Es wurden Gebäude neu angemietet, aber auch Gebäude verkauft
	Bruttogrundfläche in m²	915.000	908.000	892.000	892.000	0	
	Bewirtschafteter Bauunterhaltungsansatz in Mio. EUR	9	7	15	10	-5	
	Bewirtschafteter Nebenkostenansatz in Mio. EUR	26	26	30	28	-1	
	Anzahl investiver Projekte	63	60	60	54	-6	
	Energieverbrauch der städtischen Gebäude in MWh	67.000	70.000	68.000	68.000	0	
	Anzahl der von der Raumplanung betreuten Büroarbeitsplätze	1.550	1.553	1.544	1.561	17	
	Anzahl der öffentlichen und beschränkten Submissionen	386	300	300	320	20	
	Reinigungsfläche in m²	106.759	108.273	108.559	109.130	571	S. Israelsdorf wird seit 8/17 extern gereinigt
	Anzahl der betreuten Kindertagesstätten	29	29	29	29	0	2 derzeit in der Sanierung
Stellenplanung							
	Anzahl Vollzeitäquivalente	289,10	305,10	412,00	339,30	-72,70	Fluktuation
	darunter weiblich	211,20	226,80	217,00	190,73	-26,27	Fluktuation
	Teilzeitbeschäftigte Personen	267,00	308,00	299,00	289,00	-10,00	Fluktuation
	darunter weiblich	243,00	289,00	275,00	262,00	-13,00	Fluktuation

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

5.660 Stadtgrün und Verkehr

Nr.	Produkt 541001 Gemeindestraßen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1	Entwurf, Ausbau, Umbau, Erneuerung, Unterhaltung u. Bereitstellung entsprechender Straßen, Wege u. Plätze einschl. Oberflächenentwässerung						
1.1	Erhalt u. Erneuerung Gemeindestraßennetz u. zugeordneter techn. Einrichtungen auf der Basis angemessener Unterhaltungs- u. Erneuerungsfristen						
	kassenwirksame Umsetzung verfügbare Mittel Straßenunterhaltung	75	100	100	82	-18	Ausgaben wurden für alle Straßenprodukte gerechnet -Auftragslage der Firmen lies keine weitere Beauftragung zu
1.4	Fertigstellung Priwall-Waterfront, Teilbereich 1 Promenade						
	Fertigstellung Priwall-Waterfront, Teilbereich 1 Promenade		100	100	30	-70	1. BA wurde in 2015/2016 fertiggestellt; 2.-5. BA erst in 2017 begonnen; Gesamtfertigstellung in 2019 geplant
5	Entwurf, Erneuerung, Unterhaltung der Brückenbauwerke, Durchlässe, Lärmschutzwände und Stützwände						
	Erneuerung der Josephinenstraßenbrücke			50	20	-30	Unvorhergesehene Schwierigkeiten in der Planung; fehlende/schleppende Zuarbeit durch Leitungsträger

Nr.	Produkt 542001 Kreisstraßen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1	Entwurf, Ausbau, Umbau, Erneuerung, Unterhaltung u. Bereitstellung entsprechender Straßen, Wege und Plätze einschl. Oberflächenentwässerung						
1.1	Erhalt u. Erneuerung Kreisstraßennetz u. zugeordneter techn. Einrichtungen auf Basis angemessener Unterhaltungs- u. Erneuerungsfristen						
	kassenwirksame Umsetzung verfügbare Mittel Straßenunterhaltung	75	86	100	82	-18,00	Ausgaben wurden für alle Straßenprodukte gerechnet -Auftragslage der Firmen lies keine weitere Beauftragung zu
1.4	Sanierung der K2 - Steinrader Damm						
	Sanierung der K2 - Steinrader Damm		100		100	100,00	Sanierung erfolgte in 2017
5	Entwurf, Erneuerung, Unterhaltung der Brückenbauwerke, Durchlässe, Lärmschutzwände und Stützwände						
	Planung der Sanierung Sandbergbrücke						
	Sanierung Sandbergbrücke erfolgt		2	50	5	-45	Reparatur nach Schadensfall erforderte mögliche Arbeitskapazität

Nr.	Produkt 543001 Landesstraßen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
	Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)						
1	Entwurf, Ausbau, Umbau, Erneuerung, Unterhaltung u. Bereitstellung entsprechender Straßen, Wege u. Plätze einschl. Oberflächenentwässerung						
1.1	Erhalt u. Erneuerung Landesstraßennetz u. zugeordneter techn. Einrichtungen auf Basis angemessener Unterhaltungs- u. Erneuerungsfristen						
	kassenwirksame Umsetzung verfügbare Mittel Straßenunterhaltung	75	53	100	82	-18	Ausgaben wurden für alle Straßenprodukte gerechnet -Auftragslage der Firmen lies keine weitere Beauftragung zu
5	Entwurf, Erneuerung, Unterhaltung der Brückenbauwerke, Tunnel, Durchlässe, Lärmschutzwände und Stützwände						
	Genehmigungsverfahren für den Neubau der Bahnhofsbrücke (Planfeststellung)						
	Durchführung des Genehmigungsverfahrens Bahnhofsbrücke		90	100	95	-5	Verfahren ist abhängig von der Landesbehörde

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Nr.	Produkt 544001 Bundesstraßen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	Entwurf, Ausbau, Umbau, Erneuerung, Unterhaltung u. Bereitstellung entsprechender Straßen, Wege u. Plätze einschl. Oberflächenentwässerung						
1.1	Erhalt u. Erneuerung Bundesstraßennetz u. zugeordneter techn. Einrichtungen auf Basis angemessener Unterhaltungs- u. Erneuerungsfristen						
	kassenwirksame Umsetzung verfügbare Mittel Straßenunterhaltung	80		100	82	-18	Ausgaben wurden für alle Straßenprodukte gerechnet -Auftragslage der Firmen lies keine weitere Beauftragung zu
Entwurf, Erneuerung, Unterhaltung der							
5	Brückenbauwerke, Durchlässe, Lärmschutzwände und Stützwände						
5.4	Ersatzneubau Possehlbrücke						
	Fertigstellung Ersatzneubau Possehlbrücke inkl. SR		20	75	45	-30	Gestörter Bauablauf; extrem schwieriges Vertragsverhältnis

Nr.	Produkt 551001 Grün- und Landschaftsbau	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	Planung und Bau von öffentlichen Grünanlagen, Außenanlagen an städtischen Gebäuden, Kinderspiel- und Bolzplätzen						
1.1	Planung und Pflanzung von mindestens 100 Straßenbäumen						
	100 Straßenbäume sind gepflanzt		160	100	32	-68	Aus Kapazitätsgründen wurde keine Ausschreibung vorgenommen, da vorangig verkehrssichernde Maßnahmen durchgeführt wurden.
Verkehrssicherung, Unterhaltung und Reinigung							
2	öffentlicher Grünanlagen, Kinderspiel- und Bolzplätze						
2.1	Substanzerhaltung der öffentlichen Grünanlagen, der bilanzielle Werteverzehr beträgt max. 5%						
	Substanzverlust öffentliche Grünanlagen (%)	10	29	7	40	33	Der Investitionsstau in die grüne Infrastruktur führt zu einem Werteverzehr und damit Substanzverlust der Grünanlagen.
2.2	Unterhaltung von 375 ha Grün- und Parkanlagen für 1,50 € je qm						
	Kosten / m² Park- oder Grünanlage (€)	0,85	0,55	1,20	0,55	-0,65	Aufgrund der Auftragslage der beauftragten Firmen wurden nicht alle vergebenen Aufträge bis Jahresende abgearbeitet.
2.3	Unterhaltung von 59,6 ha Kinderspiel- und Bolzplätze für 3,50 € je qm						
	Kosten / m² Kinderspiel- oder Bolzplatz (€)	1,58	2,65	3,50	2,50	-1,00	Aufgrund der Auftragslage der beauftragten Firmen wurden nicht alle vergebenen Aufträge bis Jahresende abgearbeitet.
2.4	Unterhaltung von 65.000 Bäumen für 40,00 € je Baum gemäß Mindestwert [einer verkehrssicherer und werterhaltenden Pflege nach KGS/GALK]						
	Kosten je Baum (€)	30,00	63,00	35,00	34,50	-0,50	

Nr.	Produkt 553001 Friedhofs- und Bestattungswesen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
2	Durchführung von Bestattungen						
	Maximale Kosten pro Bestattung 580,00 EUR						
	Kosten pro Bestattung in EUR	260	513	600	410	-190	Die Kostenabweichung ergibt sich zum einen aus dem höheren Anteil der günstigeren Urnenbeisetzungen, zum anderen durch Optimierung der Prozesse

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

5.691 Lübeck Port Authority (LPA)

Nr.	Produkt 122002 Hafen- und Seemannsamt	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	1 Hafenbehörde						
	<i>Sicherstellung der Sicherheit und Ordnung im Hafen</i>						
	Anzahl der Begehungsprotokolle durch die Hafenaufsicht	53	138	50	167	117	
2	2 Fischereiwesen						
	<i>Wahrnehmung der Aufgaben des Kreises hinsichtlich des Fischereiwesens</i>						
	Anzahl der bearbeiteten Anträge auf Fischereischeine		669	500	630	130	
Strukturdaten							
	Schiffsmeldungen	12.320	11.660	13.000	11.341	-1.659	
	Bearbeitung von Gefahrgutmeldungen	74.939	133.457	100.000	132.240	32.240	
	Ausnahmegenehmigungen, Transportverbote im Gefahrgutbereich	392	389	200	259	59	
	Schiffsentsorgungen	558	444	600	453	-147	

Nr.	Produkt 552001 - Wasser und Hafen	Ist 2015	Ist 2016	Ansatz 2017	Ist 2017	Abweichg. IST/Ansatz 2017	Begründungen für Abweichungen
Leistungen (L), Ziele (Z), Kennzahlen (K)							
1	Hafenentwicklungsplanung						
	<i>Aufstellen eines neuen Hafenentwicklungsplanes gemäß Bürgerschaftsbeschluss</i>						
	Fertigstellungsgrad	50 %	80 %	100 %	90 %	-10 %	Im Rahmen der Bearbeitung des Hafenentwicklungsplans 2030 ergab sich Bedarf an weiteren Grundlageninformationen, wie z. B. einer "Marktanalyse Lübecker Hafen". Ab September 2017 wurde der Schwerpunkt der Planungskapazitäten auf den Skandinavienkai gelegt, so dass die Bearbeitung des Hafenentwicklungsplans seitdem ruht.
2	Planung und Durchführung von Wasser-, Hafenbau- und Hafenterrassenprojekten						
	<i>2.1 Sach- u. termingerechte Durchführung und Abschluss der investiven Baumaßnahme Erneuerung Spundwand Priwall Nordseite</i>						
	Fertigstellungsgrad bis 06/2017			0	100	10 %	-90 % Es war vorgesehen, die Maßnahme außerhalb der Segelsaison von Oktober 2016 bis April 2017 durchzuführen. Erhöhte Planungsanforderungen an Konstruktion und Gestaltung sowie Personalengpässe beim planenden Ingenieurbüro führten zu Verzögerungen. Die Fertigstellung verschiebt sich um ein Jahr.
	<i>2.2 Sach- u. termingerechte Durchführung und Abschluss der investiven Baumaßnahme Erneuerung Spundwand Anleger 4 Vorwerker Hafen</i>						
	Fertigstellungsgrad bis 12/2017			0	100	10 %	-90 % Aufgrund umfangreicher Varianten- und Anforderungsuntersuchungen verzögerte sich die Planungsphase erheblich. Außerdem führten Änderungen im EU-Notifizierungsverfahren zu Verzögerungen im Fördermittelantragsverfahren. Die Bauausführung erfolgt in Anstimmung mit der LHG zwischen September 2018 und März 2019.
3	Verpachtung der Terminalflächen						
	<i>Anpassung des Nutzungsvertrages zwischen der HL und der LHG an aktuelle Erfordernisse</i>						
	Nutzungsvertrag angepasst	100 %	100 %	100 %	50 %	-50 %	Vorarbeiten sind erfolgt, Umsetzung aufgrund Vakanz der Stelle der Abteilungsleitung nicht möglich
Strukturdaten							
	Umsatz erbrachte Leistungen in Mio. EUR	1	1	1	0,7	-0,3	Aufgrund vorrangiger eigener Maßnahmen konnten Leistungen für Dritte nur eingeschränkt ausgeführt werden.
Stellenplanung							
	Anzahl Vollzeitäquivalente	86,87	74,10	89,69	78,65	-11,04	zunehmende Fluktuation, Wiederbesetzung von Planstellen aufgrund sinkender Bewerbungszahlen schwieriger

Jahresbericht 2017 zu den Leistungen und zu dem Ergebnisplan

Allgemeine Finanzwirtschaft

Allgemeine Finanzwirtschaft					
Produkt	Bezeichnung	Plan 2017 EUR	Ergebnis 2017 EUR	mehr/ weniger 2017	Bemerkungen
611001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	403.483.000	459.805.949	56.322.949	<p>177 T€ Minderertrag Grundsteuer B durch Nachveranlagungen aufgrund Bautätigkeiten; bedingt durch die sehr gute wirtschaftliche Lage 23,1 Mio. € Mehrertrag Gewerbesteuer; ca.724 T€ Mehrertrag Nachzahlungszinsen Gewerbesteuer; Korrespondierend zum guten Gewebesteuerergebnis 3,6 Mio.€ Mehraufwand Gewerbesteuerumlage und ca.175 T€ Mehraufwand Erstattungszinsen Gewerbesteuer; ca. 4 Mio.€ Mehrertrag beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer;</p> <p>Durch verstärkte Kontrolltätigkeit: ca. 1,2 Mio.€ Mehrertrag bei der Vergnügungssteuer; 183 T€ Mehrertrag bei der Hundesteuer und 133 T€ Mehrertrag bei der Zweitwohnungssteuer;</p> <p>ca. 4,9 Mio.€ Mehrertrag bei den Schlüsselzuweisungen und 2,7 Mio.€ Mehrertrag Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben vom Land gem. Erlass vom 07.12.2017. ca. 170 T€ Mehrertrag Spielbankabgabe</p> <p>ca. 20 Mio.€ Konsolidierungshilfe und 3 Mio.€ Fehlbetragszuweisung ca. 1,7 Mio. € Mehraufwendungen aufgrund von Niederschlagungen</p>
612001	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	-24.438.900	-15.459.771	8.979.129	<p>193 T€ Anpassungen bei der Zuführung zur Versorgungsrücklage gem. der Berechnung der Versorgungsausgleichskasse; ca. 9,5 Mio. € Zinseinsparungen durch die aktuelle Niedrigzinsphase</p>
612002	Pauschalierter nicht zahlungswirksamer Aufwand zur Vervollständigung des doppischen Haushalts	-24.696.700	-18.650.050	6.046.650	Sowohl die Höhe der Sonderzuführungen zur Pensionsrückstellung als auch die Höhe der Sonderzuführung zur Beihilferückstellung sind abhängig von Berechnungsgutachten der VAK. Da zwischen Prognosegutachten und Jahresabschlussgutachten über zwei Jahre liegen, ist die Höhe der nötigen Zuführungen kaum kalkulierbar.
612003	Grundstücksan- und -verkäufe (2.280)	6.345.800	19.632.259	13.286.459	Mehrerträge aus Grundstücksverkäufen Es bestand ein hoher Kaufanreiz da durch Beschluss der Bürgerschaft Erbbauberechtigte, die ihren Verkaufswillen bis 31.12.2017 erklärten, die Grundstücke zum Bodenrichtwert von 2014 erwerben konnten.
535002	Konzessionsabgaben	12.600.000	12.649.868	49.868	



► Nr. VO/2018/06110
öffentlich

Lübeck, 29.05.2018

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
5.610 - Stadtplanung und Bauordnung

Bearbeitung: Annette Bartels-Fließ (E-Mail: annette.bartels-fluess@luebeck.de Telefon: 122-6133)

Projektstand Neubebauung Gründungsviertel

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
06.06.2018	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
02.07.2018	Bauausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
10.07.2018	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
30.08.2018	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Der Abschluss der städtischen Baumaßnahmen zur Herstellung baureifer Grundstücke im Gründungsviertel wird zum Anlass genommen, einen Zwischenbericht über den Stand der städtischen und privaten Maßnahmen zu erstatten.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

Ja

Nein

Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 47 f GO ist nicht vorgesehen, da die Belange von Kindern und Jugendlichen durch den Bericht nicht im besonderen Maße berührt werden.

Die Maßnahme ist:

neu

freiwillig

vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

Nein

Ja (Anlage 1)

Bericht:

Siehe Anlage 1

Anlagen :

Senatorin Joanna Glogau

Begründung zum Bericht Projektstand Gründungsviertel

Anlage 1

Anlass

Der Baubeginn der privaten Baumaßnahmen auf den Grundstücken im Gründungsviertel wird zum Anlass genommen, einen Zwischenbericht über den Stand der städtischen und privaten Maßnahmen zu erstatten.

Die Umsetzung von 38 Einzelbauvorhaben auf individueller Parzelle mit hohem gestalterischem Anspruch an eine sensible, zeitgemäße Architektur, die der Geschichte an diesem Ort würdig ist und die den stadträumlichen Kontext des UNESCO-Welterbes „Lübecker Altstadt“ respektiert, ist eine komplexe Maßnahme, die eine sehr umfangreiche fachliche Koordination und Steuerung erfordert.

In vielerlei Hinsicht ist das Gründungsviertel-Projekt außergewöhnlich. Die Bauarbeiten auf kleinstem Raum, enge Straßen und kaum Lagerflächen auf den Baufeldern mit der Vielzahl von privaten Bauherr/-innen und Firmen stellen große logistische Anforderungen. Begleitende Baumaßnahmen, wie u. a. die bis heute noch andauernden Arbeiten der Archäologie und der gerade erst abgeschlossene Umbau des Entwässerungssystems in allen Straßen des Baugebiets beeinflussen zusätzlich den Ablauf des gesamten Vorhabens.

Eine fortlaufende Anpassung von Planung und Abläufen ist erforderlich.

Dazu gehören zur Vermeidung von kostenintensiven Verzögerungen und Stillständen vielfach kurzfristig ergänzende oder veränderte Beauftragungen. Eine Zusammenstellung dieser Aufträge und Nachträge wird parallel vorgelegt.

Im Folgenden sind die Planungsstufen im Ablauf sowie die Projektstände und auch die Auftragsvergaben aufgeführt:

1. Vorbereitende Baumaßnahmen

Um das individuelle und zeitversetzte Bauen zu ermöglichen, waren umfangreiche bauvorbereitende Maßnahmen erforderlich. Neben einer Abfangung der Straßen durch Verbau wurden für sämtliche Gebäude die Kellersohlen durch die Hansestadt Lübeck erstellt. Auf diese Weise können sämtliche Grundstücke baureif übergeben werden.

– **Beratung und Planung**

Ein mit dem Abriss der Schulen beauftragtes Architekturbüro wurde aufgrund seiner umfangreichen Vorkenntnisse mit Beratungs- und Planungsleistungen bis zur Ausführungsplanung für die bauvorbereitenden Maßnahmen und die Energiezentrale beauftragt.

– **Baugrunduntersuchung**

Wesentlicher Teil der Vorbereitung aller Baumaßnahmen war eine vorgeschaltete Baugrunduntersuchung. Dieser Auftrag wurde an ein Lübecker Ingenieurbüro vergeben, das bereits den Schulabbruch begleitet und im Vorwege umfangreiche Untersuchungen durchgeführt hat, auf die hier aufgebaut werden konnte. Mit der statischen Berechnung für die Verbauarbeiten wurde ebenfalls dieses Büro beauftragt.

– **Kampfmittelüberprüfung**

Aufgrund der großflächigen Bombardierung des Gründungsviertel 1942 war eine flächendeckende Kampfmittelüberprüfung erforderlich. Das positive Ergebnis dieser Sondierungsmaßnahmen war, dass keine Munitionsfunde vorlagen und das Baufeld nun als „Kampfmittelfrei“ für Bauvorhaben freigegeben werden konnte.

– **Verbauarbeiten**

Erster erforderlicher Arbeitsschritt zu Beginn der bauvorbereitenden Maßnahmen war die Sicherung der Straßen gegen ein Abrutschen in die Baugruben. Weiterhin war es unerlässlich, die im Boden vorhandenen straßenseitigen historischen Giebelmauern statisch vor Belastungen zu schützen. Hierzu erfolgte der Bau einer Trägerbohlwand. Darüber hinaus sichern Bohrpfahlwände die künftige zweigeschossige Tiefgarage und die Energiezentrale.

Während der Bauarbeiten waren immer wieder Anpassungen an die örtlichen Gegebenheiten oder archäologischen Befunde erforderlich. Vor diesem Hintergrund waren Auftragserweiterungen über Nachträge unabdingbar.

– **Beratung durch Bodengutachter**

Aufgrund der Komplexität der Verbauarbeiten und der sich im Laufe der Erdarbeiten immer neu ergebenden Änderungen sowohl der zu entsorgenden wie auch neu einzubringenden Böden war eine begleitende laufende Baustellenberatung durch einen Fachplaner erforderlich.

– **Erdarbeiten**

Für den Bau der Kellersohlen waren umfassende Erdarbeiten erforderlich. Aufgrund der inhomogenen Bodenverhältnisse war in der Planungs- und Ausschreibungsphase noch nicht erkennbar und zu erwarten, dass umfangreiche Fundamentreste von den Schulbauten auch nach deren Abbruch im Boden verblieben waren. Zudem war vielfach ein Bodenaustausch notwendig. Für die Entsorgung der Böden wurden neben dem Hauptauftrag kurzfristig zusätzliche Aufträge an eine Lübecker Erdbaufirma erteilt.

– **Bau der Kellersohlen**

Die Kellersohlen wurden individuell für jede Parzelle erstellt. Sie sind in wasserundurchlässigem Beton ausgeführt, Blitzschutz- und Erdungsanlagen vorbereitet. Im Falle der Verwendung des gleichen Abdichtungssystems für die aufgehenden Kellerwände gibt der Hersteller die Gewährleistung für die Dichtheit des gesamten Kellers.

Ebenso wie bei den Verbauarbeiten waren auch hier Nachträge unumgänglich.

– **Beweissicherung**

Vor und begleitend zu den Baumaßnahmen wurde der bauliche Zustand der Nachbarbebauung für den Fall von eventuell möglichen Bauschäden gutachterlich dokumentiert. Mit der Beweissicherung wurde zwei Ingenieurbüros aus Schleswig-Holstein beauftragt.

2. Archäologie

Das UNESCO-Welterbestätten-Programm ermöglichte vor dem Hintergrund des Schulentwicklungsplans im Jahr 2009, die Nachkriegsschulbauten im Gründungsviertel abubrechen und eine ausführliche archäologische Grabung und Dokumentation auf dem Gelände des Gründungsviertels durchzuführen. Ergänzend zu der Großgrabung wurden weitere Nachgrabungen erforderlich: Eine Fläche an der Geraden Querstraße sowie ein Streifen an der östlichen Grundstücksgrenze zwischen Fischstraße und Braunstraße mussten auf Kosten des Projekts Gründungsviertel archäologisch untersucht werden. Darüber hinaus wurden die Tiefbauarbeiten in den Straßen kontinuierlich baubegleitend archäologisch untersucht.

Im Rahmen des Europäischen Kulturerbe Jahres 2018 wird das Gründungsviertel als archäologisch nachgewiesenes ältestes Quartier der Hansestadt Lübeck Gegenstand von Ausstellungen und Rundgängen sein.

3. Straßen- und Leitungsbau

Die Entsorgungsleitungen für Schmutz- und Regenwasser sind seit Jahresende 2017 als Trennsystem im gesamten Gründungsviertel erneuert. Aufgrund der bis 1,50 m starken und zu erhaltenen historischen Kelleraußenwände ist die Erschließung der Baugrundstücke mit

Ver- und Entsorgungsleitungen sehr aufwändig. Da die Entsorgungsbetriebe die Leitungen lediglich bis zur Grundstücksgrenze gelegt haben, mussten die Anschlussvorbereitungen wie Durchbohren der Mauern vor Verfüllung der Baugruben als Maßnahme des Projekts durchgeführt werden. Den Auftrag erhielt ein Lübecker Unternehmen. Da die Hausanschlüsse überall vorgelegt wurden, sind die Anschlüsse der Gebäude jederzeit möglich. Für die Telekommunikation sind die Hauseinführungen vorinstalliert. Diese werden als Glasfaserleitungen (Telekom, Travekom) oder als Koaxialkabel (Vodafone) zum Einbau angeboten.

Zur laufenden Unterstützung der Koordinierung von Arbeiten der verschiedenen Leitungsträger mit den archäologischen Grabungen und den Vorbereitungen der Hochbaumaßnahmen sowie der künftigen Straßenbeleuchtung und den geplanten Straßenbaumaßnahmen war eine externe übergeordnete Koordination durch ein Ingenieurbüro erforderlich. Hierfür wurde ein Lübecker Büro beauftragt.

Nach Abschluss aller Baumaßnahmen wird der endgültige Ausbau der Straßen im Gründungsviertel erfolgen. Geplant ist es, diese bis 2022 fertig zu stellen. Auch hier ist eine fachliche Begleitung durch die Hansestadt Lübeck notwendig.

4. Vermarktung und Verkauf

Die Kriterien für das Grundstücksvergabe- und Auswahlverfahren hat die Bürgerschaft am 25.06.2015 durch Beschluss festgelegt (VO/2015/02775).

Die Grundstücke im Gründungsviertel werden an 38 einzelne Bauherr/-innen oder Baugeinschaften verkauft. Ziel der Hansestadt Lübeck ist es, den demographischen Wandel in der Lübecker Altstadt aktiv mit zu gestalten und auch junge Familien zu halten bzw. sie neu zu gewinnen. Urbanes Wohnen für Familien mit Kindern soll daher gestärkt werden, ebenso verschiedene zukunftsorientierte Wohn- und Geschäftskonzepte.

Die Grundstücke wurden nicht ausschließlich nach Höchstgebot vergeben. Die Hälfte der Grundstücke wurde zum Festpreis angeboten, um auch Familien mit Kindern sowie besonderen Wohnformen, wie z. B. Mehrgenerationenwohnen zu ermöglichen.

Für 35 Grundstücke des Gründungsviertels ist eine Anhandgabe erfolgt, mit notariellem Vertrag sind bisher 11 Grundstücke verkauft.

Es sind noch 27 Kaufverträge vorzubereiten, mit den Bauherren abzustimmen und zu beurkunden. Nach derzeitigem Stand müssen mindestens zwei Grundstücke erneut ausgeschrieben werden, da die Anhandgaben zurückgegeben worden sind.

5. Qualitätssicherung

Die Entwicklung des Gründungsviertels in der Lübecker Altstadt ist eine große Herausforderung für die Stadt und für die zukünftigen Eigentümer/-innen. Deshalb bedarf es einer intensiven Auseinandersetzung mit diesem bedeutsamen Standort und einer sorgfältigen Konkretisierung der Planung. Zur Sicherstellung einer hohen städtebaulichen und architektonischen Qualität hat die Hansestadt Lübeck folgenden Weg praktiziert:

- **Beteiligungskultur**

Für die Neuordnung des Gründungsviertels ist eine frühzeitige, intensive und kontinuierliche Beteiligung der Öffentlichkeit und Politik über den gesamten Planungszeitraum erfolgt.

- **Architektenwettbewerbe**

Ein europaweit ausgeschriebener Ideenwettbewerb zur Fassadengestaltung des Gründungsviertels durch die Hansestadt Lübeck und Realisierungswettbewerbe durch die Bauherren/ Bauherrinnen für die Grundstücke an der Einhäuschen Querstraße sowie für

das Eckgrundstück Alfstraße 31 und 29 sollen eine qualitätsvolle Architektur im Gründungs Viertel gewährleisten.

Die Vorprüfung der 133 eingereichten Arbeiten für den Architektenwettbewerb zur Fassadengestaltung wurde extern an ein auf Vorprüfungen dieser Größenordnung spezialisiertes Büro vergeben.

- **Gestaltungsleitfaden**

Auf der Basis der Gestaltungssatzung für die Lübecker Altstadt und den Festsetzungen des Bebauungsplans wurde ein Gestaltungsleitfaden für das Bauen im Gründungs Viertel entwickelt. Dieser Leitfaden soll den Bauherr/-innen die Möglichkeiten des Bauens anhand von gestalterischen Leitlinien und Beispielen aufzeigen und bei der Entwicklung des Architekturkonzeptes unterstützen. Der einzige Lübecker Preisträger des Fassadenwettbewerbs wurde mit der Erarbeitung eines Gestaltungsleitfadens beauftragt.

- **Gestaltungs- und Welterbebeirat**

Grundsätzlich muss jede Baumaßnahme im Gründungs Viertel abschließend mit dem Gestaltungs- und Welterbebeirat (GBR) abgestimmt werden. Der Beirat prüft, ob der Bauentwurf samt der zu erstellenden Musterfassade die gestalterischen Vorgaben einhält. Nach Freigabe des Bauentwurfs und der Musterfassade durch den Gestaltungs- und Welterbebeirat werden diese dann zu verbindlichen Anlagen des privat-rechtlichen Kaufvertrags und auch der öffentlich-rechtlichen Baugenehmigung. Zusätzlich fanden Workshops für die Architekten/ Architektinnen gemeinsam mit einzelnen GBR-Beiräten statt. Auf diese Weise wurde der fachliche Austausch intensiviert und gleichzeitig die Freigaben der Bauentwürfe beschleunigt.

Mit Ausnahme von vier Gebäuden sind alle Vorhaben vom Gestaltungs- und Welterbebeirat freigegeben, 18 Fassaden stehen noch zur Bemusterung an.

6. Baugenehmigungen

Bisher sind 11 Bauanträge genehmigt, es werden noch 27 Anträge eingehen. Bei sämtlichen Bauvorhaben ist aufgrund der Größe der Gebäude die Prüfung der Statik durch die HL erforderlich.

7. Hochbaumaßnahmen

Nach Abschluss der bauvorbereitenden Maßnahmen erfolgen inzwischen die ersten städtischen und privaten Hochbaumaßnahmen:

- **Private Bauvorhaben**

Die ersten zwei Gebäude im Gründungs Viertel stehen, die ersten Bewohner werden im Sommer 2018 einziehen. Weitere Bauvorhaben in der Braun- und Alfstraße starten im Laufe des Jahres 2018. 2019/ 2020 wird der Schwerpunkt der Bautätigkeit in der Fischstraße liegen.

- **Bauvorhaben Einhäuschen Querstraße**

Das größte, mehrere Parzellen umfassende Grundstück im Gründungs Viertel ist für den Geschosswohnungsbau bestimmt. Ca. 30 % der Wohnflächen sind für öffentlich geförderten Wohnungsbau geplant. Eine Quartierstiefgarage soll in zwei Untergeschossen errichtet werden. Das Gebäude für die Energiezentrale wird in den Gesamtkomplex integriert. Der Investor hat seine Bereitschaft signalisiert, den Trafo aus der Einhäuschen Querstraße in der Tiefgarage unterzubringen und auf zwei Stellplätze zu verzichten.

Die Genehmigungsplanung ist in der Abstimmung. Nach Ausführungsplanung, Ausschreibung und Vergabe soll voraussichtlich noch 2018 der Baubeginn erfolgen. Derzeit erfolgt die Abstimmung über den Kaufvertrag.

– **Energiezentrale und Verteilungsleitungsnetz**

Die Energiezentrale wird alle Gebäude im Gründungsviertel mit Energie für Raumheizung und Wassererwärmung versorgen. Das Gebäude für die Energiezentrale wurde vorab als 1. UG des Gebäudes Fischstraße 25 von der HL fertiggestellt. So kann schon vor Fertigstellung des Gebäudekomplexes über der Tiefgarage Energie geliefert werden. Das Leitungsnetz ist so weit fertiggestellt, dass die Gebäude mit ihren jeweils nach Wärmebedarf individuell angepassten Übergabestationen angeschlossen werden können.

Für die Errichtung des Baukörpers wurden Aufträge für Erdarbeiten sowie Stahlbetonarbeiten an zwei Lübecker Firmen vergeben.

– **Braunstraße 14**

Das Bestandsgebäude Braunstraße 14 stellt einen Sonderfall im Gründungsviertel dar: Da sich die Brandwand des benachbarten, denkmalgeschützten Bestandsgebäudes gegen den noch vorhandenen Rest der ehemaligen Schule lehnt, kann dieser nicht abgebrochen, sondern nur umgebaut und überformt werden. In seinem jetzigen Zustand ist der Gebäuderest ohne Treppe und Sanitäreinheiten nicht nutzbar. Er bedarf also einer tiefgreifenden Umgestaltung, die für eine Transformation in eine dem Gründungsviertel angemessene Form genutzt werden soll.

Aufgrund der statischen Vorgaben und der bereits vorab durchgeführten Sicherungsmaßnahmen wird das Gebäude durch die Hansestadt Lübeck umgebaut und anschließend im Höchstgebotsverfahren angeboten.

Den Auftrag für die Planung ging an den einzigen Lübecker Preisträger des Fassadenwettbewerbs.

Der Bauantrag ist gestellt, Baubeginn ist voraussichtlich Frühjahr 2019.

– **Historische Keller Fischstraße**

In der Fischstraße 24, 26, 28 und Fischstraße 7-9 und 11 wurden bei den archäologischen Grabungen gut erhaltene Keller gefunden, die erhalten, in eine Neubebauung integriert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Die Possehl-Stiftung hat hierfür eine Förderung zugesagt. Fördervoraussetzung ist, dass die Umsetzung aller fünf Keller durch die Bauherren gewährleistet ist.

Da die Anhandgabe für das mittlere Grundstück, Fischstraße 26 zurückgegeben wurde und die Gründung aller drei benachbarten Grundstücke gleichzeitig erfolgen muss, wird die Hansestadt Lübeck hier analog wie bei den Kellersohlen in Vorleistung gehen und die Gründung planen und herstellen, so dass es keine Verzögerungen der benachbarten Baumaßnahmen geben wird.

Für die Planung ist eine Statik erforderlich. Da bereits ein Statikbüro aus Lübeck für die Planung der möglichen Stützenstandorte unter Berücksichtigung der historischen Substanz tätig war, beabsichtigen die privaten Bauherren gemeinsam mit der HL, dieses Büro für die weiteren Planungen zu beauftragen.

Das Grundstück wird dann mit fertiger Gründung und den Vorgaben zum historischen Keller ausgeschrieben und verkauft. Die Kosten für die Gründung werden an den Käufer weiter gegeben, Erhalt, Nutzung und öffentliche Zugänglichkeit werden im Kaufvertrag und Grundbuch gesichert.

– **Mauer**

Nach Abschluss der Hochbaumaßnahmen wird an den Grundstücksrückseiten eine ca. 2,40 hohe Mauer errichtet. Abstimmung, Planung und Bau der rückwärtigen Grund-

stückermauer ist für 2019/ 2020 geplant. Die Kosten hierfür werden auf die Grundstückseigentümer umgelegt.

8. Koordination der einzelnen Baumaßnahmen

Die weitgehend zeitgleiche Realisierung von 38 privaten Einzelbauvorhaben auf sehr beengten räumlichen Verhältnissen innerhalb weniger Jahre ist nur möglich mit einer übergeordneten begleitenden Koordination. Ein mit der Anhandgabe zugesichertes Baustellenmanagement der Hansestadt Lübeck (Projektbüro Gründungsviertel) sorgt für einen reibungslosen Bauablauf der unterschiedlichen privaten Baumaßnahmen während der gesamten Bauzeit. Unterstützend wurde ein Lübecker Architekturbüro mit der Moderation des Abstimmungsprozesses und der Koordination aller Beteiligten wie Planern, Baufirmen, Hansestadt Lübeck und Bauherrn sowie der Bauablaufplanung beauftragt. Die Bauherren haben sich vertraglich verpflichtet, dass ihre Architekten an den regelmäßigen Baukoordinierungsrunden teilnehmen und ihre Bauvorhaben mit der Baustellenkoordination abstimmen, um in der Bauphase eine effiziente Baustellenlogistik zu gewährleisten.

Die Steuerung der für Sondernutzungen in Anspruch genommenen öffentlichen Flächen mit entsprechender verkehrlicher Sicherung wurde von der Straßenverkehrsbehörde im Interesse einer größeren Flexibilität auf das Projektbüro Gründungsviertel übertragen.

Aufgrund der geringen Straßenbreiten von Braun-, Fisch- und Alfstraße ist eine Anfahrbarkeit der Baugrundstücke mit Bau- und Lieferfahrzeugen über die Straßen nicht möglich. Eine private, durch die Hansestadt Lübeck vorab erstellte Baustraße im südlichen Baufeld zwischen Braun- und Fischstraße sowie im nördlichen Baufeld zwischen Alf- und Fischstraße soll es den Vorhabenträgern ermöglichen, die Baustelle rückseitig anzufahren.

Eine Kostenverteilung für Baustraße, Bauzaun einschließlich der Sicherung und Überwachung wird kostenmäßig auf alle Grundstückseigentümer umgelegt. Entsprechende Verträge zwischen HL und Bauherr/-innen wurden von allen unterzeichnet.

Die Bautätigkeit wird voraussichtlich bis 2020/ 2021 andauern, so dass die Koordination der Einzelvorhaben bis 2020 erforderlich sein wird.

9. Presse und Medien

Das Interesse der regionalen, aber auch der nationalen und internationalen Presse sowie aller Baufachzeitschriften und Medien am Gründungsviertel ist groß. Das Projekt ist Gegenstand vielfacher und durchgängig positiver regionaler und überregionaler Berichterstattung in Printmedien wie z.B. LN, Neue Züricher Zeitung, Welt und Süddeutsche Zeitung sowie in elektronischen z.B. in Sendungen des NDR Hörfunks und des Kulturjournal in der ARD.

10. Publikation

Wegen des Vorbildcharakters des Projekts hinsichtlich Vorbereitung, Planung und Architektur sowie der Umsetzung im historischen Kontext des UNESCO Welterbes der Lübecker Altstadt soll eine Publikation entstehen, die das Thema Bauen im historischen Bestand am Beispiel des Gründungsviertels darstellt und anderen Kommunen als Handlungsleitfaden dienen kann. Zur Finanzierung der Publikation werden Förderanträge bei Stiftungen und Institutionen gestellt. Das Erscheinen des Buches ist für 2019 geplant.

11. Kostenbilanz

Mit der Anhandgabe nahezu aller Grundstücke und der Abrechnung des überwiegenden Teils der bauvorbereitenden Maßnahmen kann nunmehr eine zuverlässige Prognose des für die Hansestadt Lübeck zu erwartenden Gewinns aus dem Projekt Gründungsviertel gegeben werden. Aktuell wird ein Überschuss von ca. 2,5 Mio. Euro erwartet. Die Kostensteigerungen

der Baureifmachung insbesondere bei den Erd- und Verbauarbeiten sowie dem Bau der Kellersohlen können durch höhere Einnahmen bei den Grundstücksverkäufen kompensiert werden.

Bei Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung und Entfall der KAG Beiträge fehlen allerdings in der Projektkosten Kalkulation 3,7 Millionen Euro.

12. Ausblick

Der geplante Neuaufbau des Lübecker Gründungs Viertels als modernes Wohnquartier für neues Wohnen und Arbeiten im UNESCO-Welterbe „Lübecker Altstadt“ ist eines der herausragenden Projekte der Hansestadt Lübeck. Auf dem rund 10.000 m² großen Areal soll ein zukunftsweisendes, lebendiges Quartier mit individuellen Wohnformen und ergänzenden Nutzungen für ca. 500 neue Bewohner/-innen entstehen. Die Lübecker Altstadt soll als Wohnstandort weiter gestärkt werden und urbanes Leben zurückgewonnen werden.

Es ist geplant, das für die Stadtentwicklung bedeutsame Projekt Gründungs Viertel bis 2022 zum Abschluss zu bringen.

Um dieses anspruchsvolle Ziel und die angestrebte hohe Projektqualität zu erreichen, ist ein optimales, koordiniertes Zusammenspiel aller privaten und städtischen Planungsbeteiligten bis zum Abschluss des Projekts unabdingbar. Voraussetzung und Grundlage hierfür ist weiterhin eine effiziente übergreifende Zusammenarbeit aller beteiligten Fachbereiche, Bereiche und Abteilungen.





Fassadenwettbewerb



Realisierungswettbewerb Einhäuschen Querstraße | Jury



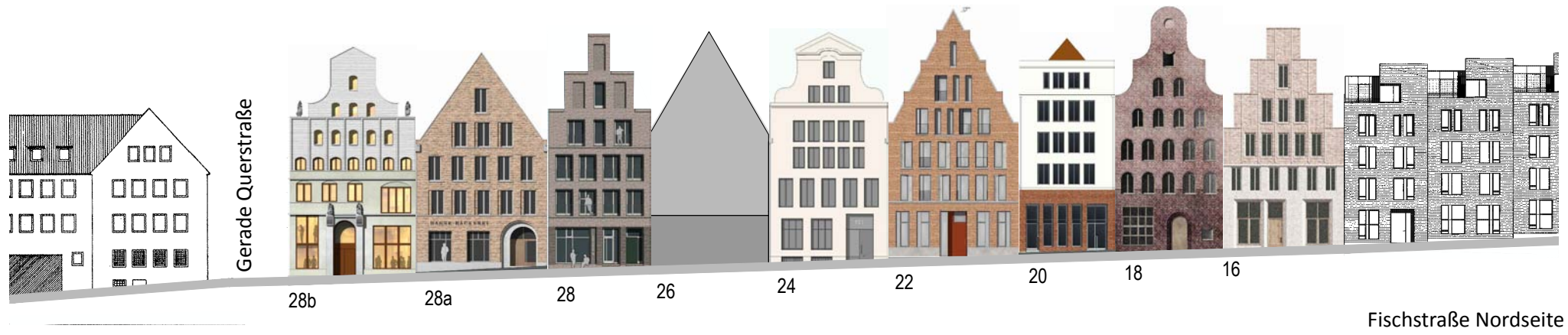
Workshop



Alfstraße



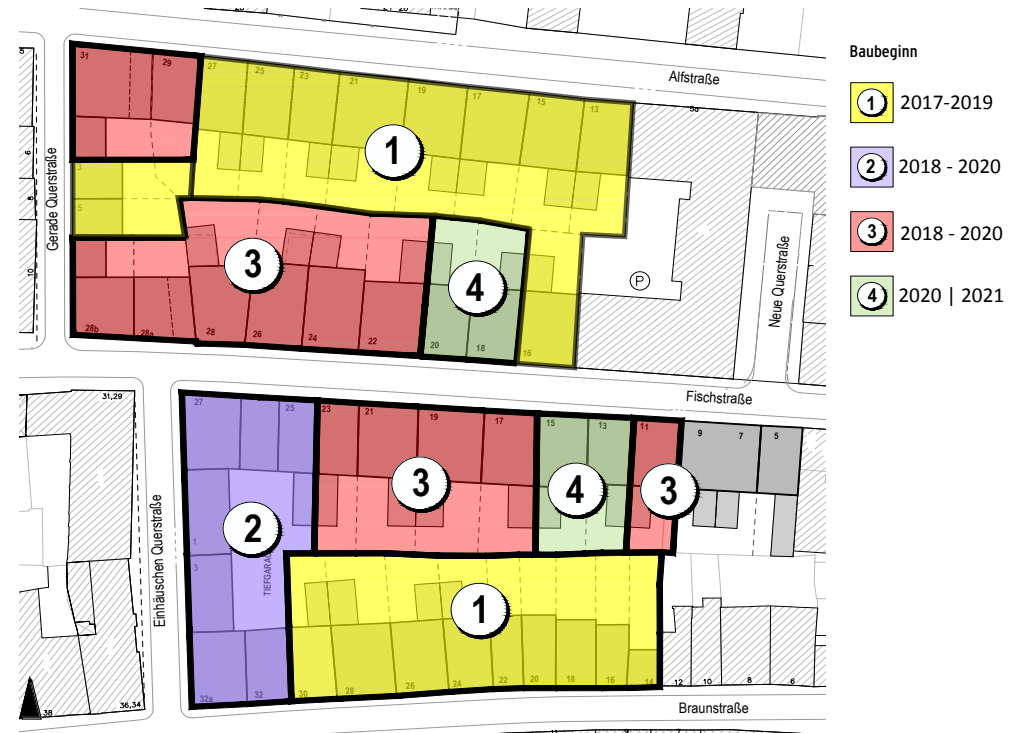
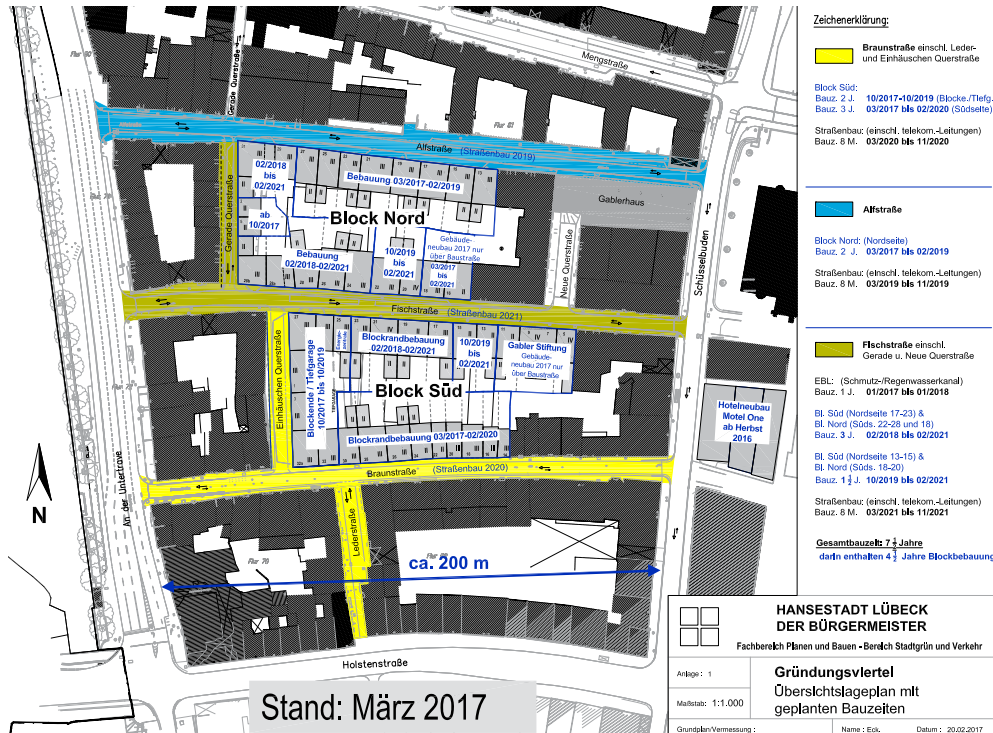
Braunschweigstraße



Fischstraße Nordseite



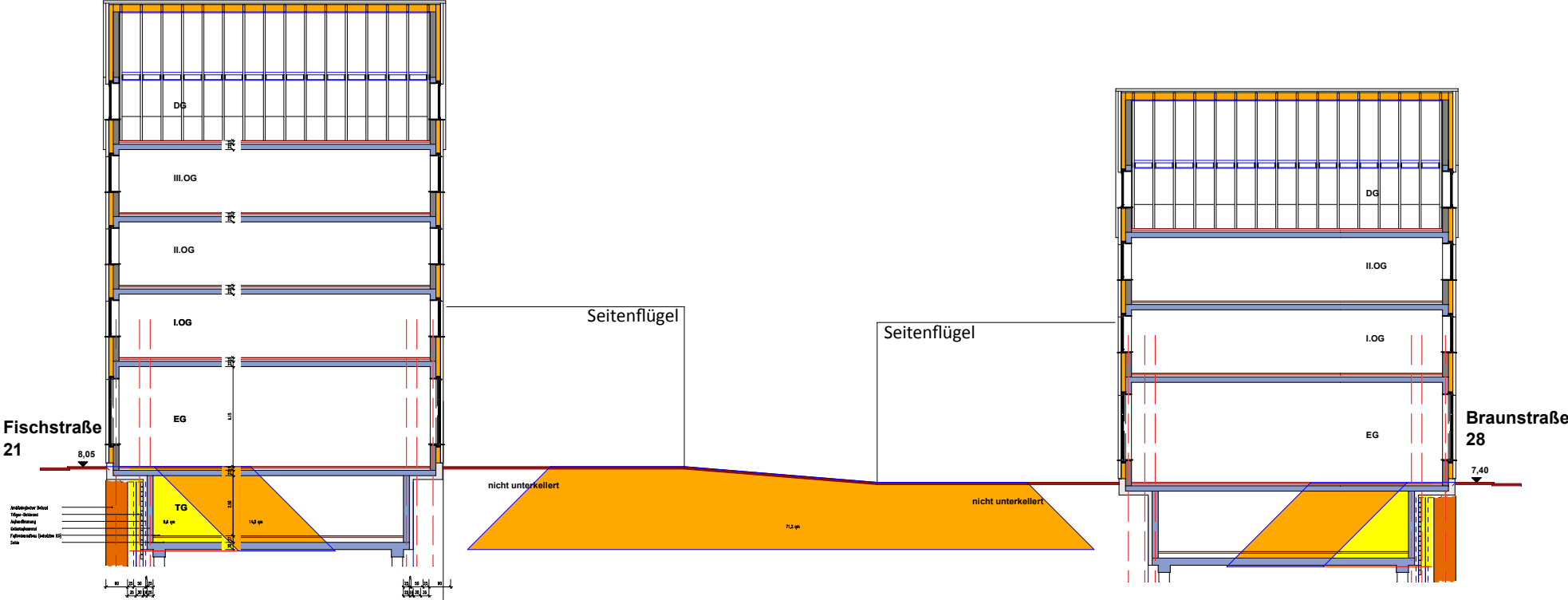
Fischstraße Südseite



Bauvorbereitende Maßnahmen: Erdarbeiten



Systemschnitt durch ein Baufeld



Bauvorbereitende Maßnahmen: Verbauarbeiten und Bau der Kellersohlen

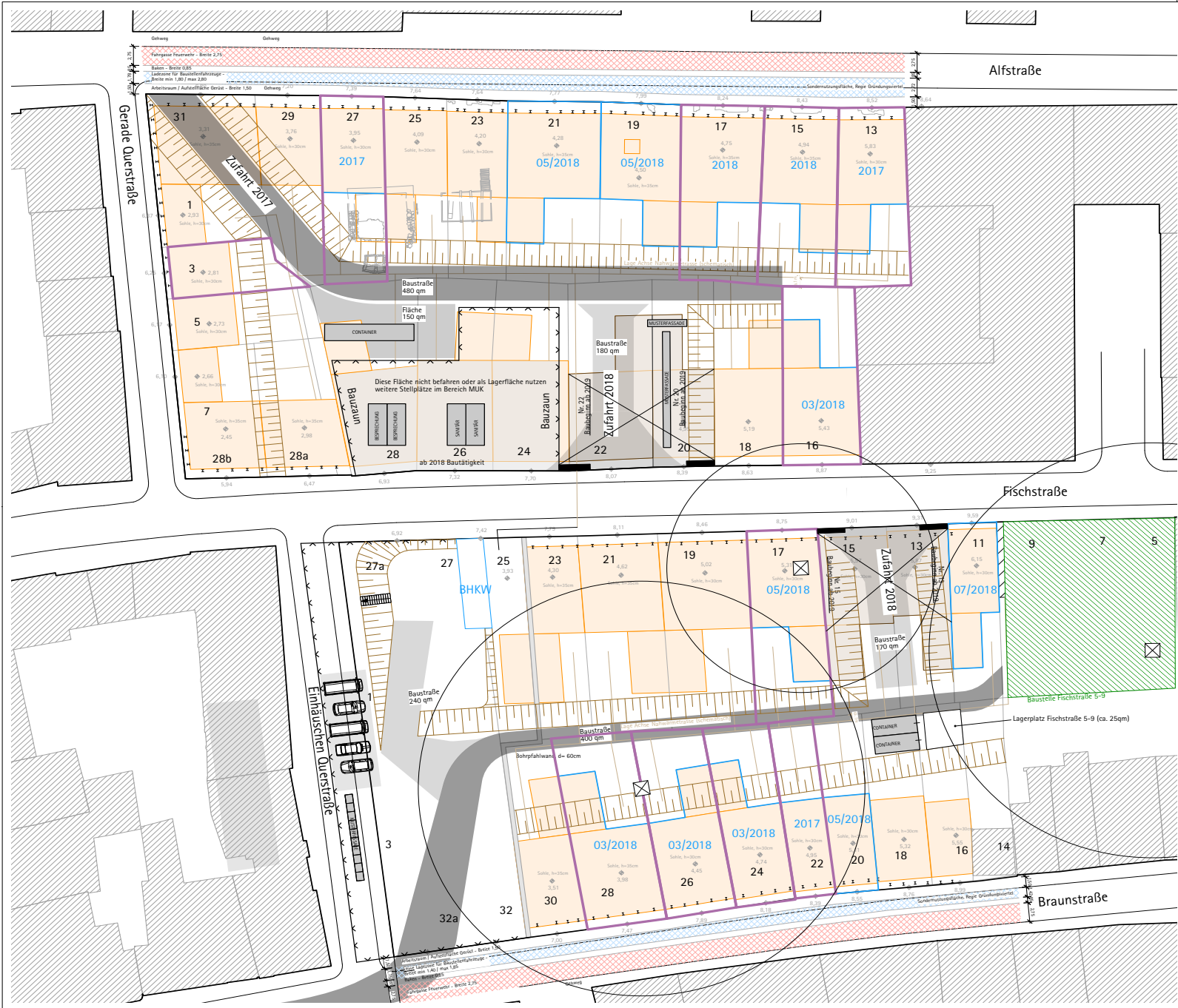




Archäologie







Legende:

	verkauft Grundstück		Baubeginn
	Höhe Gehweg Mitte Haus		Lage Achse Nահwärmatrasse
	Behauung Bestand		Außenkanten Bebauung
	Gründungsplatten		Baufelder Seitenflügel
	Böschung		Feuerwehrgasse - freizuhalten!
	Baustellenzufahrt (min 3m)		Ladezone Baustelle

Plangrundlage:

Verfasser: ARCHITEKTURGEMEINSCHAFT R. Zeschke & U. Witaszak, Architekten
Lübecker Str. 29, 23611 Bad Schwartau

Datum: LP3-Lageplan
Leistungsphase: LP3 - Entwurfsplanung
Plan: 03-002
Stand: 11.2016

Wichtige Hinweise:

Alle Maße sind am Bau zu prüfen - Unstimmigkeiten sind unverzüglich der Bauleitung anzuzeigen.
Alle Quadratmeter- und Umfangangaben beziehen sich auf Rohbaumaße.
Alle Höhenoten beziehen sich auf OK FFB im Erdgeschoss = +f-0,00.
Alle Brüstungs- und Türhöhen beziehen sich auf OK FFB.

Änderung	Datum	ges.
Böschung Süd korrigiert	02.05.2018	KF
Kranradien ergänzt	28.03.2018	LT
Seitenflügel geneuert	28.03.2018	KA
Baustraßen überarbeitet, Baustände ergänzt, Böschungen ergänzt	15.02.2018	LT
Baustraße Baufeld Nord überarbeitet	07.02.2018	LT
Zufahrt Baufeld Nord von Fischstraße entfernt	31.01.2018	LT
Übersichtung Baustelle Fischstraße / Darstellung Lagerplatz Fischstraße	15.09.2017	KL
Zufahrt Baufeld Nord (Nr. 22 und Nr. 20) Einmessung Braunstr. 14 / 16 / 18	13.06.2017	LT
Erweiterung Baustraße (sekundäre Baustraße) Baufeld Süd	30.05.2017	LT
Verlagerung Baustraße Baufeld Nord	28.04.2017	AB
Entnahme der temp. Ladezone in der Braunstraße	14.03.2017	LT

Heske Hochgürtel Lohse Architekten PartGmbH

Projekt: **259 - GVHL**
Projektkoordination Gründungsviertel Lübeck

Alfstraße, Fischstraße, Braunstraße
23552 Lübeck

Bauherr Hansestadt Lübeck Fachbereich 5 - Planen und Bauen Mühlendamm 12 23552 Lübeck	Phase	Koordination
	Plan	Baustelleneinrichtung
Architekt Heske Hochgürtel Lohse Architekten PartGmbH Fünfhausen 1 23552 Lübeck T 0451 - 39 77 897 - 0 F 0451 - 39 77 897 - 9 info@hhl-architekten.de	Maßstab	1:250
	Datum	28.03.2018
	Bearbeiter	LT
Plan-Nr.	BE-250-01	

INDEX **J**



Einnahmen-Ausgaben-Bilanz	2.543.967 €
Einnahmen	13.615.975 €
Verkaufserlöse aus Grundstücksverkäufen	7.987.825 €
Umlage Baureifmachung	1.928.150 €
Umlage öffentliche Entwässerung	724.506 €
KAG Neubauten und Altanlieger	3.700.000 €
Ausgaben / Kosten	11.072.008 €
1. Konzepte / Gutachten / Wettbewerbe / Presse	476.471 €
2. Herstellung baureifer Grundstücke	4.645.037 €
3. Vermarktung und baubegleitende Beratung	737.700 €
4. Sonstiges / Unvorhersehbares	1.229.700 €
Zwischensumme	7.088.908 €
5. Straßenbau / Herstellung und Umgestaltung	3.983.100 €



► Nr. VO/2018/06170
öffentlich

Lübeck, 19.06.2018

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
5.651 - Gebäudemanagement

Bearbeitung: Arnd Babendererde (E-Mail: arnd.babendererde@luebeck.de Telefon: 122-6510)

Projektfreigabe zur Umsetzung der Brandschutzsanierungen in der Emanuel-Geibel-Schule Vordergebäude, Glockengießerstr. 33-37 in 23552 Lübeck, über 175.000,00 EUR

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
27.06.2018	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
02.07.2018	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
10.07.2018	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Mit der Umsetzung der Brandschutzsanierung in den Vordergebäuden der Emanuel-Geibel-Schule wird begonnen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 Haushalt und Steuerung
Ergebnis: zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

- Ja
 Nein
Eine Beteiligung ist nicht erfolgt, da die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht berührt sind.

Die Maßnahme ist:

- neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

- Nein
 Ja (Anlage 1)

Begründung:

Emanuel-Geibel-Schule:

Im Zuge der durchzuführenden Brandschutzsanierung in den Gebäuden der Emanuel-Geibel-Schule wurden die einzelnen betreffenden Gebäudeteile in das Hauptgebäude (1. Teil EW-Bau) und die Vorderhäuser zur Glockengießerstraße hin (2. Teil EW-Bau) unterteilt.

Die brandschutztechnischen Ertüchtigungsmaßnahmen in Höhe von 610.000,- € brutto im Hauptgebäude der Emanuel-Geibel-Schule wurden in der Sitzung des Hauptausschusses am 25.04.17 unverändert beschlossen. Hierzu erfolgte eine positive Bescheidung der Projektfreigabe.

Nach Abschluss der vorgenommenen Erfassungen in den Vorderhäusern der Emanuel-Geibel-Schule konnte durch die beauftragten Fachplaner für Hochbau, technische Gebäudeausrüstung und Brandschutz dargelegt werden, dass der momentan vorherrschende Zustand die Anforderungen an den baulichen Brandschutz nicht erfüllt. Hier ist eine umfangreiche Sanierung der Räumlichkeiten zwingend erforderlich, da ansonsten die verkehrssichere Nutzung für schulbetriebliche Belange nicht gewährleistet werden kann.

Hauptaugenmerk liegt hierbei auf der generellen Schaffung eines zweiten baulichen Flucht- und Rettungsweges für die im 1. Obergeschoss gelegenen Fachräume, die brandschutztechnische Ertüchtigung der in allen Geschossen vorhandenen Holzbalkendecken und eine Aufwertung der nicht mehr zulässigen elektrischen Leitungen und Verteilungen. Ferner werden eine auf die Feuerwehrleitstelle aufgeschaltete Brandmeldeanlage und eine Hausalarmierungsanlage nachgerüstet. In den Gewerken Heizung, Lüftung, Sanitär werden in Teilen Modernisierungen, Aufwertungen der brandschutztechnische Ertüchtigungen und konstruktiv bedingte Änderungen umgesetzt.

Der Bereich Denkmalpflege ist in alle erfolgenden Arbeiten zur Ertüchtigung des Brandschutzes in den Vorderhäusern sowie im Hauptgebäude eingebunden.

Die 2. Teil-EW-Bau-Brandschutz für die Vorderhäuser wurde dem Bereich Haushalt und Steuerung mit einer Kostenberechnung in Höhe von 1.010.000,- € brutto vorgelegt. Hierfür soll die erbetene Projektfreigabe erfolgen.

Eine Haushaltseinstellung für die Durchführung der Brandschutzsanierung für das Hauptgebäude und die Vorderhäuser ist für die Haushaltsjahre 2017-2018 wie folgt vorgenommen worden:

- 2017: 845.000,- € brutto
- 2018: 484.000,- € brutto

Die Maßnahme ist unter den bestehenden PSK 111029 278.7851000 Bereich Gebäudemanagement/ E. Geibel-Schule / Umstrukturierung / Gebäudemodernisierung / Hochbaumaßnahmen geordnet.

Die Gesamtkosten in Höhe von 1.620.000,- € der aufgestellten 1. und 2. Teil-EW-Bau-Brandschutz Emanuel-Geibel-Schule können vorerst durch die bereitgestellten kommunalen Finanzmittel in der Gesamthöhe von 1.329.000,- € nicht in Deckung gebracht werden. Eine entsprechende Mehrkostenanmeldung ist für den Haushalt 2019 vorgesehen.

Die für 2019 vorgesehenen Mittel stehen unter dem Vorbehalt der Bereitstellung durch die Bürgerschaft im Haushalt 2019 und der anschließenden Freigabe.

Bedingt durch Verzögerungen zur Baugenehmigung konnte die brandschutztechnische Ertüchtigung des Hauptgebäudes der Emanuel-Geibel-Schule nicht, wie geplant, in den Sommerferien 2017 begonnen und somit auch nicht die für das Haushaltsjahr 2017 bereitgestellten Finanzmittel in Anspruch genommen werden. Damit verschiebt sich die gesamte Finanzierung der Brandschutzsanierung der Gebäude der Emanuel-Geibel-Schule.

Der voraussichtliche Baubeginn zur brandschutztechnischen Sanierung der Vorderhäuser ist, auf Grund der umfangreichen brandschutztechnischen Arbeiten, für den Anfang des 2. Quartals 2019 geplant. Es wird versucht, die erfolgenden brandschutztechnischen Arbeiten hauptsächlich in den Bereich der jeweiligen Ferien vorstättengehen zu lassen. Eine über den Zeitraum der Ferienzeiten hinausgehende Umsetzung der Ertüchtigungsarbeiten wird nicht zu vermeiden sein. Der Abschluss der Sanierungsarbeiten in den Vorderhäusern ist für Anfang 2020 anvisiert.

Begründung der Dringlichkeit: Die Projektfreigabe ist noch vor der Sommerpause erforderlich, um die nötigen Planungsphasen und das Bauantragsverfahren rechtzeitig zum geplanten Baubeginn abzuschließen.

Anlagen:

Anlage 1 – Finanzielle Auswirkungen

Senatorin Joanna Glogau

2. Verfahrensübersicht – Finanzielle Auswirkungen

INVESTIV

(Bei investiven Maßnahmen ist zunächst die Anlagenbuchhaltung (1.210) zu beteiligen!)

Finanzielle Auswirkungen in €	Gesamtbeiträge der Maßnahme, AfA und SoPo	2018	2019 TOP 5.1	2020	2021
Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Aufwendungen	-1.329.000,00	0,00	-88.600,00	-88.600,00	-88.600,00

davon:

Sonderpostenauflösung (SoPo)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen (AfA)	-1.329.000,00	0,00	-88.600,00	-88.600,00	-88.600,00
Anlagenabgang					
Gesamtauswirkung Ergebnisplan	-1.329.000,00				
voraussichtl. Zinsen ca.	39.870,00	2.658,00	2.658,00	2.658,00	2.658,00
Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen	-1.329.000,00	845.000,00	484.000,00	0,00	0,00
Gesamtauswirkung Finanzplan	-1.329.000,00	<i>(Ist das Ergebnis negativ, gilt der Betrag als kreditfinanziert!)</i>			

2018	Ergebnisplan	Finanzplan		
Mittel veranschlagt		X	Ergebnisplan	Finanzplan
Zusätzl. zu ordnen			Gesamtlaufzeit	Gesamtlaufzeit
Haushaltsbelastend		X	X	X
Haushaltsentlastend				
Haushaltsneutral				

Haushaltsjahr	Produktsachkonten		Ergebnisplan	
	2018	Bezifferung	Bezeichnung	Betrag in €
(Minder) Erträge:				
(Mehr) Erträge:				
(Minder) Aufwendungen:				
(Mehr) Aufwendungen:				
		Saldo Ergebnisplan	0,00	
		Produktsachkonten		Finanzplan
		Bezifferung	Bezeichnung	Betrag in €
(Minder) Einzahlungen:				
(Mehr) Einzahlungen:				
(Minder) Auszahlungen:				
(Mehr) Auszahlungen:	111029 278.7851000		Gebäudemanagement/ Emanuel-Geibel-Schule/ Umstrukturierung, Gebäudemodernisierung/ Hochbaumaßnahme	-845.000,00
			Saldo Finanzplan	-845.000,00



► **Nr. VO/2018/06172**
öffentlich

Lübeck, 20.06.2018

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
5.660 - Stadtgrün und Verkehr

Bearbeitung: Matthias Drever (E-Mail: matthias.drever@luebeck.de Telefon: 122-6630)

Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2018 für das Projekt Untertrave, 2. BA Drehbrückenplatz

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
27.06.2018	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
02.07.2018	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
10.07.2018	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
30.08.2018	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsjahr 2018 wird für das Projekt Untertrave, Produktsachkonto 541001.729.7852000 – Gemeindestraßen – Untertrave, 2. BA / Drehbrückenplatz, eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 950.000,00 Euro zu Lasten des Haushaltsjahres 2019 gem. § 95 f (1) i.V.m. § 95 d (1) Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Die Deckung erfolgt aus der Verpflichtungsermächtigung auf dem Produktsachkonto 543001.044.7852000 – Landesstraßen – Neubau Bahnbrücke

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 Haushalt und Steuerung
 Ergebnis: zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
 Begründung:

Ja
 Nein

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist nicht notwendig, weil deren Belange durch die Maßnahme nicht berührt werden.

Die Maßnahme ist:

neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

Nein
 Ja (Anlage 1)

Begründung:

Für die Herstellung des Projektes Untertrave, 2.BA Drehbrückenplatz erfolgte im Jahr 2017 aufgrund eines Förderantrages eine Bewilligung seitens des Fördergebers in einer gedeckelten Gesamtsumme von insgesamt 3.400.000,00 Euro. Die Gesamtkosten für diesen Abschnitt beliefen sich zu diesem Zeitraum gemäß Förderantrag auf insgesamt 4.380.000,00 Euro.

Somit hätte die Hansestadt einen Eigenanteil in Höhe von 980.000,00 Euro tragen müssen.

Im Laufe des Jahres 2017 wurde die Maßnahme begonnen. Der Auftrag für den Straßenbau und die Freiflächen wurde vergeben. Die vergebene Auftragssumme lag im Rahmen der Kostenberechnung.

Die Planungen für den Kiosk und die Wassertreppe wurden weiter ausgearbeitet. Die Wassertreppe wurde Anfang 2018 ausgeschrieben.

Das Submissionsergebnis für die Wassertreppe lag (ohne Baunebenkosten) ca. 60 % über der maßgebenden Kostenberechnung. Aufgrund dieser hohen Differenz wurde die Ausschreibung aufgehoben.

Insgesamt ergeben sich nunmehr nach aktuellem Stand Mehrkosten für diesen Abschnitt in Höhe von ca. 950.000,00 Euro.

Der Fördergeber hat signalisiert, dass die Erstellung der Wassertreppe nicht zwingend in 2018 abgeschlossen sein muss. Ein entsprechender Antrag zur Verlängerung des Bewilligungszeitraumes bis Mitte 2019 soll daher gestellt werden.

Damit diese Maßnahme noch in 2018 begonnen werden kann, muss nach der Ausschreibung eine frühzeitige Auftragsvergabe noch in 2018 erfolgen.

Um den Auftrag zur Erstellung der Wassertreppe noch im Jahr 2018 vergeben zu können, ist daher die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 950.000,00 Euro zu Lasten 2019 erforderlich. Die zusätzlich benötigten Haushaltsmittel in dieser Höhe werden dazu im Haushaltsjahr 2019 entsprechend geordnet.

Die Deckung für die Verpflichtungsermächtigung erfolgt aus dem Produktsachkonto 543001.044.7852000 - Neubau Bahnhofsbrücke. Diese Maßnahme wird verschoben und die vorhandene Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2018 wird in Höhe von 950.000,00 Euro nicht mehr benötigt.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit ist damit begründet, dass der Fördergeber bei einem frühzeitigen positiven Votum der Hansestadt, das Projekt trotz Mehrkosten weiterzuführen, eher bereit sein wird, einer Verlängerung des Bewilligungszeitraumes zuzustimmen.

Anlagen:

Senatorin Joanna Glogau



► Nr. VO/2018/06209
öffentlich

Lübeck, 09.07.2018

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
5.660 - Stadtgrün und Verkehr

Bearbeitung: Dieter Schmedt (E-Mail: Telefon: 6635)

Dringlichkeitsvorlage: BW 047 Ersatzneubau Bahnstabsbrücke Leitungsumverlegung - Projektfreigabe

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
10.07.2018	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Das Projekt „BW 047 Ersatzneubau Bahnstabsbrücke - Leitungsumverlegung“ wird freigegeben.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 Haushalt und Steuerung
Ergebnis: zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

- Ja
 Nein
Bei den Ingenieurleistungen liegen keine Betroffenheiten von Kindern und Jugendlichen vor.

Die Maßnahme ist:

- neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch: die Verkehrssicherungspflicht der Hansestadt Lübeck gem. § 10 StrWG SH

Finanzielle Auswirkungen:

- Nein
 Ja (Anlage 1)

Begründung:

Begründung für die Dringlichkeit:

Aufgrund des zwischen der Hansestadt Lübeck (HL) und Netz Lübeck GmbH geschlossenen Konzessionsvertrages besteht für die HL die Verpflichtung, alle anfallenden Planungs- und Baukosten, die zur Leitungsumverlegung notwendig sind, zu erstatten. Die Vergabe der Planungsleistungen ist in der VO/2013/00311 beschlossen worden. Die Netz Lübeck GmbH ist folgepflichtig und hat somit die Bauleistungen geplant und ausgeschrieben. Der Zuschlag an den Auftragnehmer für die Herstellung der Gleisquerung soll von der Netz Lübeck GmbH

Ende Juli 2018 erteilt werden. Die Bindefrist endet zum 31.07.2018. Die Zuschlagserteilung kann nur erfolgen, wenn die HL ihrerseits einen Auftrag an die Netz Lübeck GmbH erteilt. Das Angebot der Netz Lübeck GmbH liegt seit dem 05.07.2018 final vor. Um die Auftragserteilung an die Netz Lübeck GmbH zu beschließen, ist es notwendig, den Hauptausschuss am 10.07.2018 zu erreichen. Da das Gremium nicht mehr mit ordentlicher Ladefrist erreicht werden kann, wird nunmehr um Behandlung im Wege der Dringlichkeit gebeten.

Für die terminliche Umsetzung ist als Beginn 08/2018 vorgesehen. Begonnen wird mit den Start- und Zielbaugruben sowie den vorbereitenden Arbeiten im Gleisbereich. Hierfür sind nächtliche Sperrpausen mit der DB AG abgestimmt, beginnend am 11.09.2018 bis 04.10.2018.

Anlass

Mit den Berichten zum Zustand der Lübecker Brücken und Infrastrukturbauwerke an die politischen Gremien im September 2008 und August 2013 teilte der Bereich Stadtgrün und Verkehr mit, dass ein Großteil der Brücken in den nächsten Jahren umfassend saniert oder neu gebaut werden müssen, um die Verkehrssicherheit zu garantieren. Darin wurde mit besonderer Dringlichkeit die Bahnhofsbrücke genannt, die in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs die Fackenburg Allee über neun elektrifizierte Gleise führt und mit täglich 40.000 Kfz und 12 Buslinien die meist frequentierte Straße im Lübecker Stadtgebiet ist.

2011 wurde mit der Objekt- und Tragwerksplanung für den Ersatzneubau der Bahnhofsbrücke begonnen. Das Bestandsbauwerk überführt eine Vielzahl von Medienleitungen, wie Gas- und Wasserversorgung, Strom- und verschiedene Telekommunikationsleitungen, die während der Bauphase versorgungswirksam bleiben müssen.

Zwischen der HL und den Stadtwerken/Netz Lübeck GmbH wurde ein Konzessionsvertrag geschlossen. Dieser berechtigt die Netz Lübeck GmbH zur Verlegung, zum Betrieb und zur Unterhaltung von Leitungen die öffentlichen Verkehrswege (Straßen, Wege, Brücken, Plätze u. ä.) zu benutzen. Für diese Nutzung zahlt der Versorgungsträger eine Konzessionsabgabe. Diese richtet sich nach dem Preis- und Steuerrecht für die Elektrizitäts- und Gasversorgung und beträgt jeweils die höchstzulässige Konzessionsabgabe. Kommt es infolge eines Verlangens der HL (hier: Notwendigkeit des Ersatzneubaus) zu einer Änderung, Umlegung oder Entfernung einer vorhandenen Versorgungsanlage, so hat die HL der Netz Lübeck GmbH die dadurch entstehenden Kosten (siehe § 4 des Konzessionsvertrages) zu erstatten.

Weitere Medienträger wie z. B. Telekom, Global Connect, Kabel Deutschland etc. dürfen nach dem Telekommunikationsgesetz die Infrastruktur entgeltfrei nutzen, sind bei Baumaßnahmen folgepflichtig und tragen die Kosten jedoch selbst.

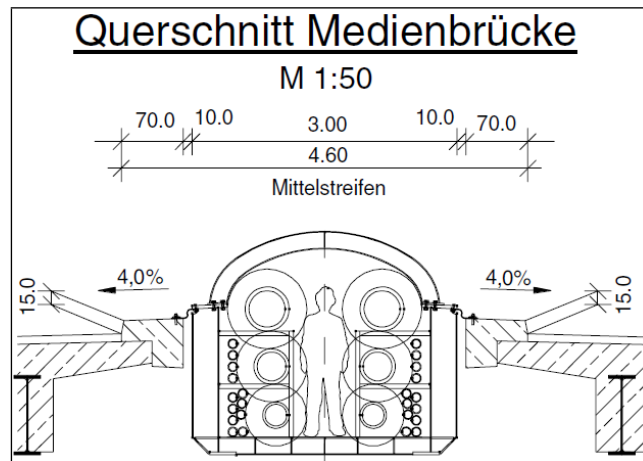
Die Bauleistungen in diesem Auftrag beziehen sich ausschließlich auf die Versorgungsleitung, die Eigentum der Netz Lübeck GmbH sind. Aus diesem Grunde kann seitens der HL keine Ausschreibung erfolgen, sondern nur eine direkte Vergabe bzw. eine Kostenübernahmeerklärung an die Netz Lübeck GmbH. Es obliegt dem Eigentümer der Versorgungsleitungen die Bauleistungen gemäß den geltenden Vorschriften und Vergaberecht auszuschreiben und zu vergeben.

Der für die Umverlegung notwendige Planungsauftrag wurde in der Vorlage VO/2013/00311 am 13.03.2013 beschlossen und an die Stadtwerke Lübeck Netz GmbH (später Umbenennung in: Netz Lübeck GmbH) vergeben.

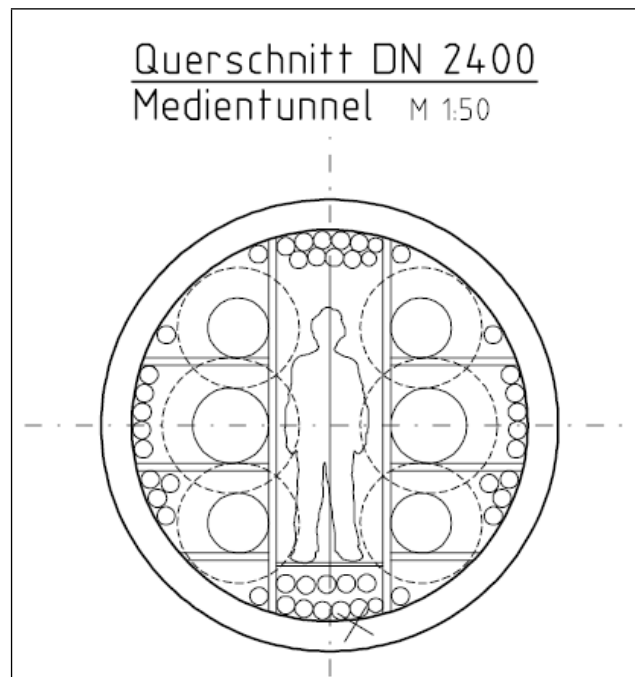
Während der Planungsphase für die Leitungsumverlegung in Korrespondenz mit der Objekt- und Tragwerksplanung für den Brückenersatzneubau sind verschiedene Varianten für die Leitungsumverlegung diskutiert worden. Aufgrund der anstehenden Bebauung und des Gleisbereiches ist eine Brückenkonstruktion mit möglichst geringer Konstruktionshöhe zu wählen. Da die Unterkante des Überbaus aufgrund des einzuhaltenden Lichtraumprofils für den Eisenbahnverkehr der Zwangspunkt für den Ersatzneubau ist, führt jede Erhöhung der Konstruktionshöhe unmittelbar zu einer Erhöhung der Straßengradiente, also Straßenober-

kante. Unter Berücksichtigung der angrenzenden Bebauung und Knotenpunkte sind die Erhöhungen möglichst auf ein Minimum zu begrenzen. Die Zwänge führten zur Wahl der WiB-Konstruktion (Walzträger in Beton) für den Brückenüberbau. Mit dieser Konstruktion können jedoch keine Versorgungsleitungen überführt werden.

So wurden z. B. eine separate Medienbrücke zwischen den Brückenüberbauten und ein begehbarer Medientunnel für die Leitungsüberführung als Varianten überlegt. Die Variante Medienbrücke musste verworfen werden, da die zusätzliche Brücke zwischen den Überbauten zu einer weiteren Verbreiterung des Brückenquerschnitts um ca. 3,00 m geführt hätte. Zudem ist eine Medienbrücke unterhaltungsintensiv und hätte, da die Brücke in das Eigentum der HL übergegangen wäre, enorme Folgekosten erzeugt.

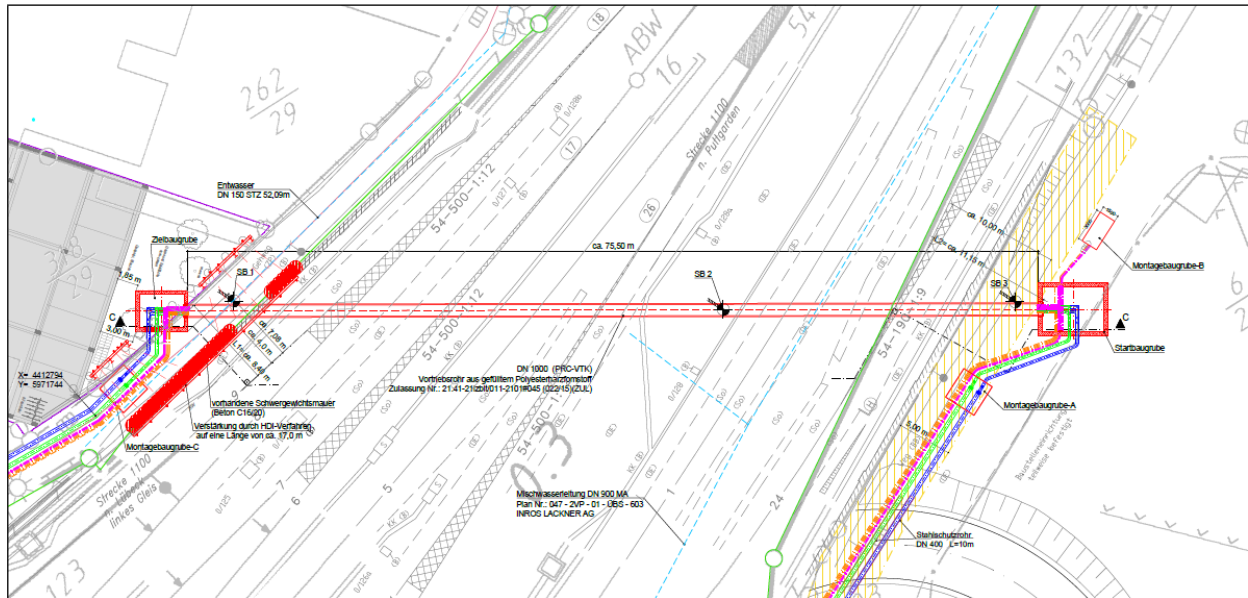


Als weitere Variante wurde ein begehbarer Medientunnel mit einem Durchmesser von ca. 2,40 m überlegt. Die Lage des Medientunnels war direkt unter dem Brückenbauwerk. Aufgrund der Kosten und der – wenngleich geringeren Folgekosten als bei der Medienbrücke – wurde die Variante ebenfalls verworfen.



Ausgeführt werden soll die Variante, die Versorgungsleitungen in einem Microtunnel zu verlegen. Dieser führt östlich der Bahnbrücke unterhalb der Gleise, vom Grundstück hinter dem

Stellwärterhaus (Startschacht) zum Grundstück Schwartauer Allee 2 (Zielschacht). Ange-schlossen werden die querenden Leitungen über den Katharinenstieg auf der stadtauswärtigen Seite und über die Werner-Kock-Straße/Konrad-Adenauer-Straße an die Hauptversorgungsleitungen in der Fackenburger Allee (siehe Anlage 1). Es werden Gas-, Wasser- und Stromleitungen sowie die Leitungen der Telekom überführt. Die Telekom beteiligt sich anteilig an den Kosten. Der Microtunnel wird in das Eigentum von Netz Lübeck GmbH und Telekom übergehen.



In der weiteren Planungsphase sind die Leitungsumverlegungsarbeiten von der Netz Lübeck GmbH in Eigenregie geplant und ausgeschrieben worden.

Dem nationalen Ausschreibungsverfahren ging ein Teilnahmewettbewerb voraus, in dem potenzielle Bieter ihre Leistungsfähigkeit darlegen konnten. Es haben fünf Bewerber am Teilnahmewettbewerb teilgenommen. Drei Bewerber hatten die geforderten Bedingungen erfüllt und erhielten die Ausschreibungsunterlagen. Am 08.06.2018 fand die Submission für die Ausschreibung der Medienersatzbaumaßnahme zur Bahnhofsbrücke statt. Es haben zwei Bieter ein bewertbares Angebot abgegeben, ein Bieter sagte aufgrund von Kapazitätsschwierigkeiten ab.

Finanzierung

Für die Leitungsumverlegung ergibt sich gemäß Angebot Netz Lübeck GmbH sowie zusätzlicher Leistungen wie z. B. Bauoberleitung, Bauüberwachung Bahn, Pacht ein Gesamtfinanzbedarf von 3,0 Mio. EUR brutto, der sich wie folgt zusammensetzt:

Leitungsumverlegung	2.900 TEUR
Bauoberleitung, Bauüberwachung Bahn	50 TEUR
Nebenleistungen (Pacht, Abnahmegutachten etc.)	50 TEUR

Diese Kosten enthalten sowohl die Gleisquerung und den Anschluss der Versorgungsleitungen an die Hauptversorgungstrassen inkl. Tiefbauarbeiten etc. Der Kostenanteil für die Leitungen der Telekom ist nicht enthalten.

Die Baumaßnahme Ersatzneubau Bahnhofsbrücke ist eine Kreuzungsmaßnahme nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz. Als anrechenbare Kosten gelten alle Baukosten, die für die Erstellung des Bauwerkes notwendig sind, auch Kosten für Leitungsumverlegung, Grunderwerbskosten etc. Ausgenommen sind Ingenieurleistungen, für den Planungsaufwand bekommt der bauende Kreuzungspartner eine Zulage von 10 %.

Entsprechend dem Verlangen der beiden Kreuzungspartner (DB AG und HL) ergibt sich folgender Kostenteilungsschlüssel:

HL	53,89 %
DB AG	46,11 %.

Monetär bedeutet dieser Kostenteilungsschlüssel, dass die DB AG mit ca. 1,3 Mio. EUR an der Leitungsumverlegung beteiligt ist.

Die Maßnahme ist ebenso förderfähig nach dem GFVG, da die Leitungsumverlegung als Vorwegmaßnahme für den Ersatzneubau des Brückenbauwerkes notwendig ist.

Ein anzusetzender Vorteilsausgleich, den die Netz Lübeck GmbH ggf. an die HL zu zahlen hat, ist nicht enthalten und wird nach Fertigstellung und Schlussrechnung der Maßnahme entsprechend den geltenden Regelungen berechnet.

Die Mittel sind freigegeben und stehen auf dem Produktsachkonto 543001 044 7852000 (Bundesstraßen/Neubau Bahnhofsbrücke/Tiefbaumaßnahmen) zur Verfügung.

Der Bereich Stadtgrün und Verkehr befürwortet die Projektfreigabe für die Leitungsumverlegung als Vorwegmaßnahme für den Ersatzneubau Bahnhofsbrücke.

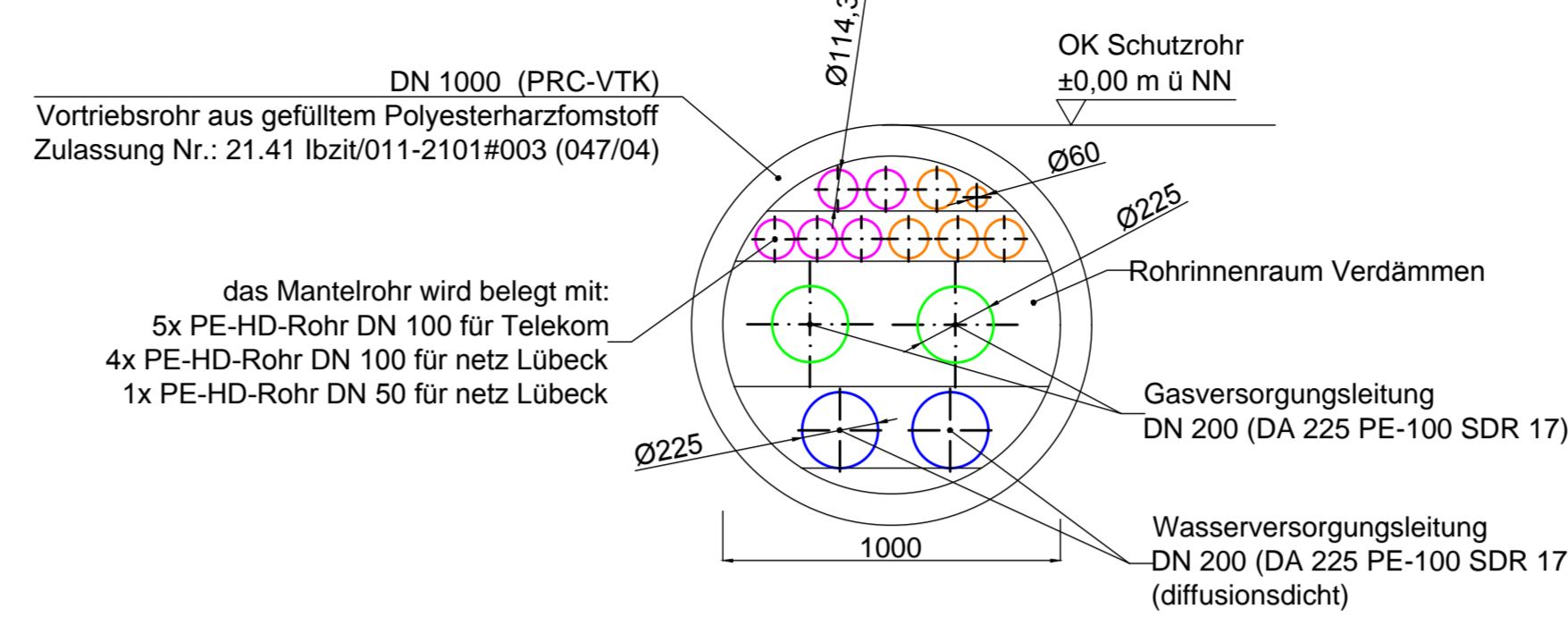
Anlagen:

Anlage 1 - Übersichtsplan

Senator Sven Schindler

Querschnitt

M: 1:20



Legende:

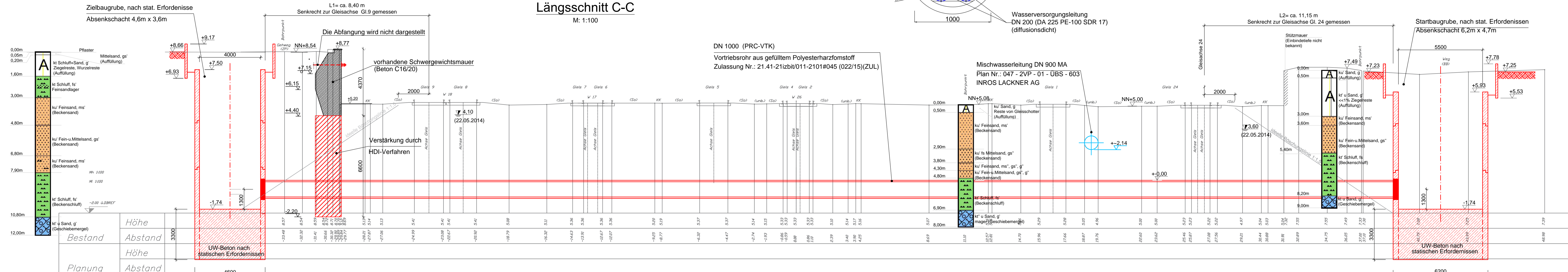
- Strom
- Telekom
- Gas
- Wasser

Zugehörige Pläne:

- Plan Nr. A-0302014-100-1 Übersichtplan
- Plan Nr. A-0302014-200-1 Startbaugrube
- Plan Nr. A-0302014-200-2 Zielbaugrube
- Plan Nr. A-0302014-300-1 Leitungsverlegung in der Wertstraße
- Plan Nr. A-0302014-300-2 Leitungsverlegung in der Katharinenstraße
- Plan Nr. A-0302014-400-1a Baustelleneinrichtungsfächen
- Plan Nr. A-0302014-500-1a Ab- und Unterfangung der Schwergewichtsmauer

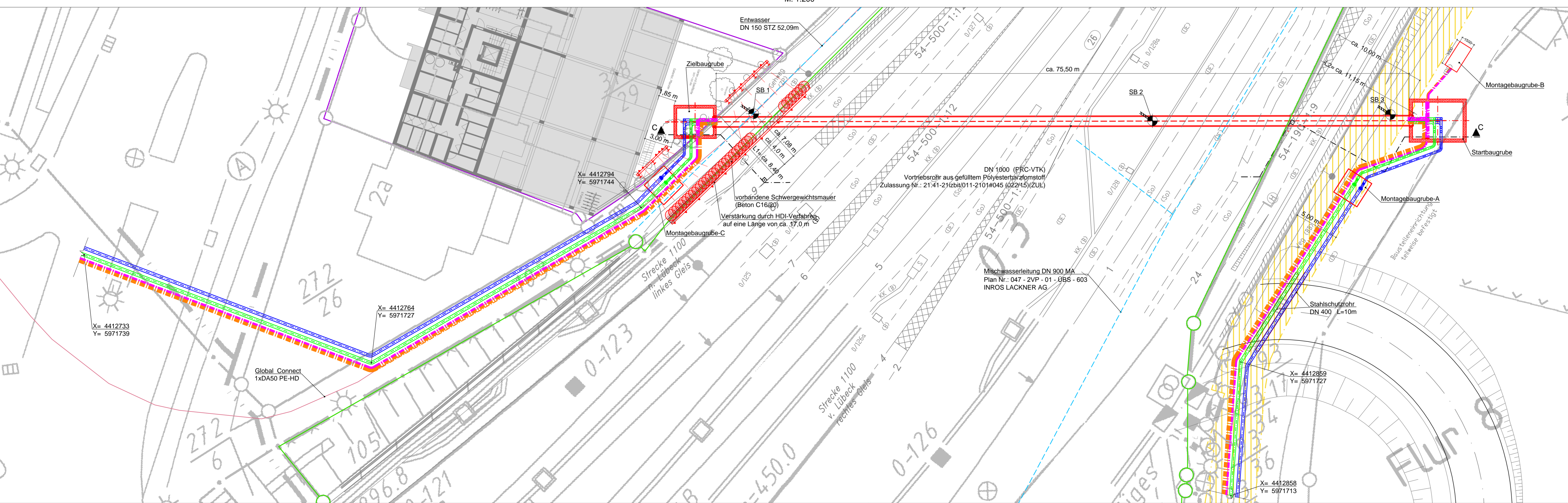
Längsschnitt C-C

M: 1:100



Draufsicht

M: 1:200



Index	Änderungen bzw. Ergänzungen		Name:	Datum:
Prüfermerkmale				
Die Übereinstimmung der Zeichnung mit der Ausführung bestätigt:			Gleichgestellt mit Prüfexemplar:	geprüft / genehmigt
Für den Auftraggeber:			Datum:	
Für den Auftragnehmer:			Prüfungstermin:	
Interoperabilität geprüft (benannte Stelle):			Name:	
Datum:			geprüft / genehmigt	
Datum:			geprüft / genehmigt	Freigabe der Ausführungsunterlagen:
Eisenbahn-Bundesamt:			Freigabe der Ausführungsunterlagen:	<input type="checkbox"/> mit Regelungen durch den BVB
Genehmigung zur Bauausführung:			Freigabe-Nr. LBT+B(r)/MM:	
Auftragnehmer:			Planverfasser:	
Bauplanung:			Planung:	
Mafstab:			Längsschnitt, Draufsicht und Querschnitt	
Projekt:			Gleisquerung Netz Lübeck GmbH im Hbf Lübeck	
Strecke:			km 0,3+13,49 (Station im rechten Gleis Strecke 1100)	
Strecke			Bauwerksnummer:	Brückennummer
1:100			Kilometer	Keinanzahl
			0,3 + 13,49	
			Barcode	

Z:\PROJEKTE\NEU_ausbau\0302014\0302014_Gleisquerung_Luebeck_Staetwerk_Zeichnungen\Ausschreibung_Gleisquerung_Ausschreibung.dwg